

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

63. Jahrgang · 44/2013 · 28. Oktober 2013



Bundeswehr

Sabine Würich · Ulrike Scheffer

Operation Heimkehr. Vier Porträts

Anja Seiffert

„Generation Einsatz“

Kaare Dahl Martinsen

Deutschland und die Gefallenen des Afghanistan-Einsatzes

Armin Wagner · Heiko Biehl

Bundeswehr und Gesellschaft

Uli Jäger

Bundeswehr und Friedensbildung

Rabea Haß

Wer dient Deutschland?

Ulrich vom Hagen

Homo militaris – Gestalt institutionalisierter Gewalt

Klaus Naumann

„Neuausrichtung“ ohne Regierungskunst

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner nennt es so. Zumindest nicht offiziell. Die Episode um das lange anhaltende Zögern, die Situation in Afghanistan als „Krieg“ zu bezeichnen, zeigt symptomatisch die tiefe Verunsicherung der Öffentlichkeit und der politisch Verantwortlichen angesichts der Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Diese drückt sich auch aus im Umgang mit den Toten des Afghanistan-Krieges, der den Anschein erweckt, keiner sei vorbereitet auf Gefallene gewesen. Die Debatte um die Rechtfertigung und Legitimation solcher Einsätze, die mit dem Abzug der Bundeswehr aus dem Land am Hindukusch im kommenden Jahr weiter befeuert werden dürfte, wird um die Anerkennung und Benennung der Realitäten indes nicht umhinkommen.

Dazu gehört, dass es nun Soldatinnen und Soldaten gibt, die zu einer „Generation Einsatz“ gehören, die Erfahrungen in Gefechten, mit Verwundung und Tod gemacht und ihr Leben im Auftrag der Parlamentsmehrheit eingesetzt haben. Sie kehren zurück in eine Gesellschaft, in der die Bundeswehr als Institution zwar hohes Ansehen genießt, ihr Auftrag zu militärischer Gewaltanwendung aber weithin auf Ablehnung stößt. Das Potenzial für Missverständnisse und Konflikte ist groß.

Die Bundeswehr befindet sich zudem mit der Umstellung auf eine Freiwilligenarmee und der organisatorischen wie strategischen „Neuorientierung“ in einem tiefgreifenden Reformprozess. Auch hierfür müssen, ressortübergreifend, grundlegende sicherheitspolitische Fragen zur Rolle der Bundeswehr, insbesondere in bündnispolitischen Zusammenhängen, geklärt werden. Es gilt, einen offenen und kritischen Diskurs zu etablieren, der über Fachkreise und Fachtermini hinausgeht und nicht nur das Für und Wider von Militäreinsätzen, sondern auch (andere) Instrumente der Konfliktbearbeitung und der Friedenssicherung einbezieht.

Anne Seibring

Sabine Würich · Ulrike Scheffer

Operation Heimkehr. Vier Porträts

Die Fotografien und Porträts auf den folgenden Seiten stammen aus unserem Projekt „Operation Heimkehr. Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr berichten über ihr Leben nach dem Auslandseinsatz“. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Frage, wie sich die deutsche Gesellschaft mit den Erfahrungen auseinandersetzt, die Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen sammeln.

Sabine Würich

Geb. 1962; Fotokünstlerin, entwickelt seit über 20 Jahren Projekte zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen; Projekt „Operation Heimkehr“, Beckerstraße 11, 12157 Berlin.
photo@sabine-wuerich.de
www.sabine-wuerich.de

Ulrike Scheffer

M. A., geb. 1966; Journalistin und Historikerin; seit 2001 politische Redakteurin beim „Tagesspiegel“ in Berlin; Projekt „Operation Heimkehr“ (s. o.).
ulrike.scheffer@tagesspiegel.de

Interessiert sich die Gesellschaft überhaupt für die Heimkehrenden und macht sich bewusst, dass die Soldatinnen und Soldaten im Auftrag unseres Parlaments große Gefahren und auch eine große Verantwortung auf sich genommen haben? Wie begegnet die Bevölkerung jenen, die körperlich oder seelisch verletzt aus dem Einsatz zurückkehren? Können sie mit Verständnis und Unterstützung rechnen? Beurteilen können das aus unserer Sicht vor allem die Soldaten selbst. Deshalb haben wir 70 Soldatinnen und Soldaten aus verschiedenen Einsätzen porträtiert und befragt. In den Interviews wird auch deutlich, dass viele der Heimkehrer durch die Erlebnisse in den Krisenstaaten einen neuen Blick auf das Leben in Deutschland gewinnen. Man kann sogar von einem Wertewandel sprechen, den die

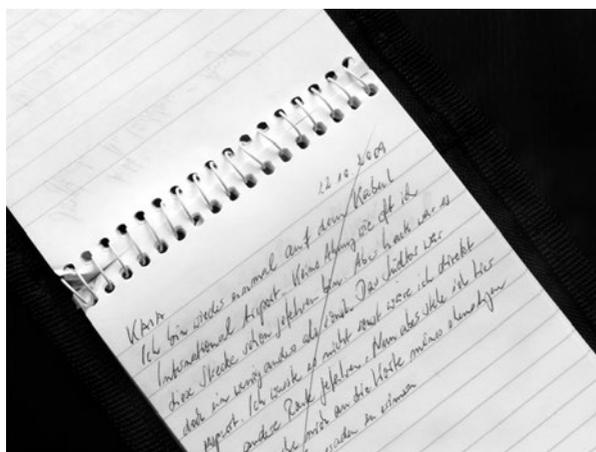
Soldaten selbst als positiv empfinden. Die Ausstellung zum Projekt ist für Frühjahr 2014 geplant, das Buch erscheint im März 2014 im Ch. Links Verlag.



Holger Roßmeier, geb. 1971 in Celle, Hauptfeldwebel.

Holger Roßmeier gehört einem multinationalen Verband an. Von Juli 2009 bis Februar 2010 war er im NATO-Hauptquartier in Kabul/Afghanistan eingesetzt. Dort hatte er die Aufgabe, Planungsoffiziere zu Terminen zu begleiten und zu fahren. Jede Fahrt glich einer kleinen Militäroperation, für die Roßmeier die Gefahrenlage auswerten und eine möglichst sichere Route finden musste. Dennoch geriet er mehrfach in lebensbedrohliche Situationen. Zur Angst um sein eigenes Leben kam in solchen Momenten die Sorge um die Kameraden und Vorgesetzten, für die er Verantwortung übernehmen musste. Bei Nachtfahrten musste er außerdem immer fürchten, jemanden zu überfahren. Holger Roßmeier wurde in Kabul auch Zeuge, wie Afghanen von Landsleuten brutal gequält wurden. Diese Erlebnisse verfolgen Holger Roßmeier bis heute und trieben ihn zeitweise an den Rand des Selbstmordes. Er leidet an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), die er aber lange nicht wahrhaben wollte. Holger Roßmeier hat die Initiative „Roter Freitag“ gegründet. Vorbild ist eine kanadische Initiative, freitags aus Solidarität mit Soldaten rote Kleidung zu tragen.

„Vor meiner Zeit bei der Bundeswehr war ich bei einem Autohaus beschäftigt und dachte, mein Glück hänge von guten Verträgen ab. Ein Grundschulkamerad, der bei der Bundeswehr war, erzählte mir dann, wie er in Somalia Trinkwasseraufbereitungsanlagen aufgebaut hat und damit Menschen vor dem Verdursten retten konnte. Das hat mich nicht mehr losgelassen. In Artikel 2 des Grundgesetzes heißt es ja, jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, dort steht aber kein Wort darüber, dass sich dies nur auf Bürger unseres Landes bezieht.



Holger Roßmeier hat im Einsatz Tagebuch geführt. Heute versucht er, seine traumatischen Erlebnisse aus Afghanistan in einer Therapie aufzuarbeiten. Bearbeitete Seiten streicht er.

Ich bin Soldat geworden, weil ich davon überzeugt bin, dass wir dringend Streitkräfte benötigen, um uns im Bündnis mit anderen für die Durchsetzung der Menschenrechte einzusetzen. Das kann nun einmal nicht die Bäckerinnung leisten. Zu den meisten Deutschen dringt die neue Realität der Bundeswehr allerdings kaum durch. In unser Gruppendenken hat sich eingetrichtert, dass deutsche Soldaten schlimme Gräueltaten begangen haben. Ich finde es aber beschämend, wenn sich meine Söhne anhören müssen, ‚dein Vater ist ein Mörder‘. Das ist ein Schlag ins Gesicht all

derjenigen, die mit Herzblut an ihre Aufgabe herangehen. Im Grundgesetz steht auch, die Würde des Menschen ist unantastbar. Doch Soldaten scheinen da irgendwie ausgeklammert.

Niemand verlangt, dass die Leute ständig mit der Flagge herumlaufen und die Soldaten feiern. Wenn mich jemand fragt, was er für die Soldaten tun kann, dann sage ich: ‚Bete doch mal für sie oder denk‘ einfach über sie nach.‘ Ich würde mir wünschen, dass jeder mal kurz innehält und sich klarmacht, was die weit verbreitete Ablehnung für die Soldaten und ihre Familien bedeutet. Wir sind ja nicht nur Soldaten in Uniform, sondern auch Väter, Ehemänner, Söhne und Töchter. Ich kann auch verstehen, dass sich die Menschen nicht mit dem Tod von Soldaten auseinandersetzen wollen. Und mit der Tatsache, dass sie als Wähler letztlich dafür verantwortlich sind. Sie müssen aber verstehen, dass Frieden und Freiheit, so wie wir sie heute genießen, nicht gottgegeben sind. Sie waren nicht einfach da, sondern mussten hart erkämpft werden.

Nach dem Einsatz ging es mir zunächst gut. Die Bedrohung war schlagartig vorbei, die ganze Angst fiel von mir ab. Das war ein sehr befreiendes Gefühl. Krank wurde ich erst Monate später. Es ist schwer, diesen Einschnitt hinzunehmen. Ich hatte Angst davor, wertlos zu sein und eine Last für meine Familie. Früher war ich jemand, der immer alles hinbekommen hat, einer, auf den man sich hundertprozentig verlassen konnte. Und plötzlich schaffte ich es nicht einmal mehr, morgens aufzustehen. Ich wollte aber nicht als Weichei dastehen. Deshalb habe

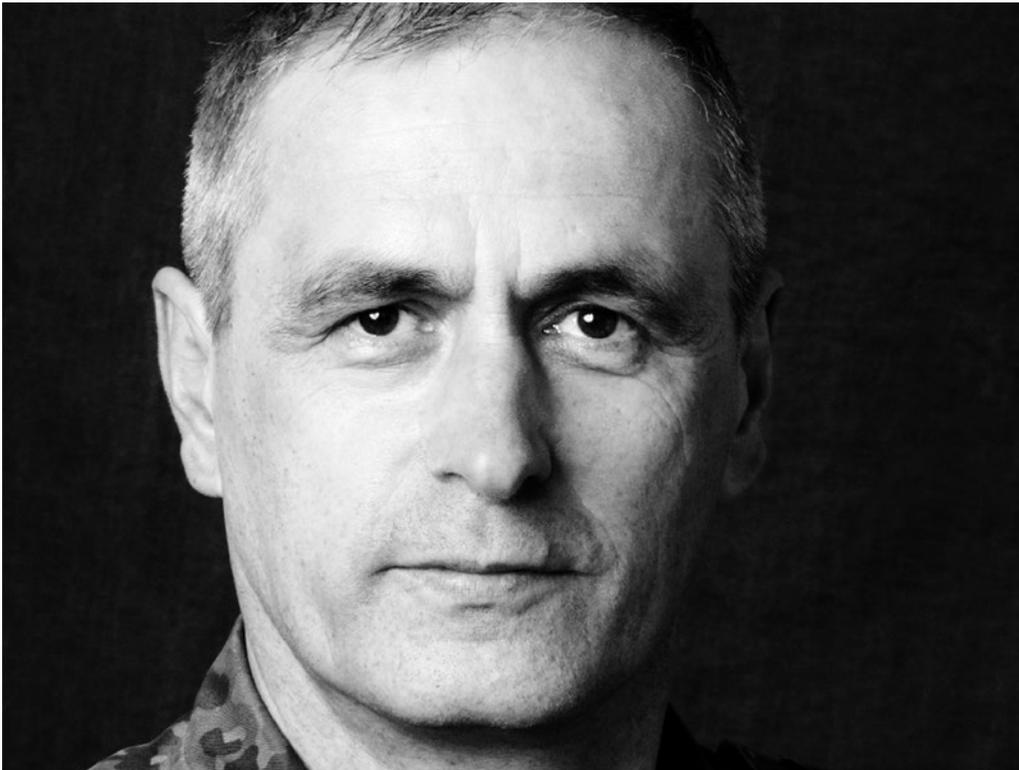
ich jede Therapie zunächst abgelehnt. Was sollte ich mit Entspannungsübungen? Allein dieses Wort Selbstfürsorge. Ich wollte auch nicht in eine Selbsthilfegruppe. Das war für mich etwas für Leute mit langen Haaren, die Matete trinken. Inzwischen habe ich selbst eine Selbsthilfegruppe gegründet. Und ich kann jedem Soldaten, der Probleme hat, nur raten, psychologische Hilfe anzunehmen. Sich zu einer psychischen Erkrankung zu bekennen, ist keine Schwäche, es ist im Gegenteil sogar eine Stärke, denn es erfordert viel Mut.

Ich mache weder die Bundeswehr noch die Politik für meine Erkrankung verantwortlich. Ich habe mich ja aus einer höheren Überzeugung heraus für diesen Dienst entschieden. Und ich bin für den Einsatz über Jahre hinweg gut ausgebildet worden. Der Preis für den Einsatz ist natürlich hoch. So viele Soldaten sind gestorben. Man kann das aber nicht in die Waagschale legen. Auch Feuerwehrleute und Polizisten begeben sich jeden Tag für unsere Gesellschaft und zu unserem Schutz in Lebensgefahr.

Ob wir unsere Ziele in Afghanistan erreicht haben, kann ich nicht beurteilen. Ich habe aber viele Menschen gesehen, deren Lebenssituation sich verbessert hat. Ich persönlich habe in Afghanistan einen guten Kameraden verloren. Ich möchte nicht, dass sein Tod umsonst war. Ich möchte, dass wir an dem eingeschlagenen Weg festhalten und uns auch weiter für andere einsetzen.“

**Aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen
wurde das zweite Porträt entfernt.**

**Aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen
wurde das zweite Porträt entfernt.**



Uwe K., geb. 1956 in Schneeberg/Erzgebirge, Oberstleutnant.

Uwe K. verpflichtete sich 1975 für 25 Jahre zum Dienst in der Nationalen Volksarmee der DDR. Er wollte für sein Vaterland eintreten, dem er viel zu verdanken hatte, wie er sagt. Seine vier Geschwister und er bekamen in der DDR als erste Generation seiner Familie eine ordentliche Schulbildung und profitierten von vielen Sozialleistungen. Zur Wendezeit war K. stellvertretender Kommandeur eines Aufklärungsbataillons in Dresden. Er rang viele Wochen mit sich, bevor er sich entschied, bei der Bundeswehr weiterzumachen. Mit der Offiziersausbildung begann er noch mal von vorn, als Richtschütze auf dem Kampfpanzer Leopard 2. Bereut hat er diesen Schritt nicht. Weitere Verwendungen folgten in Thüringen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und an der Offizierschule Dresden. Seit 2003 ist er in Leipzig stationiert und mit Sicherheitsanalysen betraut. Uwe K. war 2004, 2006 und 2009 jeweils für vier bis sechs Monate in Kundus/Afghanistan im Einsatz. Er war dort für die Einschätzung der Sicherheitslage, die Führung der Aufklärungskräfte und für die Sicherung des Bundeswehrlagers verantwortlich.

„Ich habe gehört, dass 80 Prozent der Deutschen nicht in der Lage sind, bei einem Verkehrsunfall eine Wiederbelebung durchzuführen, 60 Prozent könnten keine starken Blutungen stillen und noch weniger eine stabile Seitenlage durchführen. Offenbar fühlen sich die Leute dafür nicht zuständig, denn wir haben in dieser Gesellschaft für jede Situation Spezialisten. Bei einem Unfall kommen Rettungssanitäter, wenn es brennt, kommt die Feuerwehr. Und wenn es im Ausland brennt, dann geht eben die Bundeswehr dorthin. Die Soldaten sind ja dafür

ausgebildet, und der normale Bürger muss sich mit dem Thema dann gar nicht mehr befassen. Ich würde aber schon erwarten, dass sich nicht nur der Politiker oder der Soldat, den es von Berufs wegen betrifft, mit den Auslandseinsätzen beschäftigt, sondern auch der normale Bürger. Schließlich werden wir von ihm als dem Souverän dieses Staates in den Einsatz geschickt.

Die Auseinandersetzung mit Auslandseinsätzen ist aber immer auch eine Auseinandersetzung mit Tod und Verwundung. Das ist unangenehm. Dass im Einsatz in Afghanistan schon



Der größte Verzicht im Einsatz, so sagt Uwe K., war für ihn, sich nicht um die Familie kümmern zu können. Seine Frau und seine Tochter haben aber ein Foto machen lassen, um es ihm mit in den Einsatz zu geben.
Foto: Fotoatelier Dähn.

mehr als 50 Soldaten ums Leben gekommen sind, will niemand hören. Auch die Bundeswehr blendete solche Fragen meiner Wahrnehmung nach in der Ausbildung lange aus. Als ich Ende der 1990er Jahre als Ausbilder an die Offizierschule des Heeres kam, wurden in den Lehrgängen Szenarien besprochen, in denen es vielleicht mal einen Leichtverletzten gab, aber nie einen Toten. Ich habe das dann mal am Beispiel eines Panzers, der in ein Minenfeld fährt, durchgespielt. Laut Lehrplan gab es in der Situation ein paar Verletzte, ich habe das weitergeführt und gesagt, die sind jetzt verstorben. Die Teilnehmer sollten sich nun ein Blatt Papier nehmen und einen Brief an die Eltern der Gefallenen schreiben, denn als Kompaniechef muss man so etwas tun. Da saßen um die 20 junge Männer eine halbe Stunde lang vor einem leeren Papier – weil sie sich selbst nicht mit dem Thema Tod und Verwundung beschäftigt hatten. Bei mir persönlich war das anders. In meiner Offiziersausbildung bei der NVA gehörten die

ethischen und handwerklichen Aspekte von Tod und Verwundung zwar ebenfalls nicht zum offiziellen Lehrstoff. Im Kameradenkreis haben wir uns aber sehr konkret überlegt, wie wir uns verhalten würden, wenn wir in Gefangenschaft geraten oder verwundet werden. Oder wie wir mit Gefangenen umgehen würden. Ich wurde zum Aufklärer und Fallschirmjäger ausgebildet, im Ernstfall hätte das bedeutet, dass wir als Trupp auf uns allein gestellt gewesen wären. Und jetzt haben wir einen Gefangenen und keinen Platz, um den zu transportieren. Was machen wir also mit dem?

Dadurch, dass ich mir solche Fragen gestellt hatte, war ich gedanklich gut vorbereitet, als ich in den ersten Afghanistan-Einsatz ging. Ich glaube, das hilft einem, um psychisch stabil zu bleiben. Der andere Punkt ist, dass man belastende Ereignisse nachbereiten muss. Man kann Dinge verarbeiten, wenn man darüber spricht. Wo das nicht passiert, können die Erinnerungen irgendwann krankhaft werden. Das entspricht jedenfalls meinen Erfahrungen, denn psychisch Kranke habe ich in meinem Umfeld mehrfach gehabt. Meine Frau sagt, dass auch ich nach den Einsätzen verändert war. Sie sagt, es ist nun genug. Es war für mich nach den Einsätzen eine erhebliche Umstellung, mit den täglichen Banalitäten im Friedensdienst zurande zu kommen, mit der Diskrepanz der Anforderungen. In Afghanistan habe ich mich im Grunde genommen den ganzen Tag mit Aufgaben beschäftigt, von denen das Leben meiner Kameraden abhing. Was mich bewegt hat, war: Was passiert, wenn ich meiner Truppe eine falsche Information über die Lage auf ihrem Patrouillenweg gebe? Und dann kommt man nach Hause und der Auftrag lautet: Parkplatzordnung.

Das, was ich im Einsatz geleistet habe, wird im Familien- und Freundeskreis gewürdigt, es wird hier im Dienst gewürdigt und überspitzt gesagt durch den Innenminister des Landes Sachsen beim Neujahrsempfang der 13. Panzergrenadierdivision. Das ist zwar schon eine ganze Menge, aber irgendwo lebt man als Soldat schon auf einer militärischen Insel.“



Melanie Baum, geb. 1987 in Köln, Obermaat.

Melanie Baum ist als Wachtmeisterunteroffizierin in der Personalverwaltung auf der Fregatte Sachsen eingesetzt. Auf See übernimmt sie außerdem Dienste auf der Brücke. Die gelernte Rechtsanwaltsfachangestellte aus Köln ging 2007 zur Marine, weil sie herausfinden wollte, ob sie es schafft, weit weg vom Elternhaus auf eigenen Füßen zu stehen. Bis 2019 hat sie sich als Zeitsoldatin verpflichtet. Eine erste, mehrmonatige Übungsfahrt absolvierte Melanie Baum 2009, 2012 folgten viereinhalb Monate in der Anti-Piraten-Mission der Europäischen Union, ATALANTA, am Horn von Afrika.

„Ich glaube nicht, dass die Einsatz-Erfahrungen der Soldaten auch die Gesellschaft hier verändern werden. Wer nicht selbst erlebt hat, wie das ist, wenn man aus einer Konsumgesellschaft wie Deutschland in ein Land kommt, wo es nichts gibt, der kann das wohl nicht nachempfinden. In Djibouti oder Afghanistan fangen die Leute an zu weinen vor Freude, wenn man ihnen eine Flasche Wasser in die Hand drückt. Das ist etwas anderes, als wenn man in Italien am Strand einen Bauchladenverkäufer trifft. Die sind zwar aufdringlich, aber in Djibouti betteln die Händler förmlich darum, dass man etwas kauft. Wenn die nichts verkaufen, können die abends nichts zu essen auf den Tisch bringen. Einmal kam sogar ein Mann auf mich zu und wollte mir für 100 Euro sein vier Jahre altes Kind verkaufen. Dann steht man da und ist geschockt.

Seit meinem Einsatz habe ich viel über meine eigene Existenz nachgedacht. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in der wir jedes Jahr Urlaub machen konnten, und ich habe auch Klassenfahrten gemacht. Dabei haben andere Kinder nicht mal Zugang zu Bildung. Man denkt immer, die Medien übertreiben, wenn sie Bilder aus solchen Ländern zeigen. Aber es ist wirklich so, die Menschen schlafen da in irgendwelchen Ecken auf der Straße und waschen sich in Pfützen. Nach meiner Rückkehr habe ich mit meinen Eltern zusammengesessen, ihnen Fotos gezeigt und erklärt, was es in einem auslöst, wenn man das sieht. Man wird sich bewusst, dass man unglaublich Glück hat, in Deutschland geboren und so privilegiert zu sein. Dass man ein Konto hat, von dem man jederzeit einfach 100 Euro abheben kann.



„Qui quaerit invenit“, „Wer sucht, der findet“, hat sich Melanie Baum auf der Rückfahrt von ihrem Einsatz im Hafen von Malta auf den Unterarm tätowieren lassen – weil sie auf der Reise neue Charakterzüge an sich entdeckt und eine neue Einstellung zum Leben gefunden hat, wie sie sagt.

Ich gebe das Geld jetzt nicht mehr mit beiden Händen aus. Einmal war ich mit meiner Mutter und meiner besten Freundin in der Stadt, es war eine perfekte Shopping-Situation. Da habe ich ein Oberteil für 20 Euro gesehen, das ich sehr schön fand. Aber ich brauchte es nicht und habe es wieder zurückgehängt. Das kannten die von mir gar nicht. Meine Mutter war total glücklich über diese Veränderung. Die hat gesagt, endlich verstehst du den Sinn von Geld. Im Moment habe ich immer diese Bilder aus Djibouti im Hinterkopf und denke, man sollte sich einfach überlegen, ob es jetzt das Handy für 500 Euro sein muss oder andere High-Tech-Schicki-Micki-Sachen. Wenn ich mit Leuten darüber spreche, die mich nicht so gut kennen, dann sagen die: Warum soll ich mir selbst diese Grenze setzen? Ich gehe ja dafür arbeiten. Die verstehen das zwar, lassen sich aber nicht von ihrer Meinung abbringen. Es ist nun mal ein Statussymbol, ob man ein iPhone 5 hat oder die neuesten Sneaker, man ist dann halt was.

Ich binde aber auch nicht jedem auf die Nase, dass ich bei der Marine bin. Ich habe schon sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Als ich vor drei Jahren meine alte Schule in Köln besucht habe, hat mich meine alte Lehrerin vom Gelände verwiesen, als sie hörte, ich bin jetzt bei der Bundeswehr. Sie hat mich als bezahlte Mörderin bezeichnet. Das war ein Schlag ins Gesicht, denn im Verteidigungsfall sind das die Leute, die man schützen muss.“

Das Projekt wird gefördert durch die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes – Karl-Theodor-Molinari-Stiftung – und Prof. Dr. Reiner Pommerin, Sprecher im Beirat für Fragen der Inneren Führung, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. sowie das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr, das Katholische Militärbischofsamt und den „Tagesspiegel“.

Anja Seiffert

„Generation Einsatz“

Wenn die Bundeswehr Ende 2014 mit einem großen Teil ihrer Truppen aus Afghanistan zurück ist, wird sie sich verändert haben.¹ Wie kein anderer zuvor prägt der Einsatz am Hindu-

Anja Seiffert

Dr. phil., geb. 1965; Politikwissenschaftlerin, Leiterin des Projektbereichs Sozialwissenschaftliche Einsatzbegleitung und Einsatzdokumentation der Abteilung Einsatz, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam. anjaseiffert@bundeswehr.org

kusch die Bundeswehr als Gesamtorganisation; nicht allein die Strukturen, sondern auch die Organisationskultur und das Selbstverständnis einer Generation von Soldatinnen und Soldaten, die die Bundeswehr meist nur noch als Einsatzarmee kennen.² Für viele von ihnen sind die Missionen zur internationalen Krisenbewältigung längst zur Normalität geworden. Sie leben in den Einsätzen fern der Heimat; viele von ihnen haben Tod und Verwundung erlebt. Einige haben in Afghanistan auch in schweren Gefechten gegen Aufständische gekämpft, erstmals in der Geschichte der Bundeswehr. Der erste in einem Feuergefecht Gefallene der Bundeswehr war ein 21-jähriger Hauptgefreiter, der im April 2009 in Afghanistan starb. Solche Erfahrungen gehen nicht spurlos an den Soldatinnen und Soldaten vorbei: Diese „sind in den vergangenen Jahren mit diesem Einsatz gewachsen, man könnte fast sagen ‚erwachsen‘ geworden“,³ so Generalmajor Erich Pfeffer, damaliger Kommandeur des deutsch geführten Regionalkommandos Nord der International Stabilization Assistance Force (ISAF) in Afghanistan, im Februar 2013.

Was eigentlich genau in den internationalen Missionen irgendwo im fernen Land passiert, wissen hierzulande im Detail nur wenige. Während die einen anscheinend „freundliches Desinteresse“ bekunden, wie es der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler formulierte, sind sich andere heute angesichts der Afghanistanenerfahrung sicher, dass jede Intervention von Streitkräften in Krisenregionen zur Es-

kalation kriegerischer Gewalt führt. Für Soldatinnen und Soldaten, die mit Auftrag des Parlaments für Frieden und Stabilität in weit entfernten Regionen ihr Leben riskieren, ist das eine verstörende Erfahrung. Im „Heimatsdiskurs“⁴ überwiegen Bilder von gezeichneten und traumatisierten Rückkehrern. Die Identifikation mit dem Opfer fällt vielen offenbar leichter. Die Realität für die Soldatinnen und Soldaten ist aber differenzierter. Nicht wenige, gerade der Kampferfahrenen, kehren durchaus mit einem gestärkten Selbstbewusstsein aus den Einsätzen zurück.⁵ Die Gesellschaft und manche auch in der Bundeswehr tun sich schwer damit. Die Erfahrungswelten von Einsatzsoldaten bleiben fern und fremd – obwohl der Prozess der gesellschaftlichen Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes inzwischen begonnen hat, auch durch Film, Fernsehen und Literatur, die ebenso wie Selbstthematierungsmonografien von Afghanistanrückkehrern dazu beitragen, dass gesellschaftliche Deutungsnarrative des Einsatzes entstehen.

Die Ansichten und Meinungen im vorliegenden Beitrag sind ausschließlich diejenigen der Autorin und geben nicht notwendigerweise die Sicht oder die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung wieder. Der Titel ist entlehnt bei: Sascha Brinkmann/Joachim Hoppe (Hrsg.), Generation Einsatz: Fallschirmjäger berichten ihre Erfahrungen aus Afghanistan, Berlin 2010.

¹ Vgl. Anja Seiffert/Julius Heß, Afghanistan – Ein Einsatz verändert die Bundeswehr, in: IF – Zeitschrift für Innere Führung, (2012) 2, S. 20–24; Bernhard Chiari (Hrsg.), Auftrag Auslandseinsatz. Neueste Militärgeschichte an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften, Freiburg/Br. u. a. 2012.

² Vgl. Anja Seiffert, Generation Einsatz – Einsatzrealitäten, Selbstverständnis und Organisation, in: dies./Phil C. Langer/Carsten Pietsch (Hrsg.), Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 79–100.

³ Interview mit Generalmajor Erich Pfeffer, in: Bundeswehr aktuell vom 18. 2. 2013, S. 5.

⁴ Michael Daxner/Hannah Neumann (Hrsg.), Heimatsdiskurs. Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern, Bielefeld 2012.

⁵ Vgl. Anja Seiffert et al., ISAF 2010. Ausgewählte Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Begleitung des 22. Kontingents ISAF im Einsatz, unveröff. Bericht, Strausberg 2010, S. 76 ff.; Gesine Seng, Zurück aus Afghanistan. Persönliches Wachstum bei Soldaten der Bundeswehr? Eine qualitative Studie, unveröff. Diplomarbeit, Bremen 2013; Anja Seiffert/Julius Heß, Afghanistanrückkehrer. Der Einsatz, die Liebe, der Dienst und die Familie. Ausgewählte Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Langzeitbegleitung des 22. Kontingents ISAF, unveröff. Bericht, Potsdam 2013.

Das Soldat-Sein, so scheint es nicht ganz zu Unrecht, wird in Gesellschaft *und* Bundeswehr neu verhandelt.¹⁶ Dass dies heute, wo die Erfahrungshorizonte von Einsatzsoldaten und Heimatgesellschaft weiter auseinander liegen, nicht leicht fällt, ist verständlich. Umso mehr ist genaueres Hinsehen und Nachfragen angeraten – nicht nur, aber auch von Seiten der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wie nehmen Soldatinnen und Soldaten selbst die Realität ihrer Einsätze wahr? Wie gehen sie mit den oft unübersichtlichen Konfliktsituationen und wechselnden Sicherheitslagen in den Einsatzländern um? Welche Erfahrungen machen sie dabei im Umgang mit militärischer Gewalt, und welche Folgen haben die Erfahrungen für das Selbstbild und die Organisation?

Ein Forscherteam des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Anfang 2013 in Potsdam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr zusammengeführt, begleitet nunmehr seit über drei Jahren die Soldatinnen und Soldaten des 22. deutschen Kontingents ISAF, die überwiegend von März bis Oktober 2010 im Afghanistan-Einsatz waren. Im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Langzeituntersuchung wurden die Kontingentsangehörigen zu mehreren Zeitpunkten befragt – von der Vorausbildung über den Einsatz bis hin zur Einsatznachbereitung.¹⁷ In zahlreichen Interviews, mit Hilfe von Fragebogen und auch durch Beobachtungen im Einsatz – in Kundus, Mazar-e-Sharif und Taloqan – hat das Team Erkenntnisse zur Einsatzrealität in Afghanistan gesammelt und ausgewertet. In diesem Jahr, fast drei Jahre nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan, wurden die noch aktiven ebenso wie die bereits aus der Bundeswehr ausgeschiedenen Soldatinnen und Soldaten des Kontingents nochmals nach ihren Erfahrungen

¹⁶ Siehe hierzu auch den Beitrag von Armin Wagner und Heiko Biehl in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

¹⁷ Das Kontingent hatte eine Stärke von etwa 4500 Soldatinnen und Soldaten, denen vor, in und nach ihrem Einsatz Fragebögen zugesandt wurden. In den drei Befragungswellen antworteten 1303, 1246 und zuletzt 1165 Befragte, wobei die Grundgesamtheiten zu erreichender Personen etwa zwischen 4000 und 4500 variierten. Die Rücklaufquoten für die Befragungen betragen 33, 28 und 25 Prozent. Zusätzlich wurden mehr als 160 Interviews mit Soldatinnen und Soldaten des Kontingents im Einsatz und mehr als 20 sogenannte Focus-Back-Talk-Gespräche nach der Rückkehr aus dem Einsatz geführt.

gen gefragt. Dadurch sollen Erkenntnisse über anhaltende Veränderungen gewonnen werden. Die bisherigen Ergebnisse der Studie sind in Teilen veröffentlicht.¹⁸ Der vorliegende Beitrag stützt sich auf diese eigenen Arbeiten.

Von „Drinnis“ und „Draussis“: Verschiedene Erfahrungswelten im Einsatz

Als im März 2010 ein Großteil der Soldatinnen und Soldaten des 22. Kontingents seinen Einsatz in Afghanistan beginnt, befasst sich gerade der Verteidigungsausschuss als parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit dem vom damaligen deutschen Kommandeur des Provincial Reconstruction Team (PRT) Kundus Anfang September 2009 angeordneten Luftschlag auf zwei von Aufständischen entführte Tanklaster, dem auch Zivilisten zum Opfer gefallen waren.¹⁹ Zur selben Zeit stellen sich die deutschen Soldatinnen und Soldaten der Quick Reaction Force (QRF) des Kontingents auf ihre neuen Aufgaben in den Ausbildungs- und Schutzkompanien (Task Forces) ein. Sie sollen im Rahmen der Ende 2009 von ISAF beschlossenen Neuausrichtung der Einsatzstrategie gemeinsam mit afghanischen Sicherheitskräften erstmals auch offensiv militärisch gegen Aufständische vorgehen, um Gebiete im deutschen Verantwortungsbereich im Norden des Landes freizukämpfen und auch zu halten.¹⁰

Im Einsatz in Afghanistan hat es das 22. Kontingent mit einer hochkomplexen und mit

¹⁸ A. Seiffert/P. Langer/C. Pietsch, Einführung, in: dies. (Anm. 2), S. 11–20; Phil C. Langer, Erfahrungen von Fremdheit als Ressource verstehen. Herausforderungen interkultureller Kompetenz im Einsatz, in: ebd., S. 123–142; Carsten Pietsch, Zur Motivation deutscher Soldatinnen und Soldaten für den Afghanistaneseinsatz, in: ebd., S. 101–122; A. Seiffert (Anm. 2), S. 79–100; A. Seiffert/J. Heß (Anm. 1), S. 20–24; dies., Generation ISAF. Operational Realities, Self-Image and Organization, in: Gerhard Kümmel/Bastian Giegerich (Hrsg.), *The Armed Forces. Towards a Post-Interventionist Era?*, Wiesbaden 2013, S. 279–303.

¹⁹ Vgl. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss, BT-Drs. 17/7400, 25.10.2011, www.bundestag.de/dip21/btd/17/074/1707400.pdf (22.8.2013).

¹⁰ Vgl. Winfried Nachtwei, Der Afghanistaneseinsatz der Bundeswehr. Von der Friedenssicherung zur Aufstandsbekämpfung, in: A. Seiffert/P. Langer/C. Pietsch (Anm. 2), S. 37.

erheblichen Risiken verbundenen Sicherheitslage zu tun, die jedoch zwischen den Provinzen, in denen die deutschen Soldatinnen und Soldaten eingesetzt sind, erheblich variiert. Bereits in den ersten Einsatzwochen fallen in einem der schwersten Feuergefechte, die die Bundeswehr bis dahin erlebt hatte, drei Soldaten des Kontingents in der Unruheprovinz Kundus. Nur wenige Wochen später sterben vier weitere deutsche Soldaten in der Region Baghlan. Am Ende seines Einsatzes blickt das 22. Kontingent auf schwerwiegende Erfahrungen mit direkter und indirekter Gewalt: Fast die Hälfte des Kontingents (46 Prozent) hat nach eigenen Angaben feindlichen Beschuss erlebt. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) gibt an, mit dem Tod von Kameraden konfrontiert worden zu sein, und etwa ein Fünftel (21 Prozent) hat nach eigenen Angaben in Gefechten gegen Aufständische gestanden.¹¹

Die Soldatinnen und Soldaten des Kontingents machen in ihrem Einsatz dennoch nicht die gleichen Erfahrungen, und nicht jeder von ihnen ist auch in gleicher Art und Weise von Gewalt betroffen. Die Einsatzwirklichkeit vor Ort ist vielschichtig. Sie differenziert sich in verschiedene Erfahrungswelten, je nachdem, wo die Soldatinnen und Soldaten eingesetzt sind und welche Aufgaben sie dort übernehmen.¹² Während es die in den Regionen Kundus und Baghlan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten mit einem Guerillakrieg zu tun haben, in dem sie fast täglich mit Beschuss, Anschlägen und auch mit komplexen Angriffen von Aufständischen rechnen müssen, ist der Soldatenalltag in der sogenannten Blue Box um das deutsche Feldlager Camp Marmal in der Nähe von

¹¹ Der Studie liegt ein enger Begriff von Gefechtserfahrung zugrunde. In die Kategorie der „Gefechtserfahrenen“ werden ausschließlich diejenigen subsummiert, die angeben, aktiv an einem Schusswechsel im Einsatz beteiligt gewesen zu sein. Die Gewalt, mit der das Kontingent im Laufe des Einsatzes konfrontiert war, ist gleichwohl vielfältiger. Sie reicht von direkter Gewalt etwa durch Anschläge und Beschuss über die eigene Anwendung von Gewalt und das Töten des Gegners bis hin zum Erleben indirekter Gewalt, wie Not und Leid der Bevölkerung oder Tod und Verwundung von Kameraden und Zivilisten. Die genannten Angaben beziehen sich auf die Befragung des Kontingents wenige Wochen nach der Rückkehr aus dem Einsatz. Sämtliche im Beitrag genannten statistischen Angaben sind repräsentativ für das 22. Kontingent. Vgl. die Befragungsergebnisse in: A. Seiffert/P. Langer/C. Pietsch (Anm. 2).

¹² Vgl. A. Seiffert (Anm. 2), S. 87; A. Seiffert/J. Heß (Anm. 1), S. 22.

Mazar-e-Sharif weit weniger von offener Gewalt geprägt. Dort geht es vorrangig darum, Präsenz in den Ortschaften zu zeigen, Kontakte mit Dorfältesten oder der Zivilbevölkerung zu pflegen und zivile Aufbauaktivitäten abzusichern und zu unterstützen. Die Prioritäten der Aufgaben können sich jedoch rasch von einer Situation zur nächsten ändern.¹³

Die Erfahrungswelten unterscheiden sich aber nicht nur von Einsatzort zu Einsatzort, sie werden zusätzlich durch die übernommenen Aufgaben bestimmt. Vier von zehn Männern und Frauen (41 Prozent) des Kontingents sind mit Ausbildungs- und Schutzaufgaben betraut. Fast ebenso viele (40 Prozent) haben Unterstützungsaufgaben und weitere 19 Prozent Führungsaufgaben.¹⁴ Die Ausbildungs- und Schutzkräfte des Kontingents bewegen sich während ihres etwa vier bis sechs Monate andauernden Einsatzes überwiegend außerhalb der eng abgeschirmten deutschen Feldlager – für gemeinsame militärische Operationen mit afghanischen Sicherheitskräften, Patrouillenfahrten, zur Kontaktpflege, Aufklärung oder Ausbildung von afghanischer Armee und Polizei. 88 Prozent von ihnen befinden sich dabei täglich in Ortschaften oder für mehrere Tage in der Fläche, manche sogar über mehrere Wochen hintereinander auf Außenposten oder bei Operationen im freien Gelände und kehren nur zwischenzeitlich für wenige Tage zurück in die Feldlager.

Soldatinnen und Soldaten mit Ausbildungs- und Schutzaufgaben haben deshalb nicht nur weit häufiger Kontakt zur Zivilbevölkerung¹⁵ oder zu afghanischen Sicherheitskräften, sie tragen auch besondere Risiken. Weit mehr als andere Angehörige des Kontingents sind sie im Laufe ihres Einsatzes in Kämpfe verwickelt. Fast die Hälfte (42 Prozent) von ihnen hat nach eigenen Angaben mit dem 22. Kontingent in Gefechten gestanden. Im besonderen Maße gilt dies für Soldatinnen und Soldaten der sogenannten Task Force: Etwa zwei Drittel (65 Prozent) von ihnen berichten, gegen Aufständische gekämpft zu haben.

¹³ Vgl. Harald Müller et al., Demokratie, Streitkräfte und militärische Einsätze. Der zweite Gesellschaftsvertrag steht auf dem Spiel, HSFK-Report 10/2010, S. 12.

¹⁴ Vgl. zu den empirischen Ergebnissen ausführlicher A. Seiffert (Anm. 2), S. 83 ff.

¹⁵ Vgl. zur Häufigkeit der Kontakte von Soldatinnen und Soldaten des Kontingents mit der afghanischen Zivilbevölkerung P. C. Langer (Anm. 8), S. 127 ff.

Hingegen verlassen Führungs- und Unterstützungskräfte, die etwa für Planung und Auswertung, aber auch für Instandsetzung oder den reibungslosen Ablauf des Einsatzes verantwortlich sind, weitaus seltener die geschützte Welt des Feldlagers. Etwa ein Drittel der Unterstützer (35 Prozent) und ein Fünftel (20 Prozent) der Soldatinnen und Soldaten mit Führungsaufgaben verbringen ihren mehrmonatigen Einsatz ausschließlich in der abgeschirmten militärischen Alltagswelt der Feldlager und kommen nie oder allenfalls selten mit Land und Leuten in Kontakt. Vergleichsweise selten geraten sie während ihres Einsatzes in Kampfsituationen (6 Prozent der Führungs- und 8 Prozent der Unterstützungskräfte des Kontingents). Nicht nur die Risiken, sondern auch die Anforderungen und Belastungen unterscheiden sich von daher erheblich. Während die einen mit ständiger Bedrohung, mit Gefechten und Anschlägen, aber auch mit Not und Leid der Bevölkerung konfrontiert sind, müssen andere mit den geringen persönlichen Freiräumen und der ständigen sozialen Kontrolle der Feldlagergemeinschaften zurechtkommen. Beides kann extrem belastend sein, verlangt jedoch jeweils andere Fähigkeiten.

Auch die Soldatinnen und Soldaten selber unterscheiden in den Gesprächen und Interviews zwischen „Drinnis“ und „Draussis“, zwischen denjenigen, die sich während ihres Einsatzes meist außerhalb der Feldlager bewegen, und denjenigen, die ihren mehrmonatigen Einsatz überwiegend innerhalb der Lager verbringen. Sie beziehen sich damit jedoch nicht nur auf unterschiedliche Anforderungen, Belastungen und Gefahren, sondern geben der Unterscheidung auch eine kulturelle Dimension, die einen wichtigen Bezugspunkt für die Selbstdefinition bildet und gleichzeitig enge Bindungen und Solidarität untereinander schafft.¹⁶ Dies gilt besonders für diejenigen Einheiten, die hohe Risiken getragen haben. In riskanten Einsätzen werden diese nicht nur zu bloßen „Handlungsgemeinschaften“ im üblichen Sinne, sondern zu zeitlich befristeten „(Über-)Lebensgemeinschaften“, die dabei helfen, gemeinsam Schwierigkeiten und Belastungen zu überstehen.¹⁷

¹⁶ Vgl. A. Seiffert (Anm. 2), S. 85.

¹⁷ Vgl. dies. et al., Sinn und Bedeutung von Ritualen und Bräuchen. Ergebnisse einer qualitativen Studie (unveröff.), Strausberg 2011, S. 56.

Gewalterfahrungen aber prägen nicht allein den Horizont der direkt davon Betroffenen, sondern wirken auf das gesamte Kontingent. In asymmetrischen Einsatzszenarien wie in Afghanistan in denen Freund und Feind oftmals nicht klar zu unterscheiden sind, ist die Gefahr nicht allein auf die Kampfsituation begrenzt. Ein Anschlag kann zu jeder Zeit und an jedem Ort passieren. Der Einsatzalltag des Kontingents ist daher durch eine diffuse Bedrohung bestimmt, die auch jene empfinden, die während ihres gesamten Einsatzes das Lager nicht ein Mal verlassen haben.¹⁸ Diese gemeinsame Bedrohungswahrnehmung bildet eine Klammer, die die verschiedenen Einheiten miteinander verbindet und einen übergeordneten, gemeinschaftlich geteilten Referenzrahmen für das gesamte Kontingent schafft, der sich auf Einstellungen und Orientierungen auswirkt.

Von „alter“ und „neuer“ Bundeswehr: Differenzen zwischen den Generationen

Einschneidende Erfahrungen prägen, und sie können auch verändern. Dies gilt zumal für Erlebnisse mit Gewalt im Einsatz. Sie lassen sich nach der Rückkehr nach Deutschland nicht so einfach abhaken, sondern müssen verarbeitet und in das eigene Selbstbild integriert werden. Die Verarbeitung vollzieht sich meist „nicht nur als innere Selbstbefragung, sondern auch als soziale Vergewisserung“.¹⁹ Aus der Generationenforschung wissen wir, dass durch gemeinsame Erfahrungen Gemeinschaft konstituiert wird.²⁰ Basierend auf den Erfahrungen des Afghanistan-Einsatzes können sich daher „eigene sozio-kulturelle Praktiken, Verhaltensweisen und Einsatzidentitäten herausbilden, die von den Erfahrungswelten derjenigen, die noch zu Zeiten des Kalten Krieges oder in den Einsätzen auf dem Balkan sozialisiert wurden, deutlich differieren“.²¹ Den Unterschied zwischen „alter“ und

¹⁸ Vgl. A. Seiffert (Anm. 2), S. 88; dies./J. Heß, (Anm. 1), S. 21.

¹⁹ Ulrike Jureit, Generation, Generationalität, Generationenforschung. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, S. 14, <http://docupedia.de/zg/Generation?oldid=84611> (22.8.2013).

²⁰ Vgl. Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und hrsg. von Kurt H. Wolff, Neuwied 1964, S. 509–565.

²¹ A. Seiffert (Anm. 2), S. 88.

„neuer“ Bundeswehr greifen auch die Soldatinnen und Soldaten auf, wenn sie in den Interviews etwa zwischen „Generation Einsatz“ und „Generation Truppenübungsplatz“, zwischen „kalten Kriegern“ und mehrheitlich im Afghanistan-Einsatz geprägten „neuen Krieger“ unterscheiden. Die Erfahrungen des Afghanistan-Einsatzes werden von ihnen offenbar generationell gedeutet und verarbeitet.

Für die Bundeswehr ist Pluralität zwar nichts Neues. Im Gegenteil, schon die einzelnen Truppengattungen und Dienstgradgruppen in der Bundeswehr grenzen sich seit jeher voneinander ab, entwickeln eigene Bräuche, Gepflogenheiten und Symbolisierungen als Ausdruck ihrer Identität. Soldatinnen und Soldaten, die in Gefechten kämpften, die Tod und Verwundung erlebten, haben im Einsatz aber Erfahrungen gemacht, die es zuvor in der Bundeswehr in diesem Ausmaß und dieser Qualität nicht gegeben hat. Diese Erfahrungen werden zudem nur selten von höheren militärischen Vorgesetzten geteilt. Über Kampferfahrungen verfügen eher niedrige Dienstgrade bis zur Ebene Kompaniechef und folglich mehr jüngere Soldatinnen und Soldaten: Während 37 Prozent der Mannschaften und 21 Prozent der Feldweibel des Kontingents nach eigenen Angaben in Gefechten gekämpft haben, gilt dies für 13 Prozent der Offiziere, für 9 Prozent der Unteroffiziere o.P. und für 5 Prozent der Stabsoffiziere. Das statistisch berechnete Risiko für Mannschaften im Einsatz in Kämpfe verwickelt zu werden, liegt daher auch um fast das Zehnfache über dem der Stabsoffiziere des Kontingents.²² Den Soldatinnen und Soldaten selbst geht es dabei aber meist weniger um eine formale Differenzierung der Generationen nach Jahren als vielmehr primär um die Sozialisationserfahrungen einer neuen Generation von Einsatzsoldaten insgesamt. Das Alter kann, muss jedoch nicht ausschlaggebend sein für das Gefühl der Verbundenheit mit dieser Generation.

Heute sind es aber überwiegend die Jungen, die von Kämpfen, Tod und Töten, Verwundung und Versehrtheit erzählen. Der Afghanistan-Einsatz hat daher für sie ein erhebliches Identifikationspotenzial. Die unterschiedlichen Erfahrungswelten von höheren Vorgesetzten und der nachrückenden Genera-

²² Vgl. hier und im Vorhergehenden A. Seiffert (Anm. 2), S. 87; dies./J. Heß (Anm. 1), S. 23.

tion können innerhalb der Bundeswehr einen Generationenkonflikt befördern, der einen Wandel der Organisationskultur anstoßen kann.²³ Organisationskulturen, in denen die Autoritäts- und Sanktionsgewalt entlang der Hierarchie und weniger entlang der Erfahrungen zugewiesen wird, geraten unter Belastungsdruck, „wenn die jüngere Generation Erfahrungen macht, die von der älteren nicht geteilt werden“.²⁴ Dass dies für Vorgesetzte in der Bundeswehr keine einfache Angelegenheit ist, formulierte auch Verteidigungsminister Thomas de Maizière in einer Rede an den Offiziersnachwuchs: „Nach Abschluss ihres Studiums werden Sie als militärischer Führer, Erzieher und Ausbilder vor den Soldatinnen und Soldaten stehen, die ihnen anvertraut werden. Diese gehören der ‚Generation Einsatz‘ an und nicht wenige von ihnen werden sich bereits in Gefechtssituationen bewährt haben. Und trotzdem werden Sie als Offizier ihr Vorgesetzter. Das aber wird man nicht allein mit einem Abzeichen auf der Schulter, sondern durch Führung mit Können, Vorbild und Herz. Amtsautorität richtet wenig aus ohne persönliche Autorität.“²⁵

Hinzu kommt, dass Soldatinnen und Soldaten in den Einsätzen Situationen bestehen müssen, die mit hohen Anforderungen gerade auch an Vorgesetzte verbunden sind. In komplexen Einsatzszenarien wie in Afghanistan werden von ihnen „Führungsqualitäten der Verantwortungs- und Risikobereitschaft“²⁶ erwartet: Flexibilität, korrekte Lagebeurteilung auch unter Zeitdruck und Verhaltenssicherheit in unübersichtlichen oder riskanten Situationen sind gefordert. Diese Fähigkeiten finden jedoch in der stark verregelten Organisationskultur der Bundeswehr am Heimatstandort, in der „Mikromanagement und Absicherungsdenken“ vorherrschen, weniger Entsprechung. In den Gesprächen und Inter-

²³ Vgl. A. Seiffert (Anm. 2), S. 94.

²⁴ Maren Tomforde, Neue Militärkultur(en). Wie verändert sich die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze?, in: Maja Apelt (Hrsg.), Forschung Militär, Wiesbaden 2009, S. 204.

²⁵ Vgl. Ansprache von Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière am 21. 6. 2013 an der Universität der Bundeswehr München, www.bmvg.de > Ministerium > Der Minister > Reden > Ansprache des Verteidigungsminister anlässlich des Beförderungsauffrags für studierende Offiziere an der Universität der Bundeswehr München (26. 8. 2013).

²⁶ A. Seiffert (Anm. 2), S. 96.

views beschreiben Einsatzsoldaten dies nicht selten auch als „Zwei-Welten-Problematik“. Auch dadurch kann die Organisationskultur der Bundeswehr stärker unter Anpassungsdruck geraten.

Wie sich die Erfahrungen dieser „Generation Einsatz“ weiter auf das innere Gefüge und das Selbstverständnis der Bundeswehr auswirken, muss die Zeit zeigen. Nicht alle in dieser Generation bleiben lange in der Bundeswehr, und erst einige von ihnen sind in höhere Führungspositionen vorgedrungen. Weitere haben sich auf den Weg gemacht. Immerhin kann die Bundeswehr, besonders in den Einsatzkompanien, auf ein erfahrenes und selbstbewusstes Unteroffizierkorps blicken. Identitäten und Kulturen von Organisationen aber wandeln sich nur langsam – und sie werden zwischen deren Angehörigen ausgehandelt.

Anerkennung versus Abgrenzung

Einsatzsoldaten kehren in eine Gesellschaft zurück, die von ihrer Situation nur wenig weiß. Die mehrfache „Zwei-Welten-Wahrnehmung“ innerhalb der Bundeswehr setzt sich fort in dem Eindruck vieler Soldatinnen und Soldaten, dass ihr Dienst in der Gesellschaft keine angemessene Anerkennung und Würdigung finde. Wer in gefährlichen Einsätzen im Auftrag des Parlaments sein Leben riskiert, wünscht sich Rückhalt von der Politik und der Gesellschaft, deren Werte und Interessen ja in den Einsätzen zu vertreten sind. Wer dahinter jedoch lediglich ein bloß formales Akzeptanz- und Legitimationsproblem vermutet, verfehlt, worum es wirklich geht: um eine Antwort auf die tiefer liegende Frage nach einer (Neu-)Verortung des Verhältnisses von Gesellschaft und Bundeswehr. Die Bindung des Selbstverständnisses an gesellschaftliche Entwicklungen gehört zum Kernbestand der Inneren Führung.¹⁷ Auch für die meisten der von uns befragten Soldatinnen und Soldaten ist der Rückbezug auf die Interessen und Werte der Gesellschaft keine Ne-

bensache, sondern bildet gewissermaßen den „Motivations- und Identitätskern“¹⁸ ihres Selbstverständnisses. Was genau für die Gesellschaft in Bezug auf die Bundeswehr aktuell wichtig ist, lässt sich aber gar nicht so einfach sagen. Nicht zu Unrecht könnte man daher meinen, dass sich weniger die Bundeswehr von der Gesellschaft als diese von den Streitkräften distanzieren – trotz regelmäßig erhobener hoher gesellschaftlicher Akzeptanz der Bundeswehr als Institution und trotz Anteilnahme am persönlichen Schicksal psychisch schwer belasteter Rückkehrer.

Gesellschaft und Bundeswehr gleichermaßen stehen vor der Aufgabe, ihr Verhältnis neu zu bestimmen. Die Diskussion über den Umgang mit (zivilen wie militärischen) Einsatzrückkehrern und über eine Politik für Veteranen böte hierfür eine gute Gelegenheit. Durch die Beschäftigung mit ihren Erfahrungen und ihrer Situation könnte ein Gegengewicht geschaffen werden zur Distanzierung der Gesellschaft von den Streitkräften. Das wünschen sich in den Gesprächen auch viele Soldatinnen und Soldaten, und zwar meist jenseits eines Diskurses der Heroisierung oder Viktimisierung. Aus der gesellschaftlichen Perspektive gibt es dabei zwei gegenläufige Möglichkeiten des Umgangs mit der Thematik: Während eine Strategie eher auf – auch kritische – Auseinandersetzung und gerade damit auf Anerkennung setzt, wird diese von der anderen um den Preis von Abgrenzung beziehungsweise Abschottung vermieden. Demokratiepölitisch kann Letzteres nicht gewünscht sein.

¹⁷ Vgl. grundsätzlicher Klaus Ebeling, *Militär und Ethik. Moral- und militärkritische Reflexionen zum Selbstverständnis der Bundeswehr*, Stuttgart 2006; Anja Seiffert, *Soldat der Zukunft. Wirkungen und Folgen von Auslandseinsätzen auf das soldatische Selbstverständnis*, Berlin 2005.

¹⁸ A. Seiffert (Anm. 2), S. 89.

Kaare Dahl Martinsen

Totgeschwiegen? Deutschland und die Gefallenen des Afghanistan- Einsatzes

Im Mai 2013 informierte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière die Öffentlichkeit darüber, dass ein weiterer deut-

Kaare Dahl Martinsen
Ph. D. M. Litt, geb. 1963; Außerordentlicher Professor am Norwegian Institute for Defence Studies (IFS); assoziiertes Mitglied am Institut des hautes études de défense nationale, Ecole Militaire, Paris; IFS, Postboks 890 Sentrum, 0104 Oslo/Norwegen.
kaare.dahl-martinsen@ifs.mil.no

schischer Soldat in Afghanistan ums Leben gekommen war.¹ Damit stieg die Zahl der Verluste seit der Entsendung von Bundeswehrsoldaten im Jahre 2002 auf 54.² Der Minister beschrieb den Gefallenen als Mitglied einer speziellen Kampfeinheit und gab an, er sei im Kampf gegen die Taliban getötet worden. Die Tatsache, dass der Minister persönlich mit dieser Information an die Öffentlichkeit trat, sowie die Einzelheiten, die er dabei nannte, stehen im Kontrast zur offiziellen Zurückhaltung in Fällen wie diesem, mehr als eine kurze Mitteilung darüber, dass ein Soldat zu Tode kam, bekanntzugeben. Wenn Angehörige der Bundeswehr nicht darüber berichtet hätten, wie die Leichen aus Afghanistan gebracht und in Deutschland aufgenommen wurden, wüssten wir nichts über das offizielle Unbehagen und das Fehlen eines klaren Verfahrens im Umgang mit den toten Soldaten. Bis 2007 – als bereits mehr als 20 Bundeswehrangehörige ihr Leben gelassen hatten – hatten Regierung, Bundestag und das Verteidigungsministerium noch nicht entschieden, wie und durch welche offiziellen Vertreter die Särge empfangen werden sollten, oder in welchem Umfang die Öffentlichkeit informiert und beteiligt werden sollte.³

Die Behörden waren auf die Toten nicht vorbereitet. Ein Grund dafür war möglicherweise der Rahmen, in dem der Bundeswehreinsatz seit der Debatte im Bundestag im November 2001 erfolgte. Bundeskanzler Gerhard Schröder bagatellierte wiederholt die über eine Hilfestellung für die Afghanen beim Aufbau ihres Landes hinausgehende militärische Rolle der Soldaten. Obwohl er davon sprach, die Taliban führten „einen Krieg gegen die zivilisierte Welt“, bezeichnete Schröder den deutschen Beitrag als Hilfe und ergänzte, dass „könnte auch militärischer Beistand sein“.⁴ Schon diese zaghafte Eröffnung führte zu beträchtlichem Unbehagen – nicht nur innerhalb der Partei Die Linke oder im Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch in den Reihen der SPD. Am Ende musste Schröder, um den notwendigen Rückhalt für eine Entsendung der Bundeswehr zu erhalten, mit dem eigenen Rücktritt drohen. Er erhielt ihn mit nur zwei Stimmen mehr als unbedingt notwendig – im knappsten Vertrauensvotum seit Bestehen des Bundestags.⁵ Den Einsatz als Hilfe und Unterstützung zu formulieren – und damit in Einklang mit der traditionellen Betonung friedlicher Konfliktlösung zu bringen –, spielte gewiss eine entscheidende Rolle. Zudem schienen die an der Debatte beteiligten Abgeordneten vorauszusetzen, deutsche Soldaten würden in bereits befriedete Regionen geschickt – wo die örtliche Bevölkerung

Übersetzung aus dem Englischen: Kirsten E. Lehmann, Köln. Der Beitrag basiert auf dem im Herbst erscheinenden Buch des Autors: Soldier Repatriation. Popular and Political Responses, Farnham 2013. Der Autor dankt an dieser Stelle der Konrad-Adenauer-Stiftung für die freundliche Unterstützung.

¹ Vgl. Pressestatement: Minister zu Vorfall mit Beteiligung deutscher Soldaten in Afghanistan, 5.5.2013, www.bmvg.de > Journal > Aus dem Ministerium > Pressestatement: Verteidigungsminister zu Vorfällen in Afghanistan (26.8.2013).

² Vgl. www.bundeswehr.de > Gedenken > Zahlen und Fakten > Todesfälle im Einsatz (26.8.2013). Darüber hinaus verloren in Afghanistan drei deutsche Polizisten im Dienst ihr Leben.

³ Vgl. Stephan Löwenstein, Helden im Geplänkel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.10.2008.

⁴ Gerhard Schröder, Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, Sitzung 14/187 vom 19.9.2001, S. 18301/02.

⁵ Vgl. Gerhard Schröders Vertrauensfrage, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32247430_misstrauensvotum06/index.jsp (26.8.2013).

auf ihrem Weg zu Stabilität und Demokratie begierig westliche Hilfe erwarteten. Fernsichtbilder von Menschen in Kabul, die westliche Truppen bei der Befreiung der Stadt willkommen hießen, trugen möglicherweise zu dem Glauben bei, die deutschen Truppen erwarte hier ein leichter Einsatz.

In den ersten Jahren gaben die Entwicklungen in dem von Deutschen überwachten Norden Afghanistans wenig Anlass, anderes anzunehmen – ganz im Gegensatz zu den fortdauernden Kämpfen im Süden, wo britische, dänische und US-Truppen stationiert waren. Die Regierungen in London und Washington bemühten sich wiederholt, Berlins Zustimmung für eine Hilfestellung der Bundeswehr bei der Blockade des unablässigen Stroms von Talibanrekruten aus Pakistan zu erlangen. Diese Versuche wurden zurückgewiesen.⁶ In der westlichen Koalition wurde Berlins Haltung als Entledigung von weiteren Belastungen gesehen. Im Jahre 2008 gab General Hans-Lothar Domröse zu, die Kooperation werde von Feindseligkeiten zwischen denen, „die überwiegend Brunnen bohren, und andere(n), die überwiegend kämpfen“, geprägt.⁷

Als die ersten Toten im März 2002 aus Afghanistan in Deutschland eintrafen, bemerkte ein Beobachter, die politische Führung vermittele den Eindruck, erleichtert darüber zu sein, dass die Soldaten ihr Leben bei der Entschärfung einer alten sowjetischen Rakete und nicht bei einem Angriff der Taliban verloren hatten.⁸ Vielleicht, weil die meisten Verluste unspektakulär waren, schenkten die deutschen Medien ihnen nur wenig Aufmerksamkeit. Die wenigen Zeitungsberichte aus Afghanistan konzentrierten sich auf die Routine des Lagerlebens und darauf, wie die Bundeswehr sich um die Verbesserung der Kontakte mit der örtlichen Bevölkerung bemühte. Und nur wenig wurde getan, um das infrage zu stellen, was ein Journalist die „humanitäre Hegemonie“ in der Berichterstattung

nannte.⁹ Leser und Zuschauer erhielten den Eindruck, deutsche Truppen wären nur geringen Gefahren ausgesetzt. Die Wahrnehmung innerhalb des Verteidigungsministeriums war indes weniger optimistisch. 2005 hielt es Verteidigungsminister Peter Struck für notwendig, die Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass deutsche Verluste nicht ausgeschlossen werden können.¹⁰

K wie Krieg

2005 zweifelten die Männer und Frauen vor Ort nicht mehr daran, dass der relative Frieden der ersten Jahre vorbei war, stieg doch die Zahl der Angriffe seitens der Taliban stetig an. Zunehmend war von „Kriegszuständen“ die Rede. Für diese Darstellung zeigte man von offizieller Seite kein Verständnis. Im Gegenteil: Im September 2008 nannte Christian Schmidt, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, die Kämpfe im deutschen Sektor seien nichts weiter als „Scharmützel“ und wies die Äußerung des damaligen Grünen-Fraktionsvorsitzenden Hans-Christian Ströbele, es handle sich um einen veritablen Krieg, zurück.¹¹

Noch im selben Monat besuchte Verteidigungsminister Franz Josef Jung das deutsche Lager in Afghanistan – kurz nachdem die Taliban einen deutschen Soldaten getötet hatten. Ein Journalist fragte ihn, ob dieser jüngste Tote nicht Krieg bedeutete.¹² Der Minister antwortete, die Bundeswehr bekämpfe den Terrorismus – also etwas grundsätzlich anderes. Neben dem Minister stand US-General David McKiernan, Kommandeur der ISAF-Truppen,¹³ denen die Bundeswehr angehört. Vor laufenden Kameras korrigierte er den Minister kurz angebunden: „Ja, wir führen einen Krieg.“

McKiernans Äußerung wurde in den deutschen Medien zitiert, um das offiziell-

⁶ Vgl. Höchstens tausend Soldaten. Berlin will keine Führungsrolle in Afghanistan-Schutztruppe, in: FAZ vom 13.12.2001; Nico Fried, Der Süden bleibt tabu, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 14.11.2006.

⁷ Zit. nach: Stefan Klein, „Vielleicht waren wir ein bisschen naiv“, in: SZ vom 15.10.2008.

⁸ Vgl. Nikolaus Blome, Die Deutschen und der Krieg, in: Die Welt vom 8.3.2002.

⁹ Andreas Ross, Humanitäre Hegemonie, in: FAZ vom 27.9.2004.

¹⁰ Zit. nach: Hans-Jürgen Leersch, Vergessene Soldaten, in: Die Welt vom 29.9.2005.

¹¹ Zit. nach: Bundeswehr gerät ins Visier, in: Stuttgarter Nachrichten vom 2.9.2008.

¹² Vgl. Konstantin von Hammerstein et al., K wie Krieg, in: Der Spiegel vom 20.8.2011.

¹³ Internationale Sicherheitsunterstützungsgruppe (International Security Assistance Force – ISAF).

le Schweigen zu brechen – ohne Erfolg. Die korrigierende Darstellung des Generals zog keine offizielle Stellungnahme des Verteidigungsministeriums nach sich – geschweige denn Fragen im Bundestag angesichts der offensichtlichen Kluft zwischen den Einschätzungen der Lage. Und die Zurückhaltung der Abgeordneten seit Beginn des Krieges, weitere Untersuchungen anzugehen und die Informationen seitens der Regierung infrage zu stellen, hielt an. Das schließt auch ihr Unterlassen mit ein, die zunehmend bedenklich stimmenden Jahresberichte des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags zu allen Aspekten des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan weiter zu verfolgen. Diese Berichte enthielten detaillierte Beschreibungen über mangelhafte Ausrüstung und deren Auswirkungen auf die Sicherheit der Soldaten. Diese Mängel zu beheben, hätte möglicherweise die Zahl der Verluste vermindert.¹⁴ Zudem hätten parlamentarische Fragen ein Maß an offizieller Besorgnis erkennen lassen, an dem es vielfach mangelte. Nach den Worten des ehemaligen Wehrbeauftragten, Reinhold Robbe, zeigten die Parlamentarier im besten Fall „ein freundliches Desinteresse“.¹⁵ Nach Angaben höherer Offiziere hatte dies Auswirkungen auf die Truppenmoral.¹⁶

Robbes Äußerung erfolgte zu einer Zeit, als die Verluste aufgrund der Aktivitäten der Taliban zunahmen. Ein Grund für die fehlende Aufmerksamkeit der Politikerinnen und Politiker mag in der offiziellen Informationspolitik gelegen haben, durch die kaum etwas über die Todesursachen bekannt war. Lange Zeit wurden auf der Homepage der Bundeswehr nur Selbsttötungen in einer gesonderten Rubrik aufgeführt. Sie boten gewiss Anlass zur Beunruhigung, doch kaum den dringlichsten – in einer Zeit, in der die Bundeswehr wiederholt attackiert wurde. Die einzigen beiden anderen Kategorien – „durch Fremdeinwirkung gefallen“ und

¹⁴ Vgl. Wehrbeauftragter dringt auf bessere Ausrüstung, 3.6.2011, www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-in-afghanistan-wehrbeauftragter-draengt-auf-bessere-ausbildung-1.1104557 (8.10.2013).

¹⁵ Zit. nach: Dirk-Oliver Heckmann, „Bestenfalls hat man ein freundliches Desinteresse“. General a. D. Reinhardt zum historischen Gelöbnis vor dem Reichstag, in: Deutschlandfunk vom 21.7.2008.

¹⁶ Vgl. Wehrbeauftragter, Jahresbericht 2007, Berlin 2008, S. 6; im Jahresbericht des darauffolgenden Jahres wurden dieselben Bedenken auf S. 4 erhoben.

„durch sonstige Umstände gestorben“ – sagen so gut wie nichts aus.¹⁷ Doch die Ursachen der Todesfälle sind keineswegs unwichtig. So sollte zum Beispiel eine wachsende Zahl von Bomben am Straßenrand zu einer Debatte über das Vertrauen der Bundeswehr in Panzerfahrzeuge gegenüber Hubschraubern führen. Des Weiteren verdeutlicht die wachsende Zahl von Gefechtstodesfällen die verschlechterte Sicherheitslage klarer als alle langatmigen Berichte. Beides hätte den Kontrast zur offiziellen Darstellung der von Deutschen überwachten Zone als eine relativ friedliche verdeutlicht. Gewöhnliche Abgeordnete sowie die Öffentlichkeit blieben nicht die einzigen von diesem Mangel an Information Betroffenen – Gleiches galt für den Verteidigungsausschuss des Bundestags. Im Januar 2007, nach dem Tod von 20 Soldaten, wurde bekannt, dass der Ausschuss sich auf die genannten pauschalen und bedeutungslosen Kategorien verlassen hatte.¹⁸ Solange es für jedermann – die Ausschussmitglieder eingeschlossen – nahezu unmöglich war, die Art, wie die Soldaten zu Tode kamen, zu enträtseln, blieb es für die Regierung ein Leichtes zu verleugnen, dass sich die Männer und Frauen in einem Krieg befanden. Eine Erklärung dafür, dass die offizielle Linie so lange unwidersprochen blieb, bot ein früherer Bundeswehroffizier durch seinen Hinweis darauf, die Zahl der Todesopfer wie auch deren Ursachen stehe nicht nur im Widerspruch zu der Darstellung des Einsatzes als eines Unterstützungsprojekts, sondern auch zu dem Beharren darauf, die Bundeswehr sei ein Instrument des Friedens und schließe die Anwendung von Gewalt – das heißt im Kern militärischer Mittel – aus.¹⁹

Die offizielle Linie hinderte zurückkehrende Soldaten nicht daran, von zunehmend erbitterten Kämpfen zu berichten. Sie redeten ausnahmslos von „Krieg“. Seit Ende 2007 sprachen auch die Zeitungen davon. Dem widersetzte sich die Regierung – und legte zugleich eine überraschende linguistische Flexibilität an den Tag. 2008 zum Beispiel räumte der Sprecher des Verteidigungs-

¹⁷ Vgl. www.bundeswehr.de > Gedenken > Zahlen und Fakten > Todesfälle im Einsatz (26.8.2013).

¹⁸ Vgl. Hans-Ulrich Jörges, Unsere versteckten Toten, in: Stern vom 11.1.2007.

¹⁹ Vgl. Andreas Timmermann-Levanas/Andrea Richter, Die reden – Wir sterben. Wie unsere Soldaten zu Opfern der deutschen Politik werden, Frankfurt/M.–New York 2010, S. 216.

ministeriums ein, beim Einsatz der Soldaten handele es sich um „einen Stabilisierungseinsatz, zugegeben um einen recht robusten Stabilisierungseinsatz, der Kampfhandlungen miteinschließt.“^{f20} Schließlich unternahm Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Anfang April 2010 einen bedeutenden Schritt und bestätigte die Version der Soldaten: „Und auch wenn es auch (sic!) nicht jedem gefällt, so kann man angesichts dessen was sich in Afghanistan, in Teilen in Afghanistan, abspielt, durchaus umgangssprachlich – ich betone umgangssprachlich – in Afghanistan von Krieg reden.“^{f21} Die Männer und Frauen vor Ort fühlten sich rehabilitiert – und desgleichen, ironischerweise, die heftigsten Gegner der Regierung im Parlament, Die Linke. Ihre Mitglieder hatten seit dem Abflug der ersten Soldaten davon gesprochen, ISAF bedeute Krieg.

Guttenberg sprach in der Kirche, vor den Särgen dreier durch Straßenbomben getöteter Soldaten. Diesmal erschien auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, mutmaßlich wegen der wachsenden Kritik angesichts ihrer Abwesenheit bei den Begräbnissen. Sie hatte kurz vor der Zeremonie ihre Teilnahme als persönliches Anliegen angekündigt.^{f22} Merkel bezeugte den Toten ihre offizielle Anerkennung und schloss mit den Worten: „Ich verneige mich vor ihnen. Deutschland verneigt sich vor ihnen mit Dank und Hochachtung.“^{f23} Auch drückte sie ihr Verständnis für die Soldaten aus, die in der Beschreibung dessen, was sie erlebten, von „Krieg“ sprachen und ergänzte: „Ich verstehe das gut.“^{f24} Alles in Allem war ihre Rede, gemessen an der sonst üblichen Beherrschtheit im öffentlichen Auftreten der Kanzlerin, außergewöhnlich

^{f20} Zit. nach: Zitate: Vom „Stabilisierungseinsatz“ zum „Krieg“, in: Focus online vom 22. 4. 2010, www.focus.de/politik/ausland/konflikte-zitate-vom-und-132stabilisierungseinsatzund147-zum-und132krieg-und147-aid_501164.html (26. 8. 2013).

^{f21} Vgl. www.bmvg.de > Multimedia > Videoarchiv > Minister > „Krieg“ in Afghanistan (Sprechertext) (26. 8. 2013).

^{f22} Vgl. Matthias Gebauer, Zeremonie für deutsche Soldaten: Merkel trauert öffentlich – nun doch, www.spiegel.de/politik/ausland/zeremonie-fuer-tote-soldaten-merkel-trauert-oeffentlich-nun-doch-a-687862.html (26. 8. 2013).

^{f23} Zit. nach: „Deutschland verneigt sich mit Dank und Hochachtung“ – Merkel würdigt die in Afghanistan gefallenen Soldaten, in: FAZ vom 10. 4. 2010.

^{f24} Ebd.

emotional. Das war gewiss einer der Gründe, weshalb ihre Lobrede am folgenden Tag auf allen Titelseiten zitiert wurde. Abgesehen von einigen abfälligen Kommentaren – so etwa im „Neuen Deutschland“^{f25} – scheint die Reaktion eine Art Erleichterung dahingehend auszudrücken, die offizielle Rhetorik werde von nun an etwas ehrlicher ausfallen. Merkmals Anerkennung der Beschreibung der Verhältnisse vor Ort seitens der Soldaten als korrekt und politisch legitim war ein wichtiger Schritt, um die Kluft zwischen der Bundeswehr und der politischen Elite zu überbrücken – wenngleich nicht ohne Risiko. Eine öffentliche Anerkennung der Bundeswehr – und erst recht die Ehrung ihrer Toten – löst vorhersehbare Vorwürfe über etwaige Formen eines verschleierte Versuchs aus, man wolle Praktiken wieder einführen, die zum Beispiel an Hitlers Heldengedenktage erinnern.^{f26} Dies allein reichte aus, um Pläne für einen Tag zu Ehren von Veteranen auf Eis zu legen.^{f27} Die Linke hat auch versucht, den Afghanistan-Einsatz mit Hitlers Wehrmacht in Verbindung zu bringen.^{f28} In der Rückschau überrascht ihr hoher Anteil an den seit 2001 im Bundestag gestellten Fragen zu Afghanistan. Doch liegt die Erklärung dafür wahrscheinlich im „freundlichen Desinteresse“ seitens der übrigen Parlamentsabgeordneten.

^{f25} Trauerfeier für Bundeswehr-Soldaten, in: Neues Deutschland vom 10. 4. 2010.

^{f26} Vgl. Alexandra Kaiser, Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertags, Frankfurt/M. 2010.

^{f27} Vgl. Christoph Wenzel, Robbe will Veteranentag ohne Heldenverklärung, in: Die Welt vom 14. 7. 2010; Manfred Hettling, Militärisches Totengedenken in der Berliner Republik. Opfersemantik und politischer Auftrag, in: ders./Jörg Echternkamp (Hrsg.), Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008, S. 11–21.

^{f28} Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke äußerte sich aus Anlass der Teilnahme des Inspektors des Heeres der Bundeswehr als Hauptredner auf der Gedenkveranstaltung des – umstrittenen – „Kameradenkreises der Gebirgstruppe“ folgendermaßen: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Bundeswehr nun, wo sie in Afghanistan einen immer blutiger werdenden Krieg führt, den Kampfgeist ihrer Soldaten mit einem Rückgriff auf den Traditionsbestand der Wehrmacht befördern will.“ Zit. nach: Bundeswehr trägt aktiv zur Verklärung der Wehrmacht bei, www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/bundeswehr-traegt-aktiv-verklaerung-wehrmacht/ (26. 8. 2013).

Sicht vor Ort

Die Gründe für dieses Desinteresse aufzuzeigen, ist weder schwer noch besonders originell. Zusätzlich zu den bereits erwähnten offiziellen Tabus im Zusammenhang mit sämtlichen militärischen Mitteln darf nicht übersehen werden, dass der Krieg in Afghanistan alles andere als ein lohnendes Thema war, mit dem Politiker sich in Verbindung bringen wollten. All dies macht die Ehrung toter Soldaten zu einer politisch heiklen Angelegenheit.

Aus Sicht der Männer und Frauen, die in Afghanistan waren, stellt sich die Sache anders dar, und es gibt gewichtige Argumente zugunsten einer offiziellen Anerkennung. Für jeden Soldaten ist der Tod eine allgegenwärtige Realität. Für all diejenigen, die ihn aus nächster Nähe erlebt haben, ist er ein Wendepunkt. In nahezu sämtlichen Berichten aus Afghanistan ist der Verlust eines Kameraden ein Schlüsselereignis. In Büchern und Interviews wird dies nur selten in alarmierender Weise geschildert. Meist fallen nur wenige leise Worte darüber – als sei der Verfasser beziehungsweise die Verfasserin ratlos, wie sich beschreiben ließe, was er oder sie gesehen oder gehört hat. Eines jedoch unterscheidet die deutschen Berichte von allen anderen, die ich gelesen habe, in auffälliger Weise: das Fehlen von Namen. Im Vergleich zu ihnen nennen dänische und britische Soldaten, die über den Krieg in Afghanistan schreiben, die Toten beim Namen und schicken häufig Fotos samt Bildunterschriften mit Angaben darüber mit, wann, wo und wie der lächelnde junge Mann oder die Frau getötet wurde. Hierin spiegeln die britischen und dänischen Verfasser die generelle Offenheit und Debatte wider, die den Krieg von Anfang an begleitet hat – eine Offenheit, die die toten Soldaten oftmals ins Zentrum der Bühne rückt. In beiden Ländern folgt der ersten kurzen amtlichen Verlautbarung über den Verlust eines Soldaten nach kurzer Zeit eine – häufig ausführliche – offizielle Würdigung des Getöteten. In Dänemark erfolgt dies durch die Armee, im Vereinigten Königreich durch das Verteidigungsministerium. Die britische Würdigung ist in der Hinsicht bemerkenswert, dass jeder, der den Toten kannte, etwas beitragen kann.²⁹

²⁹ Vgl. www.gov.uk/government/fatalities/lance-corporal-liam-richard-tasker-killed-in-afghanistan (27. 8. 2013).

In Deutschland hat die offizielle Einschränkung zu einer großen Anzahl von Gedenkseiten im Internet geführt – die von Familienangehörigen, Freunden oder Kameraden des toten Soldaten ins Netz gestellt wurden. Die meisten verschwinden nach kurzer Zeit wieder. Langlebiger sind dagegen die Internetseiten für ehemalige oder derzeitige Bundeswehrangehörige; sie haben es geschafft, Informationen über die Rückführung getöteter Soldaten und ihrer Begräbnisse in einem Umfang zu sammeln und zu verbreiten, wie es über offizielle Kanäle kaum möglich wäre.³⁰

Die offizielle Weigerung, die Namen preiszugeben, spiegelte sich in den überregionalen Tageszeitungen wider: In ihnen wurden die Begräbnisse mit nur wenigen Zeilen erwähnt. Bemerkenswerte Ausnahme war die „Bild“-Zeitung – mit einer ausführlicheren Berichterstattung, die oftmals Interviews mit nächsten Angehörigen sowie Fotos enthielt. Ein ähnlicher Verzicht auf Anonymität findet sich in regionalen und lokalen Medien. Wie die „Bild“ unterstreichen auch sie die rege Teilnahme der örtlichen Bevölkerung an den Begräbnisgottesdiensten.³¹ Erst vor Kurzem begann die Bundeswehr, Bilder und zusammenfassende Berichte über die Beerdigungen zu veröffentlichen. Damit wird ein bedeutender Schritt in Richtung offizieller Anerkennung der Gefahren vollzogen, die der Einsatz in Afghanistan bedeutet, sowie des Preises in Gestalt getöteter Soldaten.

Gedenken

Doch Internetseiten eines Ministeriums sind keine bleibende Erinnerung an die Toten. Die Frage, wie den Gefallenen angemessen gedacht werden könne, stellte 2005 der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Während eines Besuchs bei den deutschen Truppen in Afghanistan hatte er im dortigen Lager ein Denkmal für die Gefallenen gesehen. Davon beeindruckt, stieß er zu Hause die Idee eines Ehrenmals an, mit dem nicht nur der in Afghanistan Gefallenen, sondern

³⁰ Vgl. beispielsweise www.rk-kastellaun.org/0000009fb90ec8602/index.html oder <http://soldatenglueck.de/category/bundeswehr/gedenken/> (27. 8. 2013).

³¹ Vgl. Bewegende Trauerfeier für getötete Bundeswehrsoldaten, in: Westdeutsche Zeitung vom 3. 6. 2011.

allen Männern und Frauen, die im Dienst für die Bundeswehr ihr Leben gelassen hatten, gedacht werden sollte.

Über die Planung des Ehrenmals verbreitete das Verteidigungsministerium von Anfang an nur spärliche Informationen.^{F³²} Auch wurden nur wenige Forderungen nach Transparenz seitens der Bundestagsabgeordneten laut. Eine Ausnahme war der Versuch der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten, im Februar 2007.^{F³³} Sie wollte das Denkmal als Mittel zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins über Auslandseinsätze genutzt sehen. Ihr Vorstoß misslang. Wie ein Journalist bemerkte, legten die Bundestagsabgeordneten, wann immer das Denkmal auf der Tagesordnung stand, dasselbe mangelnde Engagement an den Tag wie in den Debatten, in denen es um Afghanistan ging.^{F³⁴}

Die Bundeswehr indes zeigte eine dem Rest der Gesellschaft entgegengesetzte Haltung. Wie Merten erkannte man hier die Bedeutung einer öffentlichen Anerkennung der Kosten von Auslandseinsätzen. Aus ihren Reihen kam daher Unterstützung für Mertens Bemühungen, das Denkmal in der Nähe des Bundestags zu errichten. Dort hätte es nicht nur den zahlreichen Besuchern des Reichstagsgebäudes gezeigt, dass die Parlamentsmehrheit im modernen Deutschland bereit war, seine Sicherheit mit militärischen Mitteln zu garantieren; zugleich hätte es den Abgeordneten als ständige Erinnerung an den Preis dienen können, den ihre Entscheidungen nach sich ziehen. Nicht zuletzt hätte sich in diesem Standort eine der wichtigsten Neuerungen in der Bundesrepublik nach 1945 manifestiert – nämlich die der Bundeswehr als einer Parlamentsarmee.

Das Resultat schließlich sah anders aus. Das Ehrenmal wurde auf dem Gelände des Bundesministeriums für Verteidigung errichtet. Dadurch wird in erster Linie die Rolle der Bundeswehr als Exekutivorgan bekundet – ein Aspekt, der in der Broschüre des Verteidigungsministeriums zum Ehrenmal unmiss-

verständlich zum Ausdruck kommt.^{F³⁵} Zudem hat der Standort einen weiteren unglücklichen Effekt: Er liegt abseits und wurde, in den Worten eines Journalisten, zum „Vermeidungsdenkmal“.^{F³⁶} Ein Großteil derer, die es besuchen, sind ausländische Delegationen, unter ihnen Offiziere bei ihrem offiziellen Besuch des Ministeriums. Dadurch erfuhr das Ehrenmal eine Militarisierung. Für all jene mit persönlichen Gründen für einen Besuch – wie Kameraden und nächste Angehörige – wurde das Ehrenmal weit weniger zum Ort persönlicher Erinnerung, als es hätte werden können.

In diesem Zusammenhang fallen einem zwei andere moderne Kriegsdenkmäler ein: die Gedenkstätte des Vietnam Veterans Memorial in Washington D.C. aus dem Jahre 1982 sowie das 2011 enthüllte Kriegsdenkmal in Kopenhagen. Beide sind schmucklos und zeigen einzig die in Granit eingemeißelten Namen der Gefallenen. Für Hinterbliebene ist die Namensnennung der Toten von großer Bedeutung. Bei der Lektüre britischer, dänischer und deutscher Debatten um die Frage, wie man den in Afghanistan Gefallenen gedenken solle, treten nationale Unterschiede zurück. Für die Familien bedeutet ein in Stein gemeißelter Name eine Garantie gegen das Vergessen – und er stellt nicht zuletzt eine offizielle Anerkennung ihres Verlusts dar. In Washington wie in Kopenhagen berühren viele derjenigen, die der Toten gedenken, die Schriftzüge und legen darunter Blumen ab.

Das Ehrenmal in Berlin macht dies unmöglich. Zu Beginn hatte der Planungsausschuss eine Namensnennung ausgeschlossen. Doch an diesem Punkt konnte die Kritik in der Presse sowie von den Männern und Frauen in der Bundeswehr nicht überhört werden. Die Lösung zeigt alle Anzeichen eines *Cut-and-Paste*. Im Innern des Monuments – ein, so die Broschüre, „dunkler, entmaterialisierter Raum“ – erscheinen die Namen in Leuchtschrift auf einem Betonträger über dem Ausgang.^{F³⁷} Nach nur wenigen Sekunden

^{F³²} Vgl. Alexander Weinlein, Gedenken ja – aber wo und wie? Verteidigungsminister Jung weist Kritik an Plänen für Ehrenmal zurück, in: Das Parlament vom 9.7.2007.

^{F³³} Vgl. Florian Güßgen, SPD-Politikerin will Tote benennen, in: Stern vom 8.2.2007.

^{F³⁴} Vgl. Jochen Bittner, Sterben wofür?, in: Die Zeit vom 24.5.2007.

^{F³⁵} Vgl. Presse- und Informationstab des Bundesministeriums für Verteidigung (Hrsg.), Das Ehrenmal der Bundeswehr. Den Toten unserer Bundeswehr – Für Frieden, Recht und Freiheit, Berlin 2009, S. 9.

^{F³⁶} Stefan Koldehoff, Es ist „ein Vermeidungsdenkmal“, 8.9.2009, www.dradio.de/dlf/sendungen/kulturheute/1031189 (8.10.2013).

^{F³⁷} Presse- und Informationstab des Bundesministeriums für Verteidigung (Anm. 35), S. 24.

erscheint der nächste Name und unterbricht so jede erhoffte besinnliche Atmosphäre. Der Broschüre zufolge wurde eine technische Lösung gewählt, die es erlaubt, Namen auf Wunsch der Familie entfernen zu können.¹⁸ Ergänzt sei an dieser Stelle, dass – betrachtet man die britischen und dänischen Debatten über die Frage, wie der Toten gedacht werden solle – die Zahl der Verwandten, die die Namen ihrer Toten nicht angeschrieben zu sehen wünschen, nicht nur gering, sondern ausgesprochen gering ist. Einzig unmittelbar nach einem Todesfall, wenn der Verlust noch einen Schock darstellt, wollten Familien nicht an die Öffentlichkeit gehen.¹⁹ Fast alle begrüßten die Möglichkeit des öffentlichen Gedenkens durch die Namensnennung ihres Angehörigen – ganz so, nehme ich an, wie die Familien der drei Bundeswehrsoldaten, die in Afghanistan getötet wurden und deren Namen 2011 auf einem Kriegsdenkmal im niederbayrischen Langdorf eingeritzt wurden.¹⁰

Auf dem bayrischen Denkmal sind im Anschluss an die Namen die Todesdaten vermerkt. Im Berliner Ehrenmal erscheinen nur die Namen. Man könnte argumentieren, dies unterstreiche die gemeinsame Zugehörigkeit der Toten – die Tatsache, dass sie alle im Dienst der Bundeswehr starben. Stünde indes hinter dem Namen eines Soldaten der Tag, an dem er fiel, würde sichtbarer, dass der Einsatz in Afghanistan bis heute 54 Menschenleben gefordert hat. In diesem Fall könnte die Debatte über den Krieg und über die Frage, ob der Verlust so Vieler gerechtfertigt werden kann, im Ehrenmal einen dringend erforderlichen Ausgangspunkt finden. Sie wird erst möglich, wenn die Toten öffentlich anerkannt werden.

¹⁸ Ebd., S. 31.

¹⁹ Vgl. Katja Ring, *De faldnes monument: SoldaterNyt besøger Finn Reinbothes værk*, in: *SoldaterNyt* vom 4. 10. 2011; Nicholas James, *Interview mit Steve McQueen*, März 2010, www.artslant.com/ny/artists/rackroom/22043-steve-mcqueen (26. 8. 2013).

¹⁰ Vgl. Thorsten Jungholt, *Trauer und Misstrauen*, in: *Die Welt* vom 26. 2. 2011.

Armin Wagner · Heiko Biehl

Bundeswehr und Gesellschaft

So viel Bundeswehr war selten! Das gilt wenigstens seit Anfang der 1990er Jahre für die Begleitung der Auslandseinsätze durch die Medien, vor allem seit

Armin Wagner

Dr. phil., Oberstleutnant i. G., geb. 1968; Referent in der Abteilung Politik des Bundesverteidigungsministeriums. arminzwagner@bmvg.bund.de

Heiko Biehl

Dr. phil., geb. 1971; Projektleiter im Forschungsbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam. heikobiehl@bundeswehr.org

der strittigen Teilnahme am Kosovo-Krieg und dem Engagement in Afghanistan. In der überregionalen Presse ist es dabei seit der Jahrtausendwende vielfach zu einer Umkehrung inhaltlicher Positionen gekommen. Widmete der „Spiegel“ im Frühjahr 2002 seine Titelgeschichte noch der „überforderten Armee“, so berichtet er elf Jahre später von den „zaghafte[n] Deutschen“.¹ Was auch in Schlagzeilen wie „Am liebsten Schweiz“ – „Enthalten und verlieren“ – „Wir tun doch nix“² anklingt, ist zunächst einmal Kritik an der als zu passiv betrachteten Haltung Deutschlands angesichts des Krisengeschehens in Nordafrika, im Nahen Osten und am Hindukusch. Während die Entwicklungen in Somalia, Irak und Afghanistan darauf verweisen, dass sich das Zusammenspiel von militärischen Interventionen, *nation building* und Demokratie-

Die Autoren geben ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Ausdruck und danken Frank Hagemann, Sven Lange und Robert Sieger für ihre zahlreichen Anregungen.

¹ Vgl. *Deutsche an allen Fronten. Die überforderte Armee*, in: *Der Spiegel*, Nr. 11 vom 11. 3. 2002, S. 172–186; *Die zaghafte[n] Deutschen*, in: *Der Spiegel*, Nr. 13 vom 25. 3. 2013, S. 20–23. Zu Positionen des Übergangs in diesen Jahren vgl. beispielsweise Herfried Münkler, *Militärinterventionen in aller Welt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 9. 10. 2006, S. 8; Michael Rühle, *Am Rubikon der Kampfeinsätze*, in: *FAZ* vom 4. 2. 2008, S. 8.

² Vgl. *Süddeutsche Zeitung (SZ)* vom 25. 6. 2012, S. 2; *Handelsblatt* vom 10. 12. 2012, S. 14; *Die Zeit*, Nr. 13 vom 21. 3. 2013, S. 2.

export kaum bewährt hat, fordern viele Leitartikler ein fallweises Eingreifen im Namen von Menschenrechten und Schutzverantwortung: Deutschland müsse die Verantwortung übernehmen, die seinem politischen und wirtschaftlichen Gewicht in Europa und im nordatlantischen Bündnis entspräche.

Gilt zugleich aber auch: So wenig Bundeswehr war nie? Eine ungeliebte Armee, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht im Alltag und im Bewusstsein der meisten Bürgerinnen und Bürger kaum noch präsent ist, deren Vertreter Schulen nicht mehr betreten sollen und deren Einsätze in der Bevölkerung auf wenig Sympathie stoßen? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen der deutschen Gesellschaft und „ihrer“ Armee? Beschränkt sich das Miteinander auf das gemeinsame Schleppen von Sandsäcken, wenn wieder einmal der eine oder andere Fluss die Heimat unter Wasser setzt?[¶]

Die Medien sind nicht die Öffentlichkeit. Sie tragen allerdings gewichtig zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Nach Wahrnehmung der Bevölkerung ist die mediale Berichterstattung über die Bundeswehr als Institution positiv bis neutral, mit zuletzt leicht negativer Tendenz.[¶] Ungeachtet der Katalysatorwirkung der Medien erhält die Stimme anderer gesellschaftlicher Akteure zur Sicherheitspolitik und zu den Streitkräften ihre eigene Relevanz: die Haltung der Parteien, Kirchen, Universitäten, von Verbänden, der Wirtschaft und nichtstaatlichen Interessengruppen. Gibt es in der Summe der Positionen tatsächlich eine „tektonische Verschiebung“, weil in der neuen globalen Sicherheitsvorsorge mit Kriegen der Wahl (*wars of choice*) der Soldat enger an die Politik heranrückt, sich aber dabei von der Gesellschaft entfernt?[¶] Oder ist es

¶ Vgl. Ulrich Exner/Miriam Hollstein/Simone Meyer, Die Bundeswehr. Deutschlands ungeliebte Armee, 16. 6. 2013, www.welt.de/politik/ausland/article117156165 (10. 8. 2013); Rüdiger Fiebig/Carsten Pietsch, Die Deutschen und ihre Streitkräfte, in: APuZ, (2009) 48, S. 36–41.

¶ Vgl. zu diesen und den folgenden statistisch-empirischen Angaben: Thomas Bulmahn/Meike Wanner, Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2013 zum Image der Bundeswehr und Bewertung des Claims „Wir. Dienen. Deutschland.“, Potsdam 2013.

¶ So Klaus Naumann, Ein zäher Wandel: Deutsche Sicherheits- und Militärpolitik, in: Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voss (Hrsg.), Erbe des Kalten Krieges, Hamburg 2013, S. 209–226, hier: S. 224.

vielmehr so, dass die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze „noch mehr an die demokratische Gesellschaft herangewachsen“ ist, angetreten, „um Werte zu verfechten, welche ihre Großväter einst unter ihre Schaftstiefel traten“?[¶]

In diesem Beitrag skizzieren wir die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Bundeswehr, beleuchten deren soziale Anerkennung und fragen nach ihrem Bild in der Öffentlichkeit. Abschließend werden Reaktionen der Bundeswehr dargestellt, die sich durch Auslandseinsätze, gesellschaftlichen Wandel und Aussetzung der Wehrpflicht ergeben.

Nähe zur Politik, Distanz zur Gesellschaft?

Deutschland hat wie kaum ein anderes Land vom Ende des Kalten Krieges profitiert. Aus zwei sich gegenüberstehenden Frontstaaten ist das vereinte Deutschland geworden, das von befreundeten Staaten, von Partnern der Europäischen Union und der NATO umgeben ist. Die internationale Lage außerhalb Mitteleuropas ist seit dem Ende des Kalten Krieges jedoch volatil und bleibt dies auf absehbare Zeit. Immer wieder brechen neue Konflikte auf, ohne dass die alten gelöst wären – sie sind bestenfalls notdürftig befriedet. Vor diesem weltpolitischen Hintergrund beklagen Politiker, Journalisten und Vertreter der in Deutschland überschaubaren *strategic community* ein fehlendes Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik, das sich in der Folge auch auf die deutschen Streitkräfte und ihre Soldaten auswirke. Der damalige Bundespräsident Horst Köhler sprach 2005 vom „freundlichen Desinteresse“: „Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr, mit Recht, aber ein wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf sie sind eher selten. Noch seltener sind anscheinend der Wunsch und das Bemühen, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen und zu bewerten, der da auf die Bundeswehr einwirkt.“[¶]

¶ Joachim Käppner, Armee auf dem Rückzug, in: SZ vom 29. 10. 2011, S. 11.

¶ Horst Köhler, Einsatz für Freiheit und Sicherheit. Rede bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr am 10. 10. 2005 in Bonn, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede_Anlage.pdf (10. 8. 2013).

Worauf gründet diese inzwischen oft zitierte Distanz der Deutschen? Manchem mag es als Ausweis friedlicher Gesinnung gelten, sich an sicherheitspolitischen Themen uninteressiert zu zeigen, wozu die deutschen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen ausreichend Anlass bieten. In Folge dieser Kriege hat sich in Deutschland im Unterschied zu seinen ehemaligen Gegnern jegliche Mythenbildung auf der Grundlage militärischer Erfolge verboten. Gedenktage werden kaum durch militärisches Zeremoniell geprägt und nationale Werte und Interessen nicht *a priori* durch militärische Gewalt legitimiert. Insoweit beruht die Abstinenz des Militärischen zu einem guten Teil auf Überzeugungen, Denkmustern und Mentalitäten, die sich nach dem Zusammenbruch 1945 herausgebildet haben. Doch das erklärt die deutsche militärische Zurückhaltung nicht allein – zumindest drei weitere Aspekte treten hinzu:

Erstens fehlt es der „Berliner Republik“ an einer institutionalisierten Strategiefähigkeit. Weder der ein Schattendasein fristende Bundessicherheitsrat noch das Bundeskanzleramt oder eine interministerielle Instanz diskutieren systematisch und nachvollziehbar die Voraussetzungen und Anforderungen einer deutschen Sicherheitsstrategie. Zudem profiliert sich eine politische Karriere vom Ortsverband bis in den Bundestag nur selten auf dem Feld der Sicherheitspolitik. Und die Generalität der Bundeswehr hält sich trotz ihrem zweifellos vorhandenen Sachwissen mit politischem Ratschlag weitgehend zurück – zumindest, solange sie im aktiven Dienst steht. Insoweit beruht die Abstinenz des Militärischen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs auch auf einer institutionell begründeten Selbstbindung.¹⁸

Zweitens brechen durch die zahlreichen Reformen der Bundeswehr vormals vorhandene Berührungspunkte mit der Bevölkerung weg. Die Bundeswehr war seit ihrer Gründung durch die allgemeine Wehrpflicht eng an die Gesellschaft gebunden. Die Aussetzung der Pflicht zum Dienst an der Waf-

fe ist daher ein gravierender Einschnitt. Die Verkleinerung der Streitkräfte reduziert ihre Präsenz in der Fläche und damit ihre öffentliche Sichtbarkeit. Auch die Sicherheitspolitik seit 1990 wirkt in die gleiche Richtung: Wo im Kalten Krieg die deutsche Bevölkerung mit ihrer Armee in einer „Schicksalsgemeinschaft“ verbunden war, weil Bürger und Soldaten in gleicher Weise unter der Drohung eines nuklearen Armageddons standen, ist eine vergleichbare Bindung bei der Entsendung von Kontingenten an den Hindukusch und Richtung Timbuktu vordergründig nicht mehr zu erkennen.

Dies führt *drittens* dazu, dass die Deutschen die Konsequenzen sicherheitspolitischer Entscheidungen nur noch indirekt erfahren. Es ist schwierig zu vermitteln, dass Lebensweise und Wohlstand hier in Deutschland (auch) abhängig sein sollen von freien Handelswegen und insofern von der Sicherheit vor Piraterie am Horn von Afrika und am Golf von Guinea.

Die zögerliche Beschäftigung der Gesellschaft, einschließlich großer Teile der politischen Klasse, mit der Bundeswehr und mit sicherheitspolitischen Fragen beruht nicht nur auf mentalitätsgeschichtlichen Vorbehalten und institutionellen Defiziten. Die Tücke liegt im Objekt selbst. Sicherheitspolitik leidet an einem Vermittlungsproblem – sie hat komplexe internationale Zusammenhänge zum Gegenstand und bedient sich häufig einer spezifischen Terminologie, gerade im militärischen Bereich, die sich Außenstehenden nicht ohne Weiteres erschließt. Dieses Vermittlungsproblem verstärkt sich im Kontrast zwischen zivilgesellschaftlichen Idealen und militärischen Standards: Die Realitäten der Auslandseinsätze korrespondieren nicht mit der Erfahrungswelt einer seit bald sieben Jahrzehnten in Frieden lebenden Gesellschaft. Während Letztere gerade bewaffneten Einsätzen skeptisch gegenübersteht, ist die Teilnahme daran für viele Soldatinnen und Soldaten zur Bewährungsprobe geworden – sowohl formal für den beruflichen Aufstieg als auch informell für Prestige und Ansehen unter den Kameraden.¹⁹

¹⁸ Vgl. Sven Bernhard Gareis, Der Entscheidungs- und Handlungsapparat in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Akteure, Kompetenzen, Verfahren und Erfordernisse, in: Ina Wiesner (Hrsg.), Deutsche Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2013, S. 55–84, hier: S. 79–81.

¹⁹ Vgl. Maren Tomforde, „Einmal muss man schon dabei gewesen sein ...“ – Auslandseinsätze als Initiation in die „neue“ Bundeswehr, in: Ulrich vom Hagen (Hrsg.), Armee in der Demokratie. Zum Verhältnis von zivilen und militärischen Prinzipien, Wiesbaden 2006, S. 101–122.

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a. D. Klaus Naumann, hat jüngst darauf hingewiesen, dass Soldaten letzten Endes Kämpfer seien, ungeachtet aller anderen Qualifikationen, die heute von ihnen gerade im Einsatz in einem breit angelegten Set von Rollen ebenfalls verlangt werden. Kampf und Gewalt jedoch irritieren die moderne Gesellschaft, gelten sie doch als archaisch und mithin idealerweise als überwunden. Die notfalls gebotene Gewaltausübung der Bundeswehr wird daher in Frage gestellt. Sie erfolgt allerdings im Auftrag des Bundestags und damit aller Deutschen als Souverän. Das legitimiert sie nicht nur, sondern bindet auch die mehrheitlich gewaltabstinente deutsche Bevölkerung an die Einsätze zurück. Die Arbeit am gesellschaftlichen Konsens zur Erklärung und Überwindung dieser Irritation ist deshalb zuallererst eine Verpflichtung für den Bundestag als Mandatsstifter der Bundeswehr.¹⁰ Die immer wieder behauptete Diskrepanz zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft wird damit zu einem guten Teil in den politischen Raum verlagert: Wenn die vom Bundestag erteilten Mandate dem Mehrheitswillen der Wähler nicht entsprechen, liegt der Konflikt ursächlich nicht im Unverständnis der Bürger über das Tun der Soldaten, sondern im fehlenden Konsens zwischen Politik und Bürgern.¹¹ Für diese Beobachtung spricht, dass alle empirischen Befunde keinen Graben zwischen den Streitkräften und der Bevölkerung erkennen lassen.

Bundeswehr und Gesellschaft: Einige Fakten

Das Schlagwort vom „freundlichen Desinteresse“ hat rasch Zuspruch gefunden. Aus der Truppe heraus sind immer wieder Stimmen zu vernehmen, die die Anerkennung und den

Rückhalt durch die Bevölkerung als unzureichend beklagen.¹² Unterstützung fand diese Sichtweise auch in der Politik – etwa bei den beiden letzten Wehrbeauftragten¹³ – und sogar in der Bevölkerung selbst. In einer aktuellen Umfrage geben nur 14 Prozent der Befragten an, dass *nach ihrer Wahrnehmung* die Bundeswehr in der Gesellschaft ein hohes Renommee genieße.¹⁴ Die empirischen Analysen zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild. Alle einschlägigen Untersuchungen weisen auf ein tatsächlich vorhandenes hohes soziales Ansehen, auf breiten Zuspruch und auf eine substantielle Unterstützung der Bundeswehr hin. Seit Mitte der 1990er Jahre steht eine deutliche Mehrheit von mehr als drei Vierteln der Befragten den Streitkräften positiv gegenüber. Negative Einstellungen zur Bundeswehr sind in der Gesellschaft vorhanden, treten aber deutlich hinter die positiven zurück. Dabei überwiegt Zuspruch von allen Bevölkerungsgruppen, in allen Regionen und quer durch die sozialen Schichten.

Weniger verbreitet, aber auch vorhanden, sind empathische Äußerungen wie Gefühle der Dankbarkeit und einer inneren Verbundenheit. Darüber hinaus belegen Untersuchungen, in denen aktive Unterstützung für die Bundeswehr beziehungsweise Teilnahme am Protest gegen sie erhoben wird, dass weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger sich im Sinne der Streitkräfte einsetzen, als sich gegen diese engagieren.¹⁵ Das mag angesichts des lautstarken Widerstandes verwundern, den etwa feierliche Gelöbnisse in der Öffentlichkeit zuweilen hervorrufen. Aber die Störerinnen und Störer gewinnen mit ihren Aktionen zwar die Aufmerksamkeit der Medien, aber nicht die Zustimmung einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt liegt das Ansehen der Bundeswehr im europäischen Durchschnitt.¹⁶

Auch wenn die Bundeswehr als Institution objektiv gute Noten erhält, bleibt offen,

¹⁰ Vgl. Klaus Naumann, Geleitwort: Soldatentum?! Zur Notwendigkeit einer Debatte, in: Martin Böcker/Larsen Kempf/Felix Springer (Hrsg.), Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute, München 2013, S. 9–12.

¹¹ Vgl. Heiko Biehl, Aus den Augen, aus dem Sinn? Überlegungen zur gesellschaftlichen Integration der Bundeswehr nach Aussetzung der Wehrpflicht, in: Uwe Hartmann/Claus von Rosen/Christian Walther (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2012, Berlin 2012, S. 53–72, hier: S. 63; für diese Position in der Presse vgl. Michael Hanfeld, Operation Vakuum. Die politische Klasse und die Bundeswehr, in: FAZ vom 18. 12. 2009, S. 33.

¹² Vgl. z. B. Tapferkeit im Kampf. Im Interview: Hauptfeldwebel Daniel Seibert, in: Loyal, (2010) 4, S. 20–23.

¹³ Vgl. Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten. Jahresbericht 2009, Berlin 2010.

¹⁴ Vgl. T. Bulmahn/M. Wanner (Anm. 4).

¹⁵ Vgl. Heiko Biehl et al., Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte, Strausberg 2011, Kap. 2.

¹⁶ Vgl. Europäische Kommission, Eurobarometer 72, Brüssel 2009, S. 129.

ob damit bei der Mehrheit der Bevölkerung auch ein weitergehendes Verständnis verbunden ist, wonach die Bundeswehr nicht allein sicherheitspolitischer Dienstleister, sondern die Streitmacht der Bundesrepublik und ihrer Gesellschaft ist. Viele Soldaten empfinden jedenfalls ein Fehl an echter Anerkennung. Maßstab für das ausgeprägte Erwartungsniveau ist die besondere Form des Dienstes für das Gemeinwesen, in dem Soldaten aufgefordert sein können, bewusst ihr Leben einzusetzen. Im Gegenzug wünschen sie sich, für dieses Risiko auch emotionale Anerkennung zu erfahren. So sehr jedoch der kalkulierte Einsatz des eigenen Lebens den Soldatenberuf qualitativ aus anderen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes heraushebt, so wenig kann in einer differenzierten, pluralistischen Gesellschaft erwartet werden, dass der originäre Beitrag der Soldaten für die Allgemeinheit auch von allen Gruppen gleichermaßen wahrgenommen und positiv gewürdigt wird. Nach den empirischen Befunden stellt die Bundeswehr für die allermeisten Deutschen eine Selbstverständlichkeit dar. Dies können die Streitkräfte an sich zufrieden zur Kenntnis nehmen – aber an Selbstverständlichkeiten besteht, solange sie das bleiben, eben nicht immer ein tiefes Interesse.

Ein wesentliches Defizit im Beziehungsgeflecht von Politik, Gesellschaft und Streitkräften liegt daher in einer überzeugenden sicherheitspolitischen Begründung für den Sinn des militärischen Dienstes. Im Auslandseinsatz erleben die Soldaten, dass die Bundeswehr, die zu Hause gutes Ansehen genießt, in ihrem konkreten Tun zum Abstraktum wird. Die Erfahrungswelten von Soldaten im Einsatz und von Bürgern in der Heimat liegen nicht nur geografisch Tausende von Kilometern auseinander. Einsatz-, Gefechts- und Tapferkeitsmedaillen haben aber nur dann einen Wert, wenn der politische Stiftungsakt in der Bevölkerung verstanden und akzeptiert wird und so gesellschaftliche Relevanz erhält. Von Seiten der Politik sind deshalb ein offener Umgang mit den Realitäten der Auslandseinsätze und eine ehrliche Sprache gefordert. Mit der jahrelangen semantischen Unentschlossenheit, im Kontext der ISAF-Mission in Afghanistan von „Krieg“ und „Gefallenen“ zu sprechen, sind die Bundesregierungen weit hinter dem zurückgeblieben, was längst offensichtlich war und öffentlich ohnehin bereits thematisiert wurde.

Juli Zeh, eine der wenigen Vertreterinnen einer jüngeren Schriftstellergeneration, die sich als *public intellectual* äußern, hat vor einigen Jahren in einem Essay bemängelt, dass die Bundeswehr im Roman oder Spielfilm nur als Komödie vorkomme. Die Kulturschaffenden wollten sich am deutschen Militär nicht die Finger schmutzig machen; Ironie schaffe Distanz.¹⁷ In der Vergangenheit dagegen spielte die künstlerische Verarbeitung von militärischen und Kriegserlebnissen noch eine wichtige Rolle im Œuvre – bei Theodor Fontane nach den Einigungskriegen 1864–1871, bei Erich Maria Remarque und Ernst Jünger nach dem Ersten, bei Heinrich Böll, Siegfried Lenz und Günter Grass nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies nicht zuletzt, weil jene Kriege unmittelbare und nachhaltige Auswirkungen auf Deutschland hatten und eine universelle Erfahrung der Bevölkerung darstellten. Den Kriegen und Konflikten in Afghanistan und Afrika, selbst auf dem Balkan, fehlt dieses kollektive Moment.

Gleichwohl hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Auf dem Buchmarkt findet sich inzwischen eine beträchtliche „Heimkehrerliteratur“, verfasst zumeist von Unteroffizieren oder niedrigeren Offiziersdienstgraden, die in Afghanistan gedient haben. Einige dieser Titel haben eine breitere Aufmerksamkeit erfahren.¹⁸ Das Fernsehen hat das Thema mit Spielfilmen sowie im sonntäglichen „Tatort“ für sich entdeckt.¹⁹

¹⁷ Vgl. Juli Zeh, Krieg und auch nicht. Die Intellektuellen und die Bundeswehr, in: Der Spiegel, Nr. 34 vom 18. 8. 2008, S. 138f.; vgl. auch Michael Wolffsohn, Dichter, Denker und Soldaten, in: Die Welt vom 3. 4. 2009, S. 7.

¹⁸ Vgl. als Beispiele Achim Wohlgethan, Endstation Kabul. Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht, Berlin 2009; Johannes Clair, Vier Tage im November. Mein Kampfeinsatz in Afghanistan, Berlin 2012; vgl. auch die Romane: Dirk Kurbjuweit, Kriegsbraut, Berlin 2011; Linus Reichlin, Das Leuchten in der Ferne, Berlin 2013.

¹⁹ Beispielsweise: „Willkommen zu Hause“ (ARD, 2009); „Kongo“ (ZDF, 2010); „Willkommen im Krieg“ (ProSieben, 2012); „Auslandseinsatz“ (ARD, 2012); „Eine mörderische Entscheidung“ (Arte/ARD, 2013). „Heimatfront“ („Tatort“, ARD, 2011); „Fette Hunde“ („Tatort“, ARD, 2012).

Gleiches gilt für das Theater.²⁰ Mit Peter Maffay und Sarah Connor, mit Til Schweiger und Ralf Möller, mit Wigald Boning und Kurt Krömer sind Sänger, Schauspieler und Comedians ganz unterschiedlichen Profils zur Truppe an den Hindukusch geist. Mittlerweile besteht offenkundig ein wachsendes Bedürfnis, die Streitkräfte und ihr Wirken kulturell zu verarbeiten, was als Zeichen gesellschaftlicher Relevanz zu verstehen ist. Die Bundeswehr profitiert davon, obwohl sie gerade in der künstlerischen Auseinandersetzung auch mit radikalen Anwürfen rechnen muss. Romane, Filme, Theaterstücke und Truppenbesuche bringen ihr die gesuchte Aufmerksamkeit, ohne ein tiefgreifendes Wissen über die Feinheiten sicherheitspolitischer Zusammenhänge in Einsatzgebieten vorzusetzen.

Erschließt sich hier eine neue Rezeptionsebene, tun sich anderswo Konflikte auf, die im Detail ebenfalls neu sein mögen, strukturell aber von Beginn an zur öffentlichen Auseinandersetzung um die Bundeswehr gehören. Nur zwei Beispiele dafür:

(1) Gegenwärtig wird (wieder einmal) um die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen diskutiert. Ein aktueller Anlass dafür ist die Vergabe des Aachener Friedenspreises an zwei Schulen in Berlin und Offenbach, die Vertretern der Bundeswehr künftig den Zutritt verweigern wollen. Unabhängig davon, ob solche Beschlüsse rechtmäßig sind, herrscht Verwunderung über das Verhalten „einer öffentlichen, aus Steuermitteln finanzierten Institution, die es sich offensichtlich zum Ziel gesetzt hat, eine andere öffentliche, ebenfalls aus Steuermitteln finanzierte Institution daran zu hindern, ihrer – von einem demokratisch gewählten Parlament – gestellten Aufgabe nachzukommen“.²¹ Mehr noch verwundern muss allerdings die intellektuell dürrtige Begründung der Preisverleihung, wonach ein Signal „gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft“ gesetzt werden solle.²² Die Behauptung ei-

ner Militarisierung des heutigen Deutschland ist nicht nur im historischen Vergleich zu „Drittem Reich“ und DDR vollkommen überzogen. Sie steht auch im eklatanten Widerspruch zur Reduzierung der Bundeswehr, zur Schließung von Standorten sowie zum ebenfalls laufenden Truppenabbau verbündeter Nationen auf deutschem Boden.

(2) An deutschen Universitäten wird derzeit um die Einführung von Zivilklauselgerungen. Dabei handelt es sich um eine Selbstverpflichtung wissenschaftlicher Einrichtungen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Letztlich soll die Befähigung der Bundeswehr zur Erfüllung des eigenen Auftrages getroffen und die wissenschaftliche Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Themen verhindert werden.²³ Nicht nur sicherheits-, sondern auch wissenschafts- und forschungspolitisch ist das Konzept der Zivilklausel allerdings nicht konsensfähig, ja inakzeptabel.²⁴ Es widerspricht zunächst der im Grundgesetz verankerten Wissenschaftsfreiheit; es negiert mit einer unterstellten „guten“ Generalzweckbindung vor allem Geist und Ethos universitärer Forschung, die davon lebt, Denkverbote nicht an ihren Beginn zu stellen. Mit einer Zivilklausel ist auch das Problem der *Dual-Use-Güter* nicht zu lösen, denn die Abgrenzung zwischen ziviler und militärischer Nutzbarkeit – und die Definitionsmacht darüber – bleiben ungeklärt. Zudem wird unterstellt, militärische Forschung unterstütze vorrangig eine angebliche „Kriegsfähigkeit“ der Bundeswehr. Eine solche Argumentation verkennt den Selbstanspruch der Streitkräfte sowie ihr breites Aufgabenprofil bis hin zur Friedensimplementierung.

Im diskursiven Für und Wider

Vor diesem Hintergrund sind Politik und Bundeswehr gleichermaßen aufgerufen, in der Öffentlichkeit den Charakter der deutschen Streitkräfte als Institution mit Verfassungsrang – und als solche der parla-

²⁰ „Kriegsbraut“, Heimathafen Neukölln, Berlin; „Der kalte Kuss vom warmen Bier“, Theater Heidelberg; „EinsatzSpuren“, Opernhaus Kiel; „Potsdam – Kundus“, Hans-Otto-Theater Potsdam; „Foreign Angst“, Hessisches Staatstheater, Wiesbaden.

²¹ U. Exner/M. Hollstein/S. Meyer (Anm. 3).

²² Vgl. www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/archiv/jahr-2013.html (10. 8. 2013).

²³ Vgl. dazu Joachim Krause, *Verklausulierter Frieden*, in: FAZ vom 2. 8. 2013, S. 7.

²⁴ Vgl. zum Folgenden insbesondere Theresia Bauer, *Verantwortung der Wissenschaft statt gesetzlicher Zivilklauseln*, Stuttgart, Dezember 2012, mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Zivilklausel/Positionspapier_.pdf (10. 8. 2013).

mentarischen Kontrolle unterliegend und ihre Einsatzmandate vom Bundestag erhaltend – wieder und wieder zu erläutern. In der öffentlichen Debatte sind derlei Selbstverständlichkeiten nicht immer präsent oder werden ignoriert. Es kann daher seitens der Politik nicht oft genug betont werden, dass die Bundeswehr auf dem gleichen Fundament ruht wie Staat und Gesellschaft: auf den Normen und Werten des Grundgesetzes. Die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik, die Bedeutung der Auslandseinsätze von unbewaffneten UN-Beobachtermissionen bis hin zu NATO-Kampfeinsätzen und die situative Anwendung von militärischer Gewalt als politische *ultima ratio* sind weitere Themen, die der kontinuierlichen Erklärung bedürfen.

Wie für andere gesellschaftliche Akteure auch ist es ein legitimes Anliegen der Bundeswehr, mit ihren Interessen in der Öffentlichkeit Gehör zu suchen und um Zustimmung und Unterstützung zu werben. Die Debatte über Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr ist allerdings nur als diskursives Für und Wider und allenfalls in Teilen als Einvernehmen denkbar. Das ethische Fundament und die politische Begründung soldatischen Handelns gerade in Auslandseinsätzen sind immer wieder neu auszuhandeln und zu hinterfragen. Die Bundeswehr ist aufgefordert, für die Vermittlung von sicherheitspolitischen Kontexten sowohl populär ausgerichtete Formate als auch wissenschaftlich begründete Argumentationen zu liefern. Ihr im Geschäftsbereich vorhandenes militärgeschichtliches wie sozialwissenschaftliches Forschungsprofil wäre um einen sicherheitspolitischen Baustein zu ergänzen, der jene Denkanstöße liefert, die anderswo ausbleiben.

Jede auf die Streitkräfte bezogene Diskussion wird freilich nur dann die Öffentlichkeit interessieren, wenn – wie in allen anderen Politikfeldern auch – unterschiedliche Auffassungen um politische und gesellschaftliche Mehrheiten ringen. Offizielle Verlautbarungsrhetorik führt nicht zum Erfolg. Nur ergebnisoffen ausgetragene Debatten, die der politischen und militärischen Führung abverlangen, ihre Positionen pointiert zu präsentieren und gegebenenfalls auch zu korrigieren, werden bei den Bürgerinnen und Bürgern ein echtes Interesse an sicherheitspo-

litischen Themen wecken oder intensivieren können.²⁵ Auf eine Sogwirkung der Institution und ihres Themas „Sicherheit“ kann die Bundeswehr aber auch dann nicht vertrauen. Ohne initiative Gestaltung moderner Kommunikationsformate wird keine öffentliche Debatte zustande kommen. Indem die Streitkräfte den Dialog aufnehmen, werden sie zu akzeptieren haben, dass sie auch ablehnende Haltungen evozieren. Verteidigungsministerium und Bundeswehr dürfen nicht dem unausgesprochenen, in einer pluralistischen Gesellschaft ohnehin unerreichbaren Ziel folgen, dass die Adressaten ihrer Botschaften von deren Gehalt und inhärenter Meinung irgendwann auch überzeugt sein müssen. Angesichts der Schnelllebigkeit digitaler Kommunikation und eines hohen Aufkommens an online geäußerten persönlichen Kommentaren stellt sich für die Informationsarbeit der Bundeswehr zugleich die Herausforderung, „zwischen Stimmen, Stimmungen, Trends und grundsätzlichen Positionen“ zu unterscheiden und „zu erkennen, welche Diskussionen in der digitalen Welt eine Wirkung auf die reale Welt entfalten“.²⁶ Es dürfte bereits viel gewonnen sein, wenn in der Gesellschaft das Bewusstsein entfacht und verstärkt werden kann, dass Sicherheitspolitik ein Thema für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für wenige Experten ist.

Vorläufige Bilanz

Haben die Kriege der Wahl, wie eingangs gefragt, die Bundeswehr nun weiter von der Gesellschaft entfernt, oder ist die Armee durch das weltweite Engagement für Menschen- und Bürgerrechte näher an sie herangerückt? Hinsichtlich ihres neuen Auftrages, Menschen nicht den Übergriffen repressiver Regime oder gewalttätiger Okkupanten zu überlassen, liegt die Bundeswehr erkennbar auf einer Linie mit der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik wie auch mit einer gesellschaftlich wohl weit verbreiteten Überzeugung. Dennoch besteht eine entscheidende Diskrepanz fort: Nicht in dieser Zielstellung, sehr wohl aber hinsichtlich des Einsatzes der gebotenen Mittel. Dem Auftrag

²⁵ Vgl. H. Biehl (Anm. 11), S. 65.

²⁶ Jörg Jacobs, Öffentliche Meinung, Bundeswehr und Informationsarbeit, in: I. Wiesner (Anm. 8), S. 307–318, hier: S. 314.

der Bundeswehr zur militärischen Gewaltanwendung in internationalen Konflikten steht eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit Skepsis gegenüber.

Das gesellschaftliche Ansehen der Streitkräfte ist insgesamt gut. Die Soldaten nehmen jedoch zu selten die objektiven Befunde wahr, dafür zu oft die Lautstärke der Stimmungsmacher gegen sie. Hier ist das gesunde Selbstbewusstsein einer Armee gefragt, die demokratisch legitimiert und gesellschaftlich immer noch stärker verankert ist, als die Medien gelegentlich suggerieren.

Die Bundeswehr ihrerseits kann kein Interesse daran haben, dass sicherheitspolitische Themen als eine Art Geheimwissen nur zwischen wenigen Spezialisten verhandelt werden. Ihrem Ansinnen nach breiter gesellschaftlicher Akzeptanz des eigenen Tuns liefe diese Entwicklung ebenso zuwider wie ihrem Bedürfnis nach personeller Regeneration. Die Herausforderung wird in Zukunft mehr denn je lauten, den Abstand zur Gesellschaft nicht zu groß werden zu lassen. Mit dem Auslaufen des Afghanistan-Einsatzes und der sich abzeichnenden Abkehr der USA und der NATO von großen militärischen Interventionen wird sich die Frage der Relevanz der Bundeswehr neu stellen und das mediale Interesse womöglich erlahmen. Die Politik ist umso mehr gehalten, sicherheitspolitische Zusammenhänge als öffentliches Thema voran zu bringen. Die Bundeswehr ist ihrerseits verstärkt darum bemüht, die breite Öffentlichkeit aktiv zu erreichen und in die Gesellschaft zu wirken. Dorthin gehört sie „im Kern, im Herzen“,¹⁷ übrigens auch im ureigenen Interesse just dieser Gesellschaft.

Uli Jäger

Bundeswehr und Friedensbildung

Es gibt (wieder einmal) Streit um den Frieden in der Schule. Aktueller Anlass ist die seit einigen Jahren verstärkte Präsenz der Bundeswehr in den

Schulen und bei der Ausbildung des Lehrpersonals. Eine Koalition, getragen vor allem von Friedensinitiativen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und kirchlichen Organisationen, fordert da-

gegen „Schulen ohne Militär“ und einen Ausbau der „Friedensbildung“.¹ Bereits in den 1980er Jahren gab es heftige politische Konflikte um die Friedenserziehung an deutschen Schulen. Die Kultusministerkonferenz hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Richtlinien für die Verankerung des Themenkomplexes „Friedenserziehung und Friedenssicherung“ in der Lehrerbildung und im Unterricht zu erarbeiten. Hintergrund für dieses Vorhaben war das Ansinnen des Bundesverteidigungsministeriums, angesichts einer steigenden Bereitschaft zur Kriegsdienstverweigerung über die Kultusministerien Einfluss auf den Umgang mit dem gesellschaftlich kontroversen Thema „Friedenssicherung“ an den Schulen zu nehmen.² Doch zu einer bundeseinheitlichen Regelung kam es nicht, die Parteien konnten sich nicht einigen und am Ende lagen Dokumente für die Bundesländer unter sozialdemokratischer beziehungsweise christdemokratischer Regierungsführung vor. Worum geht es heute, 30 Jahre später, beim Streit um die Bundeswehrpräsenz an Schulen, und wie sehen die Konturen einer umfassenden Friedensbildung aus?

Uli Jäger

M.A., geb. 1958; Politikwissenschaftler; Programme Director Peace Education & Global Learning, Berghof Foundation, Corrensstraße 12, 72076 Tübingen.

[u.jaeger@](mailto:u.jaeger@berghof-foundation.org)

berghof-foundation.org

Bundeswehr an Schulen

Nicht erst seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Juli 2011 sieht sich die Bundeswehr mit Nachwuchsproblemen konfrontiert. Die

¹⁷ J. Käppner (Anm. 6).

Verstärkung ihrer Öffentlichkeitsarbeit ist eine logische Konsequenz, und die Zielgruppe ist offensichtlich: junge Frauen und Männer. 94 hauptberufliche Jugendoffiziere informieren über die Konflikte und Kriege in der Welt, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und natürlich über die Bundeswehr, über deren Auftrag, Einsätze, Herausforderungen. Wichtigste Orte für das Wirken der Jugendoffiziere sind Schulen. Dort finden sich junge Frauen und Männer, und dort steht die Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragen im Lehrplan. Dort gibt es zudem Lehrerinnen und Lehrer, welche die rhetorisch erprobten und erfahrenen Berufssoldaten einladen (ohne Einladung geht es nicht) und damit die Türen zu den Klassenräumen öffnen. Ist ein Jugendoffizier zu Gast im Unterricht, handelt es sich für Schülerinnen und Schüler um eine Pflichtveranstaltung. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht laut Jahresbericht 2012 der Jugendoffiziere wie in den Vorjahren der „sicherheitspolitische Vortrag“, allerdings gewinnen andere Präsentationsformate an Bedeutung.[¶] So wurden im Jahr 2012 über tausend Seminare (inklusive Simulationsspiel Politik und internationale Sicherheit/POL&IS) mit 41 894 Teilnehmerinnen und Teilnehmern veranstaltet. Das Interesse an grundsätzlichen sicherheitspolitischen Fragen sei aber prinzipiell eher gering und „die allgemeine sicherheitspolitische Wahrnehmung wurde ausschließlich auf das Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr reduziert“.[¶] Besonders

¶ In der aktuellen Diskussion wird der Begriff „Friedensbildung“ bevorzugt vor „Friedenspädagogik“ oder „Friedenserziehung“ verwendet, um einen Neuanfang für den Lernort Schule zu dokumentieren. Im Fachdiskurs ist man sich einig, dass die drei Begriffe nicht trennscharf voneinander abgegrenzt werden können und in Theorie und Praxis häufig synonyme Verwendung finden. Vgl. Norbert Frieters-Reermann, Friedenspädagogik, in: Georg Lang-Wojtasik/ Ulrich Klemm (Hrsg.), Handlexikon Globales Lernen, Münster–Ulm 2012, S. 66.

¶ Vgl. Andreas Flitner, Friedenserziehung im Streit der Meinungen, in: Zeitschrift für Pädagogik, (1986) 6, S. 763–777; Dieter S. Lutz (Hrsg.), Weder Wehrkunde noch Friedenserziehung? Der Streit in der Kultusministerkonferenz 1980–1983 – Arbeitsmaterialien zum Thema Frieden in Unterricht und politischer Bildung, Baden-Baden 1984.

¶ Presse- und Informationsstab des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) (Hrsg.), Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr, Berlin 2012, S. 8.

¶ Ebd.

eindrucksvoll für Schülerinnen und Schüler seien Liveschaltungen in Einsatzorte und die Möglichkeit, dort stationierten Soldatinnen und Soldaten Fragen zu stellen. Zum Repertoire der Öffentlichkeitsarbeit gehören auch „Tage der Schulen und Lehrkräfte“, zu denen die Bundeswehr in ihre Kasernen einlädt.

Bei den Auftritten in den Schulen ist es den Jugendoffizieren untersagt, Werbung für den Arbeitsplatz Bundeswehr zu betreiben. Diese Aufgabe fällt in den Bereich der „Karriereberater“ der Bundeswehr. In einem Schreiben des Presse- und Informationsstabs zum Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2012 heißt es zum Selbstverständnis: „Jugendoffiziere sind wichtige Träger der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, vor allem im schulischen Bereich. Im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder leisten sie dort einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung.“[¶]

Umstrittene Kooperationsabkommen

Im Rahmen einer Öffentlichkeitsoffensive begann die Bundeswehr bereits vor dem Aussetzen der Wehrpflicht Abkommen mit den für Schulen zuständigen Länderministerien anzustreben, um die Schulpräsenz und den Zugang zur Ausbildung der Referendare auf eine neue Grundlage zu stellen. Mit der Hälfte der Bundesländer gibt es inzwischen Kooperationsvereinbarungen zur politischen Bildungsarbeit. Diese stießen bald auf heftigen Widerspruch und Protest, vor allem seitens Friedensinitiativen, Gewerkschaften und der Kirchen. Die Abkommen seien nicht nur pädagogisch bedenklich, sondern auch ein falsches friedenspolitisches Signal. Besonders in der Kritik stehen Passagen, die den Zugang der Bundeswehr zur Ausbildung der Referendarinnen und Referendare vereinbaren.[¶] Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Kooperationsvereinbarungen

¶ Ebd., Begleitschreiben.

¶ In der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland – der Bundeswehr vereinbaren die beiden Partner „die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“, www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/schule-bw.pdf (25.9.2013).

um die politisch gewollte, bevorzugte Behandlung einer Institution (beziehungsweise deren Vertreterinnen und Vertreter) handelt, die nicht für zivile, sondern für militärisch gestützte Ansätze internationaler Konfliktbearbeitung steht. Dieser institutionalisierten Bevorzugung gegenüber anderen, für die Meinungsbildung ebenfalls wichtigen Akteuren wird eine hohe (politische und pädagogische) Symbolkraft zugesprochen. Tatsächlich verfügen weder die wenigen Institute der Friedens- und Konfliktforschung noch die auf dem Gebiet der zivilen Konfliktbearbeitung tätigen Nichtregierungsorganisationen über auch nur annähernd vergleichbare Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit wie die Bundeswehr.

Die traditionsreiche Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) startete gemeinsam mit anderen Verbänden mehrere Kampagnen und pocht auf eine „Schule ohne Militär“.¹⁷ Im März 2010 forderte der Bundesvorstand der GEW in einem Beschluss die Kündigung der Abkommen. In diesem heißt es: „Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und -fortbildung wie sie in den Kooperationsabkommen (...) deutlich werden.“¹⁸ Kritik kommt auch von der Kinderrechtsorganisation Terre des hommes. Ihr geht es um die Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr. In dem mit anderen Kinderrechtsorganisationen veröffentlichten „Schattenbericht Kindersoldaten 2013“ wird scharf kritisiert, dass der neue freiwillige Wehrdienst auch 17-Jährigen offen steht.¹⁹ Bezüglich der Rolle der Jugendoffiziere schlägt der „Schattenbericht“ vor: „Jugendoffiziere der Bundeswehr sind nur dann einzuladen, wenn die notwendige politische Ausgewogenheit gewährleistet ist. Dies kann im Grunde nur dann der Fall sein, wenn Kritiker von Militäreinsätzen, etwa aus Friedensorganisationen und Friedensinitiativen, zeitgleich mit den Bundeswehrvertretern an-

wesend sind und die gleiche Möglichkeit haben, ihre Konzepte zu erläutern.“¹⁰ Diese Forderung nach Gleichbehandlung wird von Kritikern häufig erhoben.¹¹

Andere Aktivitäten reichen über das „Nein zur Bundeswehr an Schulen“ hinaus. Mit kirchlicher Unterstützung ist ein neues Internetportal entstanden, um nicht nur gegen die Bundeswehr zu argumentieren, sondern um die Zugänge zu Informationen oder zu Unterrichtsmaterialien zur Friedenserziehung zu verbessern.¹² Diesem Anliegen dienen auch zahlreiche Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen, die von kirchlichen Einrichtungen initiiert und gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen veranstaltet werden. Die Maßnahmen wenden sich an (kirchliche) Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, damit diese bei einer möglichen Einladung an Schulen aktuell sowie sachlich und methodisch kompetent Stellung zum Thema beziehen können.

Das Streitthema erreichte auch den Bundestag und entzündete Kontroversen zwischen und innerhalb der Parteien. In einem Schreiben an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz betonten Mitglieder des Bundestagsunterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ parteiübergreifend die Notwendigkeit, vergleichbare Abkommen mit einschlägigen Nichtregierungsorganisationen zu schließen und durch die Bereitstellung von Ressourcen die Teilnahme am Schulunterricht zu ermöglichen.¹³

Die Proteste blieben nicht folgenlos. Zwar gab es bislang keine Kündigungen, aber teilweise Modifizierungen und Ergänzungen der Abkommen. So wurde in Nordrhein-Westfalen im August 2012 eine überarbeitete Kooperationsvereinbarung präsentiert. Darin wird ausdrücklich erwähnt, dass nicht nur Jugendoffiziere, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen der Friedensbewegung Zugang zu Schulen haben. In Rheinland-Pfalz erstritten sich die Kritiker ein ei-

¹⁷ www.schule-ohnemilitaer.de (25. 9. 2013).

¹⁸ Zit. nach: GEW, Einsatzgebiet Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule, Frankfurt/M. 2011, S. 34.

¹⁹ Vgl. Deutsches Bündnis Kindersoldaten (Hrsg.), Schattenbericht Kindersoldaten 2013, Rautenberg 2013, S. 8, www.kindersoldaten.info/kindersoldaten_mm/downloads/Lobbyarbeit/Schattenbericht+Kindersoldaten+2013.pdf (25. 9. 2013).

¹⁰ Ebd., S. 13.

¹¹ Vgl. Michael Schulze von Glaßer, An der Heimatfront. Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010.

¹² www.friedensbildung-schule.de (25. 9. 2013).

¹³ Schreiben vom 8. 7. 2011, www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/bt-ausschuss.pdf (25. 9. 2013).

genes Abkommen zwischen dem zuständigen Ministerium und dem Netzwerk Friedensbildung, einem Zusammenschluss von Gruppen, Organisationen und Verbänden. Im Abkommen heißt es: „Im Bildungsauftrag der öffentlichen Schulen ist die friedenspolitische Bildung als Befähigung zur angemessenen Beurteilung internationaler Konflikte, zur Vermittlung von sozialen Kompetenzen im Umgang mit Konflikten im persönlichen und öffentlichen Bereich und zur Mitwirkung bei deren Lösung ein zentraler Bestandteil.“¹⁴

Folgt man dem Jahresbericht 2012 der Jugendoffiziere, haben sich die Widerstände nicht negativ auf ihre Arbeit ausgewirkt.¹⁵ Doch der Streit um die Bundeswehr an Schulen ist auch fünf Jahre nach Abschluss des ersten Abkommens nicht beendet. Es stehen politische Entscheidungen aus, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg. Die dortige Landesregierung hat eine Überprüfung der Vereinbarung angekündigt. Die Forderung nach Kündigung der Abkommen bleibt bestehen, und die Diskussion über die Vereinbarkeit mit den Grundprinzipien politischer Bildung hat gerade erst begonnen, an Tiefe zu gewinnen.

Umgang mit den Prinzipien der politischen Bildung

Das Unterrichten an Schulen ist eine originäre Angelegenheit der dafür ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb liegt es auch in ihrem Ermessensspielraum, für die kritische Auseinandersetzung mit sicherheits- und friedenspolitischen Fragen im Schulunterricht bei Bedarf eine Einladung an Jugendoffiziere als Repräsentanten einer demokratisch legitimierten Einrichtung auszusprechen. Sie und ihre Schulleitungen sind für die Gestal-

¹⁴ Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz vom 15. 8. 2011, www.netzwerk-friedensbildung-rlp.de/fileadmin/downloads/Kooperationsvereinbarung%20August2011.pdf (25. 9. 2013).

¹⁵ Presse- und Informationsstab des BMVg (Anm. 3), S. 3: „Die in den vergangenen Jahren geschlossenen Kooperationsvereinbarungen führten zu einer weiteren Intensivierung der bewährten und vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie der Durchführung gemeinsamer Projekte.“

tung des Unterrichts verantwortlich und müssen im Bereich der politischen Bildung darauf achten, dass die Einhaltung der einschlägigen Prinzipien gewährleistet ist. Eine Richtlinie ist der „Beutelsbacher Konsens“. Beide Konfliktseiten im Streit um die Bundeswehrpräsenz beziehen sich in ihrer jeweiligen Argumentation auf dieses Dokument. Der Beutelsbacher Konsens wurde im Herbst 1976 als Ergebnis einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg erzielt. Er beschreibt einen Minimalkonsens, in welchem sich sowohl (schul-)reformwillige wie bewahrende Kräfte wiederfinden konnten. Die drei Kernelemente sind das *Überwältigungsverbot* (politische Bildung statt Indoktrination), das *Kontroversitätsgebot* (was kontrovers in Wissenschaft und Politik ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen) und die *Schülerorientierung* (ein Schüler soll in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren und die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen).¹⁶

Nun wird in Fachkreisen bereits seit einiger Zeit zu Recht die Frage gestellt und diskutiert, ob angesichts rasanter Veränderungen dieser bald 40 Jahre alte Konsens noch Bestand haben könne.¹⁷ Bezogen auf das hier verhandelte Thema wird gefragt, ob das beschriebene Kontroversitätsgebot nicht als Neutralitätsgebot überstrapaziert und somit das Lehrpersonal aus der Verantwortung entlassen werde, die Schülerinnen und Schüler zur Kritikfähigkeit anzuleiten und dabei die eigene, ausgewiesene Meinung nicht zu verstecken. So ist von der „Flucht in Neutralität als Professionsgrundlage“ die Rede.¹⁸ Können sich Lehrerinnen und Lehrer vor, während und nach dem Besuch von externen Referentinnen und Referenten „neutral“ verhalten oder müssen sie nicht auch auf deren Kontextgebundenheit hinweisen und ihre eigene Meinung dazu transparent machen? Um beim Besuch von Jugendoffizieren im Unterricht zu bleiben: Niemand wird ernsthaft er-

¹⁶ Vgl. www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens (25. 9. 2013).

¹⁷ Vgl. Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), *Reicht der Beutelsbacher Konsens?*, Schwalbach/Ts. 1996.

¹⁸ Sven Lehmann, *Operation Beutelsbach. Überumpeln war gestern – Wir. Sind. Die Bundeswehr*, in: *Pädagogik*, 64 (2012) 11, S. 46–49.

warten, dass Vertreter der Bundeswehr die Grundzüge herrschender Sicherheitspolitik gleichermaßen sachlich fundiert und mit vergleichbarem emotionalen Nachdruck und Engagement präsentieren wie die Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. Vor allem die Betrachtung der Rolle der Bundeswehr und deren Kriegs- und Kriseneinsätze erfolgt dabei aus einem (auch biografisch geprägten) militärischen Blickwinkel. Wo ziehen Jugendoffiziere in der Schule die Trennlinie zwischen Information und nicht erlaubter Werbung, und wie können Lehrerinnen und Lehrer diesen Gang auf schmalen Grat kontrollieren? Vor dem Hintergrund dieser Frage darf man auf die bevorstehenden fachdidaktischen Diskussionen zum 40-jährigen Jubiläum des Beutelsbacher Konsenses gespannt sein und hoffen, dass das Thema „Umgang mit der Bundeswehrpräsenz an Schulen“ eine Rolle spielen wird. Denn eine verstärkte Diskussion über Sicherheitspolitik an Schulen wird auch von höchsten politischen Entscheidungsträgern vehement eingefordert.¹⁹

Friedensbildung

Die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Friedensgefährdungen und Sicherheitsbedrohungen einerseits und der Friedens-, Sicherheits- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner andererseits ist angesichts der weltpolitischen Lage dringend notwendig. Schließlich geht es dabei auch um Formen der Kriegsbeteiligung Deutschlands und damit steigender persönlicher Betroffenheit in Familien und Schulen. Was empfinden Schülerinnen und Schüler, wenn ein Elternteil unter Lebensgefahr im Kriegseinsatz ist? Sind Lehrerinnen und Lehrer darauf vorbereitet? Wie wird man der wachsenden Anzahl von „Kriegskindern“ in der Schule gerecht, die aus Konflikt- und Kriegsregionen fliehen mussten oder deren Verwandte und Freunde in diesen Regionen leben? Vor diesem Hintergrund wird niemand widersprechen, dass es bei der Friedensbildung um Konzeptionen gehen muss, die weit über die Frage der gelegentlichen Präsenz von externen Referentinnen und Referenten im Unterricht hinausreichen.

¹⁹ Siehe etwa den Gastbeitrag von Thomas de Maijzère, in: Frankfurter Rundschau vom 20. 11. 2012.

In einem engeren Verständnis gehört zum Kern der Friedensbildung in der Schule die Vermittlung beziehungsweise Erarbeitung von Grundwissen zu sicherheits- und friedenspolitischen Fragestellungen einschließlich aktueller Kontroversen und Herausforderungen, um die Voraussetzungen für die eigenständige Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler zu schaffen. In diesem Sinne ist Friedensbildung Teil der politischen Bildung an Schulen.²⁰ Friedensbildung setzt dafür ein Grundangebot an didaktischen Schulmaterialien und -medien zum Thema voraus. Die Ausgangslage ist nicht schlecht.²¹ Die einschlägigen Angebote müssten aber umfangreicher, facettenreicher und methodisch vielfältiger werden. Vor allem fehlt eine verlässliche Infrastruktur für Friedensbildung in Form eines Kompetenz- und Servicezentrums, an welches sich Lehrerinnen und Lehrer wenden können, wenn sie an mehr als an den verfügbaren und leicht recherchierbaren Lernmedien interessiert sind.

Denn bei der Friedensbildung geht es um mehr. Sie wird ihrem Namen nur dann gerecht, wenn sie sich an einem weiten Friedensbegriff orientiert und grundlegende Fragen von Krieg und Frieden einschließt. Wie wollen wir zusammenleben? Wie soll mit Unterschieden, wie mit daraus resultierenden Konflikten umgegangen werden? Diese Fragen stellen sich sowohl auf der individuellen, gesellschaftlichen wie auch der internationalen Ebene. Die Herausforderung liegt in deren Verknüpfung. In diesem Sinne rekurriert Friedensbildung auf einen ganzheitlichen und an den Grundprinzipien des systemischen Denkens orien-

²⁰ Vgl. Egbert Jahn, *Frieden und Konflikt*. Lehrbuch, Wiesbaden 2012, S. 124.

²¹ Neben der zunehmend anspruchsvolleren Thematisierung in Schulbüchern bieten auch Internetportale aktuelle Informationen und/oder Lehrmaterialien an: Das Portal www.frieden-fragen.de der Berghof Foundation wendet sich direkt an Kinder und bietet ihnen die Möglichkeit, Fragen zu Krieg und Frieden, Konflikt und Gewalt zu stellen. Das „Informationsportal Krieg und Frieden“ der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bonn International Center for Conversion (BICC) bietet vor allem Daten und Fakten in Form von Übersichten und Schaubildern: <http://sicherheitspolitik.bpb.de/index.php>. „Wissen für die Schule“ verspricht das Portal www.frieden-und-sicherheit.de der Stiftung Jugend und Bildung (mit dem Bundesverteidigungsministerium in beratender Funktion) und bietet zum Beispiel Arbeitsblätter zu aktuellen Themen an.

tierten Ansatz.¹² Ohne aktive Auseinandersetzung mit (individuellen und kollektiven) Werten des Zusammenlebens und der Frage, wie mit unterschiedlichen Wertvorstellungen umgegangen wird, ist eine Beschäftigung mit Frieden nur schwer möglich. Friedensbildung setzt dabei auf Lernarrangements mit partizipativen Methoden und auf die Gestaltung von offenen Lernprozessen.

Die Konzeption einer umfassenden Friedensbildung für Schulen steckt zwar in den Anfängen, sie kann jedoch an langjährigen Erfahrungen mit friedenspädagogischen Ansätzen anknüpfen. Schulen beginnen nicht beim Punkt Null. In einem ersten Schritt geht es darum, einen Sinnzusammenhang zwischen unterschiedlichen, schon vorhandenen Modellen der Gewaltprävention, den Konzeptionen für Streitschlichtung, dem Globalen Lernen oder Ansätzen für mehr Demokratie und Partizipation zu erkennen und Verbindungen herzustellen. Dieser Prozess der Verknüpfung und Vertiefung bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller beteiligten Akteure und einer ausgeprägten Streit- und Konfliktkultur an der gesamten Schule. Es stellt sich deshalb nicht nur die Frage, wie der Meinungsbildungsprozess in Sachen Krieg und Frieden an Schulen in Zukunft unterstützt und begleitet wird. Am Ende geht es um die Frage, wie sich Schule insgesamt auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur verändert und dann auch den neuen Herausforderungen im großen Themenfeld Frieden gerechter werden kann.¹³ Das Konzept einer Friedensbildung kann hier eine – wenn auch bescheidene – unterstützende Rolle einnehmen. Ob Schulen sich an solchen konzeptionellen Überlegungen für Friedensbildung beteiligen und diese in die Praxis umsetzen, hängt auch von der Attraktivität der Angebote und den verfügbaren Ressourcen ab. Und ob Lehrerinnen und Lehrer den Besuch von Jugendoffizieren der Bundeswehr in diesem Kontext für wichtig halten, ist deren Angelegenheit – im besten Falle nach Absprache mit den Schülerinnen und Schülern.

¹² Vgl. Norbert Frieters-Reermann, *Frieden lernen. Friedens- und Konfliktpädagogik aus systemisch-konstruktivistischer Perspektive*, Köln 2009.

¹³ Vgl. Katrin Bauer, *Friedenspädagogik in Schule und Politikunterricht. Theorie und Praxis der Erziehung für eine „Kultur des Friedens“*, Berlin 2007, S. 64 ff.

Rabea Haß

Wer dient Deutschland? Motive und Erwartungen der ersten Freiwillig Wehrdienstleistenden

Wir. Dienen. Deutschland.“ Mit diesem Leitmotiv wirbt die Bundeswehr seit Sommer 2011 in einer breit angelegten Kampagne um Nachwuchs.¹

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht folgt die Bundesrepublik Deutschland dem Modell vieler NATO-Partner und europäischer Nachbarstaaten und stellt die Streitkräfte auf eine Freiwilligenarmee um.² Begleitend wurde der Freiwillige Wehrdienst (FWD) eingeführt, der einige Elemente des alten Wehrpflichtmodells aufgreift und gleichzeitig durch flexible Rahmenbedingungen, gute Bezahlung und eine kulante Ausstiegsoption das Interesse einer gesellschaftlich breit gestreuten Zielgruppe für die Bundeswehr gewinnen soll.

Rabea Haß

M.A., geb. 1982; Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin. hass@hertie-school.org

Dieser Beitrag wird zunächst die Besonderheiten dieses neuen Dienstformats erläutern und die quantitative Entwicklung des FWD aufzeigen. Anschließend folgt eine qualitative Analyse, wen die Bundeswehr für das neue Dienstformat gewinnen kann, mit welchen Motiven und Erwartungen die Frei-

Der Beitrag basiert auf ersten Ergebnissen eines laufenden Promotionsvorhabens, betreut von Prof. Dr. Phil C. Langer (Goethe-Universität Frankfurt am Main).

¹ Vgl. www.wirdienendeutschland.de (18. 9. 2013).

² Bis 2011 hatten bereits über 20 europäische Länder Freiwilligenarmeen. So schafften beispielsweise die Niederlande die Wehrpflicht 1996 ab, Dänemark und Italien folgten 2005, Schweden im Jahr 2012. Siehe dazu auch APuZ, (2011) 48, zum Schwerpunkt „Wehrpflicht und Zivildienst“ (Anm. d. Red.).

willingen kommen und welche Implikationen dies für die Organisation Bundeswehr langfristig haben könnte. Methodisch recurriert der Artikel zum einen auf eine umfangreiche Dokumenten- und Datenanalyse, zum anderen greift er auf die Ergebnisse einer qualitativen Längsschnittstudie zurück, in der zwischen Juli 2012 und August 2013 insgesamt 26 Soldatinnen und Soldaten zu jeweils drei Zeitpunkten ihres FWD an unterschiedlichen Truppenstandorten anhand semi-strukturierter Interviews befragt wurden. Bei der Auswahl der Gesprächspartner ging es nicht darum, dass die Soldatinnen und Soldaten im statistischen Sinne repräsentativ sind, sondern dass sie möglichst breit gestreute Handlungsmuster abdecken. Durch kontrastierende Fälle soll so eine vielschichtige Beleuchtung des FWD gewährleistet werden.¹⁵ Die Stärke dieser qualitativen Forschung besteht darin, einen vertieften Einblick in die persönliche Perspektive unterschiedlicher Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen, ohne daraus quantitative Schlüsse über die absolute Häufigkeit der einzelnen Typen ziehen zu wollen.

Zentrale Charakteristika des Freiwilligen Wehrdienstes

Um jungen Menschen zu ermöglichen, die Institution Bundeswehr kennenzulernen, ohne sich umgehend für mehrere Jahre als Zeit- oder Berufssoldat zu verpflichten, hat die Bundeswehr auf Vorschlag der Reformkommission um Frank-Jürgen Weise einen Freiwilligen Wehrdienst eingeführt. Die Kommission sieht den Dienst als Angebot, „das persönliche, berufliche, gesellschaftliche und sicherheitspolitische Interessen in Einklang bringt. (...) Unsere Gesellschaft braucht eine Kultur der Freiwilligkeit.“¹⁶ Der FWD kann nur von deutschen Staatsangehörigen geleistet werden, ist also im Gegensatz zum Bundesfreiwilligendienst (BFD), der als Ersatz für den Zivildienst eingeführt wurde, nicht für Ausländer offen. Die (meist) jungen Menschen verpflichten sich im FWD für 7 bis 23 Monate. Dabei sind die ersten sechs Mona-

te eine Probezeit, in denen beidseitig eine sofortige Kündigung möglich ist. Bei Vertragsunterzeichnung müssen sich die Freiwilligen Wehrdienstleistenden (FWDL) ab einer Dienstdauer von zwölf Monaten grundsätzlich für die Teilnahme an Auslandseinsätzen bereit erklären.¹⁵ Dies unterscheidet die heutigen FWDL grundlegend von den ehemaligen Wehrpflichtigen, die von Auslandseinsätzen ausgenommen waren und sich erst im Falle einer freiwilligen Dienstverlängerung zu einer Verwendung im Ausland verpflichten mussten.

Vor ihrer Einstellung durchlaufen die jungen Männer und Frauen wie bisher eine Musterung und ein Auswahlverfahren, das sie auf physische, psychische und kognitive Fähigkeiten testet. Erklärtes Ziel des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière ist, dass zu jeder Zeit 5000 bis 15 000 FWDL die Bundeswehr unterstützen.¹⁶ Dabei hat der FWD mehrere Funktionen: Einerseits soll er als Rekrutierungspool für die Streitkräfte dienen, um einen Teil des jährlichen Personalbedarfs von etwa 13 000 Zeit- und Berufssoldaten zu decken.¹⁷ Zum anderen soll er die Bundeswehr nachhaltig in der Gesellschaft verankern und damit die Tradition der Wehrpflicht in diesem Bereich fortschreiben. Die jungen Männer und Frauen integrieren sich aus einem zivilen Leben für eine beschränkte Zeit in die Streitkräfte. Sie könnten dadurch insbesondere für ihr soziales Umfeld „Botschafter“ für die Institution Bundeswehr darstellen.

Herausforderungen

Prinzipiell entspricht die Ablösung des verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes von einem freiwilligen Angebot unserem freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsmodell. Beide Dienste, also FWD und BFD, ste-

¹⁵ Vgl. Thomas Brüsemeister, *Qualitative Forschung: Ein Überblick*, Wiesbaden 2008, S. 173.

¹⁶ Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr Oktober 2010. *Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz*, Berlin 2010, S. 12.

¹⁵ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), *Freiwillig dienen. Ein Wegweiser für den Freiwilligen Wehrdienst*, Juli 2011, S. 11 ff.

¹⁶ Die Strukturkommission empfahl einen Dienstpostenumfang von 15 000 Freiwilligen. Vgl. Strukturkommission (Anm. 4), S. 28. Verteidigungsminister de Maizière reduzierte die Zahl in der Umsetzung der Reform auf mindestens 5000.

¹⁷ Vgl. Thomas Bulmahn/Robert Kramer, *German Armed Forces: Ready for the War on Talents?*, ERGOMAS-Konferenzpapier, Madrid 2013.

hen nun Männern und Frauen offen, sowie – zumindest theoretisch – allen Generationen. Es erlaubt allen Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv in tragende Institutionen des Gemeinwesens einzubringen. Gerade bei der Bundeswehr gibt es „ein Interesse daran, dass sie einen Querschnitt der Bevölkerung abbildet“.⁸ Zum einen soll damit einem „Staat im Staate“ vorgebeugt werden, zum anderen kann nur so sichergestellt werden, dass die Gefahren und Lasten der Auslandseinsätze von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen getragen werden.

Diese ausgeglichene Rekrutierung wurde bei der Aussetzung der Wehrpflicht von verschiedenen Seiten als große Herausforderung betrachtet. In Hinblick auf den demografischen Wandel, als dessen Folge ein Rückgang der Schulabgänger von knapp 20 Prozent in den nächsten zehn Jahren prognostiziert wird, und den allseits befürchteten Fachkräftemangel wird die Bundeswehr zukünftig in einen harten Wettbewerb um Nachwuchs treten. Erschwerend kommt für sie ein allgemeiner Wertewandel in Richtung einer post-materialistischen Gesellschaft hinzu, in der Individualität, Selbstbestimmung und eine zunehmende Kosten-Nutzen-Kalkulation an Bedeutung gewinnen.⁹ So befürchten Kritiker der Freiwilligenarmee, dass sich die Gesellschaft weiter von den Streitkräften distanzieren und die Abschaffung der Wehrpflicht zu einer sozialen Schieflage in der Armee führen könnte; die Bundeswehr könnte vor allem bei sozial Benachteiligten, in strukturschwachen Regionen oder bei Gewalt verherrlichenden Bürgerinnen und Bürgern zum attraktiven Arbeitgeber avancieren.¹⁰ Eine weitere Befürchtung – gerade in Hinblick auf die obligatorische Verpflich-

⁸ Reinhard Brandl, MdB, zit. nach: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Plenarprotokoll 99/17 der Sitzung am 24.3.2011, S. 11354.

⁹ Vgl. Tibor Szvircsev Tresch/Christian Leuprecht, Introduction. Whom Shall We Send: The Best of the Brightest or the Worst of the Desperate?, in: dies. (Hrsg.), Europe Without Soldiers? Recruitment and Retention Across the Armed Forces of Europe, Kingston 2011, S. 1–17, hier: S. 2.

¹⁰ Vgl. Eckart Lohse, Bundeswehrreform: Mit schlechten Noten zum Bund?, 1.5.2011, www.faz.net/aktuell/politik/inland/11062.html (18.9.2013); Nils Handler, Nach dem Ende der Wehrpflicht: Bangen vor dem Ossi-Ansturm, 2.9.2011, www.stern.de/politik/deutschland/1723284.html (18.9.2013); Michael Wolffsohn, Die neue Bundeswehr, eine Un-

terung für Auslandseinsätze – ist, dass, „die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht die Bereitschaft erhöhen (könnte), Bundeswehrkontingente ins Ausland zu entsenden oder sie gar an Interventionen zu beteiligen, wie sie von den Berufsarmeen einiger größerer NATO-Staaten durchgeführt werden, was die anderen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung (innerhalb der Bundeswehr, R.H.) ebenfalls vermuten lassen“.¹¹ Gerade deshalb ist es wichtig, ein breites Spektrum der Gesellschaft in den Streitkräften abzubilden, um ein Band zwischen der militärischen und zivilen Lebenswelt sowie den politischen Entscheidungsträgern zu knüpfen.

Um langfristig alle Staatsbürger zu erreichen, hat die Bundeswehr ein Maßnahmenpaket eingeführt, womit der FWD beworben werden soll. Nach wie vor werden alle jungen Männer und Frauen in ihrem 17. Lebensjahr angeschrieben und auf das Angebot aufmerksam gemacht. Die Meldeämter stellen die entsprechenden Daten exklusiv zum Versand von Informationsmaterial über die beruflichen Möglichkeiten in den Streitkräften zur Verfügung.¹² Dieses aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht unumstrittene Verfahren ist ein Privileg der Bundeswehr.

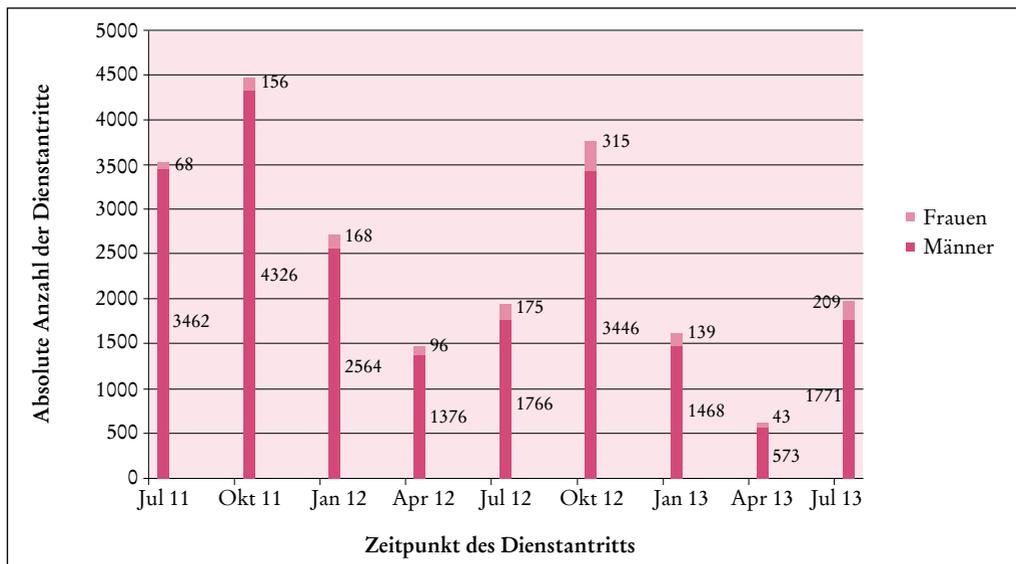
Zudem wurde der Wehrsold von ehemals knapp 300 Euro auf 777 Euro bei Dienstantritt erhöht. Das gewährt – anders als beim BFD, bei dem ein maximales Taschengeld von derzeit 348 Euro bezahlt wird – ein finanziell unabhängiges Leben und spricht damit auch diejenigen an, die keine zusätzliche Unterstützung durch Familie, Ehepartner oder sonstige Bezüge erfahren. Doch es war von Beginn an klar, dass finanzielle Anreize nicht ausreichen dürften, ebenso wenig wie die zahlreichen Werbe-, Image- und Informationskampagnen, welche seit der Aussetzung der Wehrpflicht konzipiert wurden. Attraktiv werde die Bundeswehr vor allem

terschichten-Armee?, 13.1.2011, www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1363619/ (18.9.2013).

¹¹ Berthold Meyer, Bundeswehr ohne Wehrpflichtige – was folgt daraus für die Parlamentsarmee im Einsatz?, HSFK-Report 11/2010, S. 25.

¹² Vgl. Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften 2011 (Wehrrechtsänderungsgesetz 2011), 28.4.2011, §58 (2).

Abbildung 1: Verteilung der 22 121 einberufenen FWDL nach Quartal und Geschlecht



Quelle: Bundesministerium der Verteidigung; Antwort des Referats BMVg P I 1 vom 2. 9. 2013 auf persönliche Anfrage; eigene Darstellung.

dann für einen Querschnitt der Bevölkerung, wenn der Dienst gesellschaftlich anerkannt und respektiert sei, so der Verteidigungsminister: „Wenn es gelingt, dafür ein größeres Bewusstsein zu schaffen – das geht mit keiner Werbekampagne und auch nicht über Nacht, sondern nur im Rahmen eines Prozesses, den wir in unserer Gesellschaft anstoßen müssen – und sichtbar zu machen, was Soldaten heute und morgen für unser Land leisten, dann können wir zuversichtlich sein, dass auch künftig der Dienst in der Bundeswehr, auch der freiwillige Wehrdienst in der Bundeswehr, zum Wohle und Nutzen von uns allen ist.“¹³

Quantitative Entwicklung

Gut zwei Jahre nach Einführung des FWD zeichnet sich folgendes Bild ab: Während im ersten Jahr (Juli 2011 bis April 2012) noch gut 12 000 FWDL ihren Dienst antraten, sanken die Dienstantritte im zweiten Jahr (Juli 2012 bis April 2013) um etwa ein Drittel auf knapp 8 000 Freiwillige (Abbildung 1). Dass die Bewerberzahlen in den ersten Jahren nach Umstellung von einer Wehrpflicht- auf eine Freiwilligenarmee zunächst zurückgehen, ist allerdings kein exklusiv deutsches

Phänomen. Viele europäische Staaten, die ihre Armeen in den vergangenen Jahren umstrukturierten, sammelten ähnliche Erfahrungen. So nahm beispielsweise in Schweden die Bewerberzahl vom ersten zum zweiten Jahr nach Einführung der Freiwilligenarmee um etwa 10 Prozent ab.¹⁴ Unter den bisher 22 121 einberufenen FWDL waren im Durchschnitt 6,2 Prozent Frauen. Derzeit leisten 8463 Freiwillige ihren Dienst, davon sind knapp 89 Prozent zwischen 17 und 23 Jahren, weitere 10 Prozent sind zwischen 24 und 27 Jahren und nur etwas mehr als 1 Prozent älter als 27 Jahre.¹⁵ Es zeigt sich also, dass die Bundeswehr bezüglich der Merkmale Geschlecht und Alter immer noch eine sehr ähnliche Klientel anspricht wie zu Zeiten der Wehrpflicht. Die Öffnung – insbesondere die Einbindung von Frauen – stellt sich schwierig dar.¹⁶ Was das Bildungs-

¹⁴ Vgl. Emma Jonsson, Outcome of Soldier Recruitment to the Swedish Armed Forces 2012 – The Second Year With an All-volunteer Force, ERGOMAS-Konferenzpapier, Madrid 2013.

¹⁵ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Antwort des Referats BMVg P I 1 vom 2. 9. 2013 auf persönliche Anfrage.

¹⁶ Zum Vergleich: Im Bundesfreiwilligendienst sind seit Frühling 2012 durchgehend alle 35 000 Plätze besetzt und inzwischen 51 Prozent der Aktiven weiblich sowie etwa 40 Prozent älter als 27 Jahre (Stand: Juli 2013).

¹³ Zit. nach: Deutscher Bundestag (Anm. 8), S. 11344.

niveau betrifft, werden die Befürchtungen einer „Armee von Perspektivlosen“ nicht bestätigt. Die Mehrheit der FWDL, nämlich 72 Prozent, verfügt mindestens über einen Realschulabschluss (*Abbildung 2*). Damit liegt das Bildungsniveau deutlich über dem Bundesdurchschnitt, was aber nicht automatisch bedeutet, dass alle Gesellschaftsschichten erreicht werden. So könnte es trotzdem sein, dass bestimmte Milieus oder beispielsweise die obersten 10 Prozent der Gesellschaft nicht erreicht werden – eine Schieflage, die sich in den USA dreißig Jahre nach Aussetzung der Wehrpflicht abzeichnet.¹⁷ Wie sich diesbezüglich die Bundeswehr und insbesondere der FWD entwickeln werden, bleibt abzuwarten und kontinuierlich zu beobachten.

Vielfältige Motivationen – kontroverse Einstellungen

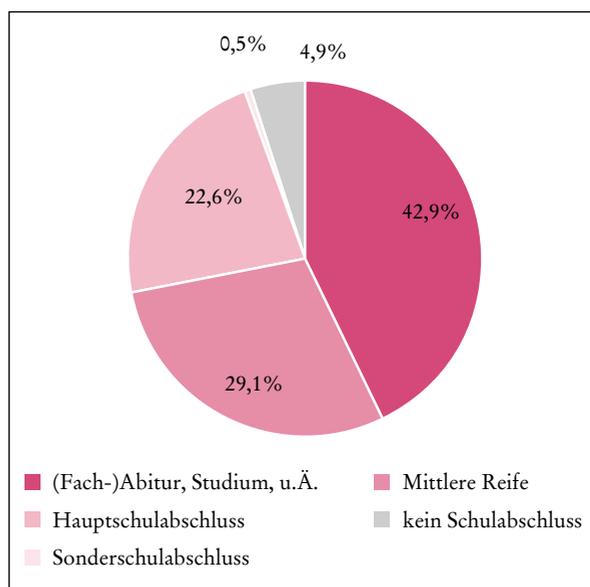
Was aber sind die Beweggründe und Erwartungen der vornehmlich jungen Erwachsenen, einen FWD zu leisten? Kommen sie wirklich, um „Deutschland zu dienen“? In der qualitativen Längsschnittbefragung fällt zunächst eines auf: Die Soldatinnen und Soldaten haben unterschiedliche Motive, und bei fast allen ist ein Zusammenspiel von mehreren Beweggründen zu beobachten.

Folgende Motive – und damit implizit verknüpfte Erwartungen – wurden in unterschiedlichen Kombinationen und Nuancen in den Interviews immer wieder angeführt: Die Freiwilligen wollen die Bundeswehr zunächst kennenlernen, teilweise um dort berufliche Zukunftsperspektiven auszuloten, teilweise um die Organisation einmal selbst kennenzulernen und im Freundes- oder Familienkreis mitreden zu können. Einige wollen vornehmlich Zeit zwischen Schule und Studium beziehungsweise Ausbildung überbrücken, sich erst einmal orientieren und praktische Erfahrung sammeln ohne dabei „zu gammeln oder im Supermarkt an der Kasse zu sitzen“.¹⁸ Damit einher geht die Erwartung, sich während des FWD persönlich weiterzuentwickeln und

¹⁷ Vgl. Marc Magee/Steven J. Nider, *Citizen Soldiers and the War on Terror*, Progressive Policy Institute, Policy Report, Dezember 2002, S. 4.

¹⁸ Dieses und die folgenden Zitate stammen aus den Interviews der Autorin mit den FWDL.

Abbildung 2: Bildungsabschlüsse der 22 121 einberufenen FWDL seit Juli 2011 in Prozent



Quelle: Bundesministerium der Verteidigung; Antwort des Referats BMVg P I 1 vom 2.9.2013 auf persönliche Anfrage; eigene Darstellung.

selbstständiger zu werden. Auch der finanzielle Anreiz spielt eine Rolle für die Entscheidung. Während einige sich mit dem expliziten Wunsch für den FWD entscheiden, ihre persönliche Leistungsgrenze zu erfahren, haben andere genau davor großen Respekt oder gar Angst. Auch der Umgang mit der Waffe stellt einen Anreiz dar. Insbesondere für diejenigen, die ihren Dienst im jeweils ersten Quartal des Jahres antraten¹⁹ stellt die Bundeswehr eine attraktive Alternative zur Arbeitslosigkeit dar oder bietet die Möglichkeit zur beruflichen Weiterentwicklung. Manche führen mit dem FWD eine Familientradition fort und sind der Auffassung, dass „es für einen deutschen Mann einfach dazugehört“, einen Wehrdienst zu leisten. Und manche wollen eben auch Deutschland dienen: „Das ist auch so eine Motivation für mich, ich trage jetzt den (Bundes-)Adler und kann sagen, ja, das erfüllt mich mit Stolz.“

¹⁹ In diesem Quartal finden sich in der Regel weniger die direkten Schulabgänger wieder, welche meist im Juli oder Oktober ihren Dienst beginnen. Vielmehr kommen im Januar und April vermehrt Personen nach einem Bruch (Jobwechsel, Kündigung, vorzeitiges Beenden eines Studiums beziehungsweise einer Ausbildung) zur Bundeswehr.

Alle befragten FWDL beschreiben eine Kombination von Motiven, die ausschlaggebend waren. Ein Soldat fasst seine persönlichen Beweggründe so zusammen: „Naja, auf jeden Fall war ein Grund, dass ich noch nicht ganz sicher war, was ich machen wollte. Ich habe mich dazu entschieden, ein Jahr Pause zu machen (...). Und ja, ich fand den Bund schon immer interessant, war oft bei Sportveranstaltungen zum Beispiel. Naja, dann kam eins aufs andere mit diesem Freiwilligen Wehrdienst, früher war's die Wehrpflicht. Und eigentlich gehört das irgendwo dazu als Mann, dass man wenigstens mal mit einer Waffe umgegangen ist, dass man diese körperliche Ertüchtigung mal durchgemacht hat. Und man ist ein anderer Mensch hiernach, ist viel disziplinierter, viel ordentlicher.“

Ein durchgängiges Motiv, das in allen Interviews zur Sprache kommt, ist der Wunsch nach spezifisch soldatischen Werten, nämlich Disziplin und Kameradschaft: „Disziplin auf jeden Fall, viel Disziplin. (...) Ich denke, dass ich jetzt hier ein ganz neues Sinnbild von Disziplin bekommen werde. Ich habe auch andere Freunde, die das vor ein paar Jahren gemacht haben, (...) das hat eigentlich allen im weiteren Lebensweg geholfen, sprich: Job kriegen und so was alles.“ Mag das Streben nach solchen Tugenden auf den ersten Blick verwundern, so zeigen aktuelle Studien, dass genau diese Werte bei den Jugendlichen wieder deutlich an Bedeutung gewinnen. Die Shell-Jugendstudie 2010 bestätigt, dass Fleiß und Ehrgeiz für die 12- bis 25-Jährigen einen hohen Stellenwert haben; diese Eigenschaften waren für 83 Prozent der Befragten wichtig oder sehr wichtig, im Vergleich zu 76 Prozent im Jahr 2002.^{F²⁰} Zudem ist auffallend, dass die wenigsten Motive bei der Entscheidung für den FWD idealistischer Natur sind. Oft sind pragmatische und extrinsische Anreize ausschlaggebend. Auch das korrespondiert mit den Befunden der Jugendforschung, wonach sich bei den 14- bis 17-Jährigen derzeit eine „Abnahme weltanschaulich geprägter und eine Zunahme pragmatischer Haltungen“ zeige.^{F²¹}

^{F²⁰} Vgl. Thomas Gensicke, Wertorientierung, Befinden und Problembewältigung, in: Mathias Albert/Klaus Hurrelmann/Gudrun Quenzel (Hrsg.), 16. Shell Jugendstudie, Frankfurt/M. 2010, S. 197.

^{F²¹} Vgl. Marc Calmbach et al., Wie ticken Jugendliche? 2012, Düsseldorf 2012, S. 40.

Ebenso unterschiedlich wie die Motive sind die Einstellungen zu den Auslandseinsätzen. Während manche FWDL die Einsätze befürworten und jederzeit selbst in den Einsatz gehen würden, haben sich andere bewusst nur für elf Monate verpflichtet, um unter keinen Umständen eine Entsendebereitschaft unterzeichnen zu müssen. Der FWD soll nur eine Überbrückung zum nächsten Lebensabschnitt sein, ein Einsatz wäre mit einem zu großen persönlichen Risiko verbunden, denn man wolle „nicht psychisch beziehungsweise physisch beeinträchtigt zurückkommen, damit halt meine Zukunft so ist, wie ich sie mir vorstelle und ich noch lebe“. Andere hingegen sehen gerade das Mitwirken an Einsätzen als Kernelement des soldatischen Berufs, als wichtige Aufgabe der Bundeswehr, an der sie auch gerne teilhaben würden. Auch die prinzipielle Sinnhaftigkeit der Einsätze wird unterschiedlich bewertet. Gleiches gilt für das Mandat der Bundeswehr, inwiefern sie „bloß Aufbauhilfe leisten und helfen“ solle, oder aber auch „mehr Verantwortung übernehmen muss, als eine starke Wirtschaftskraft in der heutigen Welt“. Interessanterweise korrespondiert die Bewertung der Einsätze nicht in allen Fällen mit der eigenen Einsatzbereitschaft: „Die Einsätze sind absolut völkerrechtswidrig. (...) obwohl ich diese Einsicht habe, würde ich deswegen nicht ablehnen, an den Einsätzen teilzunehmen.“ Diese Meinungsvielfalt löst sich im Laufe des Wehrdienstes bei den Befragten nicht auf. Auch nach mehreren Monaten in der Bundeswehr zeichnen sich ganz individuelle Deutungsmuster über Aufgabe und Sinnhaftigkeit, Selbstverständnis und Rolle der Bundeswehr im In- und Ausland ab.

Die empirischen Ergebnisse zeigen damit einerseits, dass die Bundeswehr nicht nur *den* typischen Wehrdienstkandidaten anspricht. Ebenso wie der Soldatenberuf vielschichtiger geworden ist – nach Karl Haltiner und Gerhard Kümmel ist er heute von einer „Multi-nicht Monofunktionalität“^{F²²} geprägt – werden auch die Individuen, welche ihn ausüben, diverser. Es gelingt also, unterschiedliche Persönlichkeiten anzusprechen. Gerade das

^{F²²} Karl Haltiner/Gerhard Kümmel, Die Hybridisierung des Soldaten: Soldatisches Subjekt und Identitätswandel, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.), Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen, Baden-Baden 2008, S. 50.

Format FWD scheint hier geeignet, auch diejenigen für einige Monate zu gewinnen, die aus Neugier die Organisation Bundeswehr kennenlernen wollen, ohne dort ihre berufliche Zukunft zu sehen. Die Tatsache, dass persönliche Meinungen und Einstellungen unter den Kameraden und gegenüber Dritten offen thematisiert werden können, zeigt die Individualität der Mitglieder und die demokratischen Züge der Organisation, obwohl Streitkräfte nach Erving Goffman als „totale Institution“^{F23} bezeichnet werden. Andererseits deutet das aber auch darauf hin, dass es nicht gelingt, eine gemeinsame Mission zu transportieren, ein Narrativ zu vermitteln, über das sich die FWDL mit der Organisation identifizieren können.

Was folgt daraus?

Martin Elbe und Klaus Günter Lange gehen davon aus, dass mit der Aussetzung der Wehrpflicht „ein grundlegender kultureller Wandel“ einhergehe und „die gemeinsam gehaltenen Werte und Normen (...) durch den jetzt anstehenden Wandlungsprozess in ihren Grundfesten berührt“^{F24} würden. Sie sehen die Grundlagen der Organisation und ihres Selbstverständnisses im Umbruch. Damit liegen sie wohl nicht ganz falsch. Denn mit dem Prinzip der Freiwilligkeit verändert sich die Vertragsbeziehung zwischen dem Arbeitgeber, dem Dienstherrn, und den Arbeitnehmern, den Dienstleistenden, fundamental.^{F25} Daraus erwachsen auf beiden Seiten neue Erwartungen, und die Führung einer solch heterogenen Truppe bringt immense Herausforderungen mit sich. Sicherlich waren auch die Wehrpflichtigen in ihren Persönlichkeiten sehr unterschiedlich, doch sie alle verband die Pflicht, diesen Dienst leisten zu müssen. Die unterschiedlichen Erwartungen und Motive der FWDL führen mitunter dazu, dass nach einigen Monaten im Dienst

^{F23} Erving Goffman, *Asyle: Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt/M. 1972, S. 15–23.

^{F24} Martin Elbe/Klaus Günter Lange, *Ansätze des Change Managements zur Neuausrichtung der Bundeswehr*, in: Gregor Richter (Hrsg.), *Neuausrichtung der Bundeswehr. Beiträge zur professionellen Führung und Steuerung*, Wiesbaden 2012, S. 244.

^{F25} Vgl. Hilmar Linnenkamp nach Christian Dewitz, *Stiller Abschied von der traditionsreichen Wehrpflicht*, in: *Bundeswehr Journal*, (2011) 2–3, S. 27.

dem einen der Umgangston zu rau ist, während sich der oder die nächste beschwert, dass das ja keine „richtige Bundeswehr“ mehr sei, weil zu viel Rücksicht genommen werde, die körperlichen Herausforderungen zu gering seien und die Kameraden die Ausbildung nicht ernst genug nähmen. Auch das könnte ein Grund für die immer noch sehr hohe Abbruchquote im FWD sein. Die Hürde, zu gehen, ist gering, die Anlässe sind vielschichtig. Im Schnitt verlässt jeder vierte FWDL die Bundeswehr vorzeitig auf eigenen Wunsch, dazu kommen noch knapp 5 Prozent, die entlassen werden.^{F26}

Das Prinzip der Freiwilligkeit und die sechsmonatige Möglichkeit zur Kündigung verlangen den Vorgesetzten einen neuen Umgang mit den Rekruten ab. Gleichzeitig kann die grundsätzliche Logik der Streitkräfte, welche auf hierarchischen Strukturen, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam sowie einer bürokratischen Grundordnung beruht, nicht maßgeblich verändert werden. Das heißt, die Organisationskultur kann sich nur bedingt und nur innerhalb eines aufgespannten Rahmens an die neuen Gegebenheiten anpassen. In diesem Spannungsverhältnis schafft es die Bundeswehr bisher kaum, identitäts- und sinnstiftende Momente durch die Ausbildung oder die täglichen Aufgaben zu schaffen und damit den unterschiedlichen Erwartungen zu begegnen. Gerade nach der Grundausbildung zeichnet sich unter den befragten FWDL eine ernüchternde und pragmatische Einstellung gegenüber ihrem Dienst ab, die mit dem Selbstverständnis der Organisation „Wir. Dienen. einer guten Sache, unserer Verfassung – freiwillig und überzeugt“^{F27} nur noch wenig gemein hat. Nun können Sinn und Identifikation nicht verordnet werden. Attraktivere Ausbildungs- und Tätigkeitsprofile für die FWDL sowie mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Verwendung könnten jedoch erste Schritte sein, um das Potenzial der zumeist gut qualifizierten FWDL nicht zu vergeuden.

^{F26} Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Anm. 15).

^{F27} Einer der Leitgedanken der Kampagne *Wir.Dienen.Deutschland*. Vgl. Anm. 1.

Homo militaris – Gestalt insti- tutionalisierter Gewalt

Das Militär ist ein soziales Feld und eine politische Institution,¹ die Gewalt gegen andere Länder organisiert, das eigene Land vor Gewalt von außen schützt und gewaltsame Mittel zur Aufrechterhaltung der bestehenden inneren Ordnung bereit hält. Im Militär findet eine Integration des Spannungsverhältnisses von

Ulrich vom Hagen

Dr. phil., geb. 1969; Sozialwissenschaftler; ehemals Reserveoffizier der Bundeswehr; Ministerialreferent, Halifax, Neuschottland/Kanada. vomhagen@EastLink.ca

vertikaler, bürokratischer Rationalität und horizontaler, totaler berufsständischer Gemeinschaftlichkeit statt. Die Mechanismen der bürokratischen Logik und der impliziten Referenz an aristokratisch-kämpferische Tugenden und Werte machen den körperschaftlichen Charakter des Militärs aus. Aufgrund der spezifischen Fusion von herrschaftlicher Organisation und kriegerischem Berufsstand kann es daher als eine gewaltsame Körperschaft gekennzeichnet werden. Militärische Gewalt ist ein von Soldaten bereitgestelltes „Kollektivgut“, die sich dadurch von der zivilen Gesellschaft unterscheiden. Die hier skizzierten Merkmale beschreiben die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die sozialen Praxisformen des militärischen Feldes konstituieren, in welchem Gewaltsamkeit (Max Weber) und Militärkultur im Sinne sozialer Praxis (Pierre Bourdieu) produziert und reproduziert werden. Der soziologische Analyserahmen dieses Feldes geht somit über das Militär als Organisation hinaus und umfasst die gesamte Gesellschaft, denn Organisationen beziehungsweise Sozialverbände wie das Militär wurden allzu lange als zweckrationales Instrument zur Umsetzung funktionaler Ziele verstanden, während sie mindestens so sehr Bedeutungs- und Symbolsysteme darstellen.²

Schon in den 1960er Jahren hat Renate Mayntz darauf hingewiesen, dass das rationale Modell der klassischen Organisationssoziologie den herrschaftssoziologischen Kontext in Max Webers Behandlung der Bürokratie ignoriert und daher nicht erkannt hat, dass Weber Bürokratie und Herrschaft als zwei ständig miteinander in Spannung stehende Prinzipien versteht.³ Danach liegt es nahe, Organisationen in erster Linie als *soziale Kräftefelder* zu verstehen, in denen um die Durchsetzung verschiedener – teilweise gegensätzlicher Ziele – gerungen wird. Organisationale Strukturen bilden sich in den expliziten und impliziten Regeln sowie in der Verteilung von ökonomischem, sozialem, kulturellem und symbolischem Kapital im Sinne Bourdieus ab. Diese Kapitalarten stellen soziale Machtinstanzen dar und dienen als Basis zur Legitimierung von Herrschaft.

Das Militär, Mittel der Selbstbehauptung des Staates nach außen und bisweilen auch nach innen, ist einerseits eine politische Institution und gleichzeitig besonders deutliche Gestalt institutionalisierter Gewalt. Der Organisationsherr des Militärs ist der Staat, den Weber als einen Herrschaftsverband auffasst, denn als Zwangsanstalt ist jeder Staat auf Gewaltsamkeit gegründet, und physische Gewalt ist ihm als spezifischem Mittel zu Eigen.⁴ Das Militär und seine Prinzipien sind auf das Engste mit dem Staat verknüpft. Frageleitend ist dabei, welche Strukturen es erlauben, dass die Befehle der Spitze mit dem geringstmöglichen Reibungsverlust vom „Apparat“ ausgeführt werden. Dieser Anforderung, so Weber, wird allein die moderne,

¹ Vgl. Gerhard Göhler, Institutionenlehre und Institutionentheorie in der deutschen Politikwissenschaft nach 1945, in: ders. (Hrsg.), Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand, Probleme, Perspektiven, Opladen 1987.

² Dieser Beitrag geht vorwiegend zurück auf meine Argumentation in Ulrich vom Hagen, *Homo militaris. Perspektiven einer kritischen Militärsoziologie*, Bielefeld 2011.

³ Vgl. Renate Mayntz, *Soziologie der Organisation*, Reinbek 1963, S. 32.

⁴ Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen, 1972 (1921).

rationale Bürokratie gerecht, die im reinen Typus ein System von miteinander gekoppelten zweckrationalen Handlungen repräsentiert, zu deren Entstehung und Entfaltung unter anderem die Konzentration der sachlichen Betriebsmittel in der Hand des Dienstherrn eine Voraussetzung darstellt. Somit ist die historische Bürokratisierung der Armee fundamental für ein Verständnis des Militärs als Herrschaftsinstrument der Staatsgewalt. Das Konzept der institutionellen Gewalt integriert *aktuelle und eventuelle Gewaltsamkeit* (Weber) sowie *symbolische Gewalt* (Bourdieu) und wird von dem Soziologen Peter Waldmann wie folgt definiert: „Der Begriff der institutionellen Gewalt (...) geht insofern über das direkte, personelle Verständnis von Gewalt hinaus, als er nicht allein auf eine spezifische Modalität sozialen Handelns, sondern auf dauerhafte Abhängigkeits- und Unterwerfungsverhältnisse abstellt. Man kann ihn definieren als eine durch physische Sanktionen abgestützte Verfügungsmacht, die den Inhabern hierarchischer Positionen über Untergebene und Abhängige eingeräumt ist. (...) Prototyp institutioneller Gewalt in der Moderne ist der Hoheits- und Gehorsamsanspruch, mit dem der Staat dem einzelnen gegenübertritt.“⁵

Institutionelle Gewalt umfasst daher die Staatsgewalt. Ausprägungen des staatlichen Gewaltmonopols beziehungsweise der Staatsgewalt wie das Militär sind somit eine Gestalt institutioneller Gewalt und seiner Kultur.

Soziale Praxis im Militär

Um die Kultur des Militärs zu bestimmen, ist es notwendig, sich von der oftmals angenommenen Homogenität des Militärs zu verabschieden und zu fragen, um was es im militärischen Feld tatsächlich geht: um nichts weniger als den steten Definitionskampf um das Wesen des Militärs eines Landes und, im Zusammenhang mit der Durchsetzung dieser Vorstellung, um Karrierechancen. Im Korpsgeist drückt sich gleichzeitig die Kohäsion, aber auch der Konformismus derjenigen aus, die es ge-

⁵ Peter Waldmann, Politik und Gewalt, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. I: Politische Theorien, München 1995, S. 430f.

schaft haben, Aufnahme in der sozialen Welt des Militärs zu finden. Diese Mechanismen machen den „korporativen“ Charakter der Streitkräfte aus. Im Militär finden sich zudem Subkulturen, insbesondere bei den Teilstreitkräften (Heer, Marine und Luftwaffe), einzelnen Truppengattungen des Heeres oder in Form der unterschiedlichen Dienstgradgruppen (Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften) sowie anhand des Unterschiedes zwischen Truppe in der Heimat und Truppe im Einsatzland.

Die Konflikte, die zwischen einzelnen Akteuren beziehungsweise Gruppen in einem sozialen Feld bestehen, gründen auf einen feldspezifischen Antagonismus hinsichtlich der Verwertungsmöglichkeiten des sozialen, kulturellen, symbolischen und ökonomischen Kapitals. Daher ist es hilfreich, das Militär – ebenso wie andere soziale Felder – als ein Spielfeld zu betrachten, auf dem um Definitionsmacht gerungen wird, und das einen bestimmten Habitus generiert, der die selbstverständliche Anpassung an die feldspezifischen Spielregeln erlaubt. Durch den Glauben an das militärische Feld sind die Soldaten dem Feld gegenüber befangen, doch *praktisches Gespür* erlaubt es, die für das soziale Spiel intuitiv richtigen Spielzüge vorzunehmen.⁶

Als Teil des Staatsapparats besitzt das Militär weitreichende Bedeutung für die politische Sphäre, denn der Staatsapparat stabilisiert die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse. Der Staat beansprucht, in Anlehnung an die bekannte Definition von Max Weber, auf seinem Territorium das Monopol legitimer symbolischer Gewalt über die dort lebenden Menschen. Die Legitimierung des Gewaltmonopols des Staates wird sowohl nach innen als auch nach außen durch das Militär erreicht. Das Militär integriert die politische Vorstellung der Einheit von *Volk, Territorium und Staat* in einzigartiger Weise, so dass ihm eine besonders ordnungsstiftende und bewahrende Rolle zukommt.⁷ Durch die Repräsentation dieser säkularen Dreifal-

⁶ Vgl. Pierre Bourdieu, Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt/M. 1987.

⁷ Vgl. Klaus Eder, Multikulturalität als Dilemma, in: Remi Hess/Christoph Wulf (Hrsg.), Grenzgänge. Über den Umgang mit dem Eigenen und dem Fremden, Frankfurt/M.–New York 1999, S. 44.

tigkeit legitimiert das Militär den Staat und letztlich sich selbst.

Bürokratische Logik einerseits sowie gleichzeitig die Referenz an militärische Tugenden sowie militärisches Führertum andererseits bilden die Ordnungsmuster des Militärs. Daher besteht im Militär eine permanente Spannung zwischen moderner Rationalität, wie sie sich in bürokratischer Disziplin ausdrückt, die auf regelkonformes Verhalten ohne Berücksichtigung der Persönlichkeit des Handelnden abzielt, und vormodernen Vorstellungen vom militärischen Führer, der dem Bild der charismatischen Persönlichkeit mit ihren spezifisch individuellen Eigenschaften entspricht. Die Grundlage jeder Militärkultur bildet dabei das „historical model of the Prussian corps“,¹⁸ auf welches weltweit Bezug genommen wird. Darüber hinaus wurden und werden Militärstrategien und -taktiken, Techniken, Werte, Normen und Militärtugenden tradiert und weitergetragen. Allen Militärorganisationen gemeinsam sind Grundausbildung und Lehrgänge, mittels derer Individuen in die Militärkultur in Form eines Sozialisationsprozesses initiiert und mit den Besonderheiten der militärischen Lebensweise vertraut gemacht werden. Dabei werden Soldaten unter anderem in Hierarchie, Bürokratie, Regeln, Gesetze, Kameradschaft, Vertrauen, Loyalität, militärische Symbole, Rituale und das militärspezifische Vokabular eingewiesen, und es wird eine Kultur militärischer Disziplin verinnerlicht, die in allen Militärorganisationen zu finden ist.¹⁹ Durch multinational zusammengesetzte Auslandsmissionen und das Aufeinandertreffen von Soldaten unterschiedlicher Streitkräfte ist eine historische Kontinuität der Basis von Militärkultur mehr denn je garantiert.

Militärkultur spiegelt sich im Handeln der Soldaten wider, das sich in den Regeln und Regelmäßigkeiten dieses sozialen Feldes wiederfindet. Soldaten werden in der Grundausbildung und auch während ihres soldatischen Dienstes in das spezifisch militärische Prin-

zip eingewiesen, das unter anderem den Gehorsam und Techniken des Verletzens und Tötens umfasst. Ihnen werden militärische Werte wie beispielsweise Disziplin, Loyalität, Tapferkeit und Opferbereitschaft mit auf den Weg gegeben. Ferner spielen Männlichkeit, das kameradschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl sowie normenkonformes Verhalten eine zentrale Rolle. Ein spezifisches Interesse vereint also die Akteure in ihren Kämpfen um das Interessenobjekt, an das sie glauben und affektiv besetzen.¹⁰ *Hierarchie* und *Gemeinschaft* kristallisieren sich als die gemeinsamen Hauptelemente heraus, die zur Bestimmung des Militärs und seiner spezifischen Kultur von zentraler Bedeutung sind. Innerhalb des Spannungsbogens dieser beiden Elemente gibt es weitere Ausprägungen, die für die soziale Praxis im Militär wichtig sind. Die Praxisformen des militärischen Feldes gliedern sich in zwei grundlegende Dimensionen (Hierarchie und Gemeinschaft) mit je drei Elementen (Disziplin, Formalismus, Konservatismus sowie Segregation, Maskulinität, Tradition und Konvention).

Hierarchie

Das Militär besteht als Sozialverband grundsätzlich aus einer mehr oder minder großen Anzahl von Kämpfern, doch erst durch seine feste Einbindung in einen Staat im 17. und 18. Jahrhundert war die hinreichende Bedingung für den Schritt von bewaffneten Heerscharen zu formalisierten Streitkräften als Stehende Heere gegeben. Im Zuge des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das Militär immer mehr zu einer formalen Großorganisation des Staates. Staatliche Macht wird unter anderem durch das Militär verkörpert und kann nicht nur in den staatlichen Außenbeziehungen eingesetzt werden, sondern, je nach Rechtslage, auch zur Bekämpfung innerer Unruhen. Da das Militär als Träger des staatlichen Gewaltmonopols stets eine Gefahr für die politische Führung darstellt, legt die Exekutive großen Wert auf die Verinnerlichung des Primats der Politik innerhalb der Streitkräfte. Dies geschieht durch die Verankerung des Prinzips von Befehl und Gehorsam auf allen Ebenen des Militärs. Befehl und Gehorsam sind zentraler Teil der Hierarchie des Militärs, die in Disziplin und der staat-

¹⁸ Eyal Ben-Ari/Efrat Elron, *Blue Helmets and White Armor: Multi-nationalism and Multi-culturalism among UN Peacekeeping Forces*, in: *Armed Forces & Society*, 2 (2001), S. 275–306, hier: S. 284.

¹⁹ Vgl. Joseph Soeters/Donna Winslow/Alise Weibull, *Military Culture*, in: Giuseppe Caforio (Hrsg.), *Handbook of the Sociology of the Military*, London u. a. 2003, S. 250.

¹⁰ Vgl. P. Bourdieu (Anm. 6), S. 124f.

lichen Bürokratie, das heißt in der formalisierten Bestimmung von Verfahrenswegen und Zuständigkeiten, eine weitere Ausprägung erfahren. Als bürokratische Großgruppe formen die Streitkräfte eine erkennbare Hierarchie aus, welche Ausdruck der Autoritätsstrukturen ist, die eine klare Befehlslinie hervorbringen. Die Status- und Rangsysteme bewirken gleichzeitig eine soziale Distanz zwischen den Dienstgraden, die nicht nur mit funktionalen Kompetenzen, sondern auch mit Verhaltensweisen korrespondiert, die dem jeweiligen Rang entsprechen.

Die bürokratische Seite des Soldatenberufs entspricht dem Idealtyp des militärischen Planers (*managerial leader*), der Herrschaft im Sinne von Weber vorwiegend durch rationale Legitimität ausübt.¹¹ Demgegenüber steht der Idealtyp des militärischen Führers als Kämpfer (*heroic leader*), der seine Herrschaft durch Charisma und/oder Tradition legitimiert. Führung wird von restaurativen Kreisen im Militär daher vor allem als ein personenkonzentriertes Konzept aufgefasst. Hier gilt das Primat der Tat. Die Stehende Armee als Symbol der Einheit von Volk, Territorium und Staat besitzt freilich auch Anziehungskraft auf junge Leute mit nationalkonservativen beziehungsweise rechtsradikalen politischen Orientierungen, denn aufgrund des zentralen Prinzips von Befehl und Gehorsam gelten Diskussionen und Gewissensfreiheit als unmilitärisch, jedoch Hierarchie und damit einhergehende Prinzipien der Unterordnung und Einordnung in das militärische Gefüge als angemessen. Haltung und Typus des *homo militaris* entsprechen dem martialischen Kämpfer wie er in Stehenden Heeren anzutreffen ist. Der Umstand, dass Soldaten grundsätzlich darauf vorbereitet sein müssen, ihre Aufgaben auch unter Kriegsbedingungen zu erfüllen, hat zur Folge, dass das Idealbild des Soldaten durch den Kampfauftrag des Militärs geprägt ist. Daher gilt dieser Idealtypus unabhängig von Epoche oder politischem System für alle Stehenden Heere, ganz gleich, was das offizielle Berufsbild einer Armee besagen mag.

In einem Konzept, das den militärischen Führer als Generalisten betrachtet – und dies ist das vorherrschende Bild des Offiziers, wie es auch in der Bundeswehr gilt –, treffen un-

terschiedliche Anforderungen an „Geist und Tat“ zusammen. Es besteht die Spannung von moderner Rationalität, funktionaler Disziplin und bürokratischer Regelhaftigkeit auf der einen und der gewaltsamen Totalität der Gefechtssituation sowie dem Bild des Soldaten als Kämpfer auf der anderen Seite. Das soldatische Entbehrensethos, das sich aus traditionellen Vorstellungen vom Soldaten zusammensetzt und dem Repertoire konservativen Denkens und soldatischer Tugenden von Gehorsam, Treue, Disziplin, Anstand, Wahrhaftigkeit, Ehre und Opferbereitschaft entspringt, prägt den soldatischen Habitus. Just diese Orientierung an militärischen Werten, Prinzipien und Tugenden der Aufopferungsbereitschaft und Uneigennützigkeit stellen die inkorporierten Denk-, Wahrnehmungs- und Aktionsmuster dar, die der soldatische Habitus hinsichtlich angemessenen und erfolgreichen Handelns im Militär verkörpert. Hierarchie im Militär ist sowohl durch a) *Funktion* und b) *Führerschaft* bestimmt.

Gemeinschaft

Grundsätzlich gilt im Militär die Devise, dass Gemeinschaftsleistung vor Einzelleistung geht. Zum einen wird in der Kriegsführung herkömmlicherweise auf zahlenmäßige Überlegenheit gesetzt, zum anderen besitzt für den einzelnen Soldaten die Gruppe große Bedeutung, da sie im Kampf emotionale und physische Sicherheit bietet. Die Idee des *Korpsgeistes* kann sich dabei sowohl auf die unmittelbare Einheit (beispielsweise die Kompanie) des jeweiligen Soldaten beziehen oder auch innerhalb einer Dienstgradgruppe Geltung beanspruchen. Insbesondere das Offizierskorps und das Unteroffizierskorps verstehen sich über die jeweilige Teilstreitkraft hinaus als zwei Gesinnungsgemeinschaften im Denken und Handeln, da beide (bis heute) für unterschiedliche soziale Schichten beziehungsweise Milieus stehen und verschiedene Positionen innerhalb der Hierarchie einnehmen, wobei sich in Deutschland das Offizierskorps kaum noch aus den ehemals „erwünschten Kreisen“¹² rekrutiert. Diese setzten sich in Deutschland seit dem Kaiserreich aus den „in jeder Beziehung erwünschten Kreisen“ der

¹¹ Vgl. Morris Janowitz, *The professional soldier. A social and political portrait*, New York 1960.

¹² Detlef Bald, *Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert*, München 1982, S. 41 f.

Offiziersfamilien und Gutsbesitzer sowie den „erwünschten Kreisen“ des Bildungsbürgertums (höhere Beamte, sowie akademische und freie Berufe) zusammen.

Da das Militär eine männliche Bastion und gesellschaftliche Reproduktionsstätte von *Männlichkeit* ist, sind die Vorstellungen von einem „richtigen“ Soldaten überwiegend maskulin geprägt.¹³ Die Homosozialität des Militärs ist sichtbarer als in anderen Domänen männlichen Gestaltungswillens, da das Militär räumlich von der zivilen Gesellschaft separiert ist.¹⁴ In der für das Militär so zentralen Idee der Kameradschaft drückt sich in symbolischer Form die Orientierung an den Geschlechtsgenossen aus. In dem – noch bis vor Kurzem – nur Männern vorbehaltenen Raum finden die ersten Spiele des Wettbewerbs um Anerkennung nach männlich kodierten Regeln statt. Die Kameradschaft eines männlichen Kollektivs besitzt die funktionale Qualität, im Ernstfall notwendigen Zusammenhalt zu stiften. Sie dient jedoch auch dazu, Geschlechterdifferenz zu konstituieren.

Spezifische Vorstellungen von angemessenem Verhalten und richtiger Haltung gehen damit einher. Diese drücken sich unter anderem in *Etikette und Konventionen* aus, aus denen sich selbst innerhalb einer Dienstgradgruppe die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Fraktion oder Gruppe ergibt. Traditionale Legitimation von Herrschaft im Sinne Webers wird durch die Beherrschung entsprechender Verhaltensstile und -formen ausgedrückt. Wie in zivilen Kontexten helfen diese, Unsicherheit zu bewältigen beziehungsweise zu verbergen. Darüber hinaus bekommen bindende Verhaltensregeln unter den potenziellen Bedingungen von Tod und Verwundung im Kampfeinsatz große funktionale Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielt Religion in vielen Armeen weiterhin eine Rolle, da sie überall dort gebraucht wird, wo gestorben wird. Die für das Militär scheinbar so typische Traditionspflege hat im Truppenalltag meist keinen großen Stellenwert, doch dient sie der Vermittlung und Weitergabe spezifisch soldatischer Tugenden.

¹³ Vgl. Ruth Seifert, Männlichkeitskonstruktionen: Das Militär als diskursive Macht, in: *Das Argument*, 196 (1992), S. 859–872.

¹⁴ Vgl. Jean Lipman-Blumen, *Toward a Homosocial Theory of Sex Roles. An Explanation of the Sex Segregation in Social Institutions*, in: *Signs*, 3 (1976), S. 15–31.

Die Selbstverpflichtung eines Berufsstandes auf spezifische Wertvorstellungen und Normen wird für Staatsdiener durch die herrschaftlichen Ziele und Zwecke eines Staates konkretisiert. Das soldatische Dienstethos drückt sich nicht nur in der berufsständischen Selbstverpflichtung zum moralischen Handeln zum Wohle des eigenen Landes aus, sondern schreibt im Eid der Soldaten die Pflicht zum Gehorsam und zu tugendhaftem Handeln fest. Festsustellen bleibt, dass im Militär manchen Tugenden eine besonders große Bedeutung zukommt beziehungsweise zugesprochen wird. Mit dem Anforderungsprofil an den Soldatenberuf verbunden kann Tapferkeit als die soldatische *Primärtugend* gelten, da sich in ihr die im Ernstfall notwendige Kampf- und Aufopferungsbereitschaft als äußerster Anspruch an Soldaten widerspiegelt.¹⁵ Tapferkeit ist gewissermaßen als langanhaltender Mut sowie im standhaften Ertragen von Bedrohungen und Belastungen zu verstehen. Soldatische *Sekundärtugenden* leiten sich aus den weiteren Bedingungen ab, die mit dem Auftrag des Militärs verbunden sind. Je nach Position innerhalb der militärischen Hierarchie kommt *funktionalen Sekundärtugenden* wie Disziplin, Entschlossenheit, Gehorsam, Härte, Zusammenhalt, Entbehrungsbereitschaft, Mut und Urteilskraft eine unterschiedlich ausgeprägte Bedeutung zu. Sie spiegeln im Wesentlichen die spezifischen Erfordernisse militärischer Aufträge wider. *Habituelle Sekundärtugenden* wie Aufrichtigkeit, Beharrlichkeit, Bescheidenheit, Besonnenheit, Ehrgefühl, Gelassenheit, Selbstlosigkeit, Treue, Willensstärke und Würde besitzen einen ungleich höheren moralischen Anspruch. Habituelle Sekundärtugenden etablieren den professionellen Ethos des Militärs. Hierbei handelt es sich um einen bestimmten Verhaltenskodex, der eine gemeinsame Identifikation auf die gleichen Werte ermöglicht. Die besondere Betonung dieser Tugenden im Militär dient nicht zuletzt der kollektiven Selbstbeschreibung und trägt so ebenfalls dazu bei, Gemeinschaft zu schaffen und zu bewahren. Sie bieten allerdings auch die Möglichkeit, sich ihrer bewusst oder unbewusst zu bedienen, um sich von anderen abzusetzen.

¹⁵ Die Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärtugenden geht auf Carl Amery, *Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute*, Reinbek 1963, S. 12, zurück.

In den Einsatzgebieten haben sich soziokulturelle Handlungs- und Denkmuster sowie einsatzspezifische Identitäten entwickelt, die die Bundeswehr im Einsatz nicht nur in struktureller, sondern auch in soziokultureller Hinsicht beeinflusst haben.¹⁶ Die *sozial-räumliche Segregation*, die für Soldaten im Heimatland immer mehr wegfällt, erhält im Einsatzland eine neue Dimension. Denn für die Zeit der Auslandsmission ist das Feldlager sowohl formale Organisation als auch Wohnort der Soldaten: Die Grenzen zwischen den drei Bereichen Schlafen, Freizeit und Arbeit verschwimmen oder lösen sich zum Teil ganz auf. Gleichzeitig existieren klare Grenzen zur Zivilgesellschaft, sowohl sozial als auch geografisch.¹⁷ Im Einsatz findet nicht nur eine weitestgehende Trennung der Feldlager von der Bevölkerung der Einsatzgebiete statt, sondern für jeden einzelnen Soldaten bedeutet der Einsatz auch die Trennung von der eigenen Familie und seinem beziehungsweise ihrem privaten Umfeld.

Schlussbetrachtung und Ausblick

Militärische Felder besitzen spezifische Elemente, anhand deren Ausprägung man eine Militärkultur festmachen kann. Diese Elemente sind teilweise durch funktionale Bedingungen geprägt, teilweise geschichtlichen Entwicklungen geschuldet. Eine Perspektive, die von der Geschlossenheit und scheinbar typisch militärischen Einheitlichkeit Abstand nimmt, erlaubt ein Verständnis von Militär als heterogener Kollektivität innerhalb der Gesellschaft. Der hier vorgeschlagene Ansatz von Militärkultur fokussiert auf die dominierende soziale Praxis im Militär. Um die geltende Vorstellung vom „wahren“ Wesen des Militärs kämpfen nicht nur unterschiedliche Gruppen von Soldaten, sondern stets auch die etablierten und die nachrückenden Generationen im Militär. Je nachdem, welche gesellschaftlichen Schichten in die Streitkräfte eintreten und wie konstant der hauptsächliche Auftrag des Militärs bleibt, verändert sich die soziale Praxis im Militär langsamer oder schneller. In der mili-

¹⁶ Vgl. Ulrich vom Hagen/Maren Tomforde, *Militärische Kultur*, in: Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.), *Militärsoziologie – Eine Einführung*, Wiesbaden 2012².

¹⁷ Vgl. Donna Winslow, *The Canadian Airborne Regiment in Somalia: A Socio-cultural Inquiry*, Ottawa 1997.

tärischen Kultur bilden sich diese gesellschaftlichen Bedingungen konzentriert ab.

Durch den hohen moralischen, auch nach außen getragenen Anspruch, den Soldaten oftmals an ihren Beruf stellen, erscheint das militärische Feld geradezu als „moralische Organisation“ im soziologischen Sinne. Die uneigennütigen Werte der soldatischen Ehrengesellschaft, welche sich aus den Traditionen dieses Feldes konstituiert, und die eigennütigen Werte der zivilen Wettbewerbsgesellschaft stoßen in diesem sozialen Feld zusammen und führen zu immanenten Widersprüchen zwischen Militärkultur und ziviler bürgerlicher Kultur. Im bürokratisierten Stehenden Heer einer modernen Klassengesellschaft kann freilich kaum jemand gemäß den Vorstellungen eines militärischen Gesinungsadels interesselos oder ehrenhaft handeln. Umso wichtiger ist es, dementsprechend formelle Praxisformen der Ehre zu pflegen. Trotz der steilen Hierarchien innerhalb der Streitkräfte wird hinsichtlich des berufsständischen Aspekts der Kollegialität im Militär von „Kameradschaft“ gesprochen, worin sich die für das Militär typische Gleichzeitigkeit von Hierarchie und Gemeinschaft ausdrückt.

Der Idealtypus des *homo militaris* mag von Epoche zu Epoche und Land zu Land gewisse Varianz aufweisen, ist aber grundsätzlich gleichbleibend und dient in Stehenden Heeren den Soldaten dazu, das militärische Prinzip der Härte, Opferbereitschaft und Kameradschaft im bürokratischen Friedensbetrieb aufrecht zu erhalten. Das Militär als Teil der Staatsgewalt und zentraler Ort institutioneller Gewalt integriert das Bedingungsverhältnis von Herrschaft, Macht und Gewaltsamkeit wie kaum eine andere politische Institution. Mit dem Militär existiert eine gewaltsame Körperschaft, für die just die elementare Erfahrung des Kämpfens, Tötens und Sterbens von zentraler Bedeutung für ihr Selbstverständnis ist. Selbst in der bürokratischen Militärorganisation des Friedensbetriebs bleibt dieses kampforientierte Selbstverständnis durch Einsatz Erfahrung, durch Legenden, durch explizit normative Forderungen sowie durch die Pflege kriegerischer Traditionen erhalten. Als politische Institution des Staates und der Gesellschaft prägt das Militär sowohl Soldaten als auch Zivilisten und erzeugt den *homo militaris*.

„Neuaustrichtung“ ohne Regierungskunst

In verschiedenen Reformschüben hat die Bundeswehr in den vergangenen 20 Jahren ihr Gesicht verändert, aber keiner der vorangegangenen Eingriffe kommt der unter

Klaus Naumann
Dr. phil., geb. 1949; Historiker und Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg. klaus.naumann@his-online.de

Verweigerungsmi-
nister Karl-Theodor zu Guttenberg ange-
laufenen und von sei-
nem Amtsnachfolger
Thomas de Maizière
ausbuchstabilerten „Neuaustrichtung“ gleich. Wie schon von der Weizsäcker-Kommission der rot-grünen Bundesregierung 2001 gefordert, ist nun endlich alles – und zwar gleichzeitig – auf den Prüfstand geraten.¹ Seit gut zwei Jahren werden die Streitkräfte, das Ministerium und die Zivilverwaltung umgebaut. Ein – gewiss nur vorläufiges – Ende dieses Prozesses ist für die Zeit „nach 2017“ anvisiert. Knapp gesagt, die Bundeswehr soll kleiner, effektiver und letztlich auch kostengünstiger werden. Die Meinungen über die Erfolgchancen dieses Unternehmens gehen weit auseinander. Skepsis überwiegt, man spricht von einer „Quadratur des Kreises“, aber andere wollen auch eine „stille Revolution“ wahrgenommen haben.²

Angesichts einer knapp 250000 Personen umfassenden, mit einem 33 Milliarden Euro schweren Etat ausgestatteten und in mehrere Auslandseinsätzen eingebundenen Großorganisation ist das Vorhaben eine Herausforderung an das „Change Management“, die ihresgleichen sucht.³ Die Störanfälligkeit eines solchen Prozesses ist beträchtlich. Davon kündigt die weit verbreitete Unzufriedenheit unter den Führungskräften der Bundeswehr ebenso wie die jüngste Debatte über das Rüstungsprojekt „Euro Hawk“. Angemessen analysieren und bewerten lassen sich diese Vorgänge letztlich nur dann, wenn man sie in den Kontext einer grundlegend veränderten

sicherheitspolitischen Landschaft stellt, denn es sind die Rahmen- und Wirkungsbedingungen, die letztlich über das Schicksal dieser Strukturreform entscheiden.

Mit dem Übergang von der Landesverteidigung zur globalen Sicherheitsvorsorge, der mit den aktuellen Verteidigungspolitischen Richtlinien von Mai 2011 noch einmal bekräftigt worden ist, haben sich unter der Hand die politischen Parameter verschoben.⁴ Bei normativ und institutionell weitestgehend unveränderter Rahmung hat sich die Materie grundlegend verändert. Das beginnt mit der Legitimationsfrage (Was ist der Sinn des Ganzen?), greift über auf die – gelegentlich ins Ungefähre weisenden – Kontexte (Wie „erweitert“ ist unser Verständnis von Sicherheit?), trifft dann auf die veränderte „Wertigkeit“ des Gewalteinsetzes (Welche Dosierung ist wofür angemessen?) und seine umstrittene Einbettung in ein „vernetztes“ Repertoire von sicherheitspolitisch relevanten Instrumentarien (Wie kann das Zusammenhandeln unterschiedlicher Akteursgruppen gelingen?), setzt sich fort in den veränderten Maßstäben „erfolgreicher“ und „wirksamer“ Einsätze (Wie gut ist gut genug?), spiegelt sich in den Herausforderungen und Zwängen multilateraler Handlungsstrukturen (Wie stehen nationale Vorbehalte und kollektive Verpflichtungen beziehungsweise Abhängigkeiten zueinander?) und kommt bei den Fragen der Strukturen, Ausrüstungen und Beschaffungen (Muss man alles selbst vorhalten? Was kann/will man sich leisten?) noch längst nicht zur Ruhe.⁵ Im militäri-

¹ Zum Rahmen vgl. Ulf von Krause, *Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik*, Wiesbaden 2013; Franz-Josef Meiers, *Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990–2000*, Paderborn 2006.

² Vgl. etwa Bjoern H. Seibert, *A Quiet Revolution. The Reform of the German Armed Forces*, in: *RUSI Journal*, (2012) 1, S. 60–69; Christian Mölling, *Für eine sicherheitspolitische Begründung der Bundeswehr. Zehn Punkte für die Reform der Bundeswehr*, SWP-Aktuell 20/2011.

³ Einen Eindruck vermitteln Martin Elbe/Klaus Günther Lange, *Ansätze des Change Managements zur Neuaustrichtung der Bundeswehr*, in: Gregor Richter (Hrsg.), *Neuaustrichtung der Bundeswehr. Beiträge zur professionellen Führung und Steuerung*, Wiesbaden 2012, S. 243–260.

⁴ Bundesministerium der Verteidigung, *Verteidigungspolitische Richtlinien*, Berlin, 27.5.2011.

⁵ Zum gesamten Komplex vgl. Klaus Naumann, *Der blinde Spiegel. Deutschland im afghanischen Transformationskrieg*, Hamburg 2013.

schen Raum spricht man davon, den Transfer von Politik in Taktik, also das auftrags-gerechte Agieren der bewaffneten Macht zu optimieren; in betriebswirtschaftlicher Perspektive wird gefordert, Strukturen und Prozesse zu effektivieren.[¶] Tatsächlich sind beide Anschauungen nur bedingt zutreffend. Zu Recht hat Verteidigungsminister de Maizière daher von einer „gesamtstaatlichen Aufgabe“ gesprochen, dabei aber versäumt, ausreichend zu betonen, dass diese Reform wie die dazu gehörigen Grundsatzdokumente auf seinen Ressortbereich beschränkt geblieben sind.

Die Reform ist also mit einem beträchtlichen Komplexitätsproblem und hohen institutionellen Hürden konfrontiert.[¶] Zudem werfen die Auslandseinsätze sowie der Wechsel der Wehrform, die Standortschließungen, die Schließung oder Verlegung von Dienststellen und der anhaltende Beförderungsstau gravierende Akzeptanz- und Legitimationsprobleme auf. Das alles verlangt Prozessdenken und strategische Kommunikation – und zwar auf allen Ebenen des sicherheitspolitischen Geschäfts.[¶] Ein Verständnis des Reformprozesses erschließt sich dann, wenn man das Ineinandergreifen, aber auch die Reibungen in der dreigliedrigen Struktur von Sicherheitspolitik im Zusammenhang betrachtet. Auf der *institutionell-operativen Ebene* geht es um die Umsetzung der „Neuausrichtung“, die sich im magischen Dreieck von Einsatzfähigkeit, Demografiefestigkeit und Finanzierbarkeit bewegt; in einer erweiterten *gesamtpolitischen Perspektive* gesellen sich Probleme der interministeriellen Kooperation sowie der multilateralen Einbettung hinzu; und auf der *gesellschaftlich-politischen Ebene* ist die Reform mit inneren wie äußeren Akzeptanz- und Legitimationsproblemen konfrontiert. Erst die Zusammenschau dieser

¶ Für Ersteres vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Konzeption der Bundeswehr (Berlin, 1.7.2013), für Letzteres vgl. Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr unter dem Titel „Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz“, Oktober 2010.

¶ Vgl. Tom Dyson, Deutsche Verteidigungspolitik – ein Blick von Außen, in: Ina Wiesner (Hrsg.), Deutsche Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2013, S. 375–398.

¶ Der „Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr“ (Mai 2013) bietet das nur beschränkt; die 200-seitige Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD „Bundeswehr – Armee im Einsatz“ (Drucksache 17/13254, 24. 4. 2013) ist nur für den Fachmann les- und deutbar.

Aspekte vermittelt eine Anschauung davon, was es mit „Sicherheitspolitik“ auf sich hat. Es wird zu zeigen sein, wie scheinbar hausgemachte Probleme der verschiedenen Handlungsebenen aufeinander verweisen und so das integrierte Denken und Handeln der beteiligten Akteure zu einer zentralen Erfolgs- und Wirkungsbedingung der Reform machen. Gleichwohl enthält dieses Interaktionsgefüge auch ein Warnsignal: Wer sich auf das weitläufige Terrain der „Sicherheit“ begibt, riskiert die Erschütterung vieler eingespielter Regularien, Prozeduren, Institutionen und Normen der Politik.[¶] Sicherheitspolitik heute bedarf also einer entwickelten Regierungskunst.

Institutionell-operative Ebene – Akteure oder Bürokraten?

Die Ausgangs- und Ablaufpunkte der institutionell-operativen Ebene[¶] sind weniger die Lageanalyse, die Bestimmung von Auftrag und Aufgabe, die strategische Rahmung und die entsprechende Kongruenz von Zwecken, Zielen und Mitteln. Das ist zwar so auf dem Papier,[¶] und gewiss ist das auch nicht frei erfunden; aber neu sind viele der – beispielsweise in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 genannten – Rahmendaten und -überlegungen nicht. Die entscheidenden Determinanten beziehungsweise Treiber des institutionellen Prozesses liegen auf anderen Ebenen. Dabei geht es im Wesentlichen um das schon erwähnte Dreigespann aus Einsatzfähigkeit, Finanzierbarkeit und Demografiefestigkeit, die gleichsam die abrechenbaren Größen des Reformprozesses bereitstellen.[¶] Diese Parameter sind jedoch letzten Endes der Ausdruck von vor- und übergeordneten politischen Primärentscheidungen. Diese kreisen um Schlüsselkonzepte

¶ Zum Problemhorizont vgl. Christopher Daase, Wandel der Sicherheitskultur, in: APuZ, (2010) 50, S. 9–16.

¶ Ich greife hier zurück auf meinen Beitrag: „Where is the common sense?“ Zur Inneren Führung der Neuausrichtung, in: Jahrbuch Innere Führung 2013, Berlin 2013, S. 311–326.

¶ Vgl. beispielsweise die BMVg-Broschüre „Die Neuausrichtung der Bundeswehr“ (März 2012).

¶ Dazu informativ, kritisch und präzise Franz-Josef Meiers, Aufbau, Umbau, Abbau: Die Neuausrichtung der Bundeswehr, in: Österreichische Militärzeitschrift, (2012) 3, S. 286–295.

wie „Sicherheitsvorsorge“ oder „Sicherheitsgestaltung“, „Selbstbehauptung“, „Bündnis- und Handlungsfähigkeit“.

Das sind die eigentlich starken politischen Prämissen der Auftragsdefinition, der Aufgabenbeschreibung und der „nationalen Zielvorgabe“. Aus ihnen ergeben sich die politischen Zielvorgaben sowie die politischen Zahlen (wie etwa die Stärkezahl „170000+“) und andere Daten des Gesamtprozesses. Mit anderen Worten, im Mittelpunkt der „Neuausrichtung“ der Bundeswehr steht ein ganz bestimmtes Bild von der wünschenswerten deutschen Rolle als Mittel-, Bündnis- und Handelsmacht im europäischen und globalen Kontext. Aber das hat seinen Preis. Denn das politische Kalkül geht notwendigerweise in den Reformprozess ein und macht ihn zu einer Rechnung mit diversen Unbekannten. Die Auswirkungen finden sich bei allen drei genannten Parametern.

Die Realisierung einer so begründeten *Einsatzfähigkeit* verlangt eine politisch gewünschte Truppen- und Einsatzstärke, ein spezifisches Einsatzprofil der Streitkräfte insgesamt („Breite vor Tiefe“¹³), eine entsprechende Ausrüstung und die Steigerung der Durchhaltefähigkeit. Besonders die beiden zuletzt genannten Ziele müssen freilich mit erheblichen Unwägbarkeiten rechnen. Was die Ausrüstung der Streitkräfte betrifft, so verweist das „Euro Hawk“-Debakel (nach den vorausgegangenen Mängeln im Afghanistan-Einsatz) einmal mehr darauf, wie problematisch das Beschaffungssystem der Bundeswehr ist. Die Investitionsquote für Neuanschaffungen ist gering; aber das Problem liegt hier im System, nicht primär in der Höhe der Finanzzuflüsse. Leichtfertige Vertragsgestaltungen gegenüber der Industrie sowie ein „Geflecht aus Kontrolle und Misstrauen“ zwischen Politik, Zivilverwaltung und Militär sorgen seit Jahren dafür, dass Termine nicht eingehalten, Kosten überschritten und Regressansprüche nicht abgesichert werden – eine Struktur, die der Bundesrechnungshof zuletzt als mangelnde „Verantwor-

tungskultur“ gebrandmarkt hat.¹⁴ Die bloße Zusammenlegung der bisher beteiligten Behörden zu einem Rüstungsamt, die nun vollzogen wird (der Sprung zu einer unabhängigen Agentur wurde nicht gewagt), wird nicht ausreichen, die bürokratischen Hürden des Beschaffungswesens abzutragen. Die Zwischenbilanz ist besorgniserregend. Der zähe Abbau von Altlasten und der stockende Zufluss der Neuanschaffungen drängen die Bundeswehr gelegentlich an die Grenzen der Interoperabilität. Hinter dieser Problematik lauert noch eine weitere, die den gesamtpolitischen Aspekt der Reform betrifft. Die europäische Kooperation bei Rüstung und Nutzung ist dramatisch unterentwickelt, so dass nicht einmal sicher gestellt ist, dass die Fähigkeiten, auf die Deutschland verzichtet (oder verzichten will), von anderen Partnern verlässlich vorgehalten werden (und umgekehrt).

Ebenso große Zweifel bestehen, zumal unter den Führungskräften der Bundeswehr, ob das Ziel verbesserter Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte im Einsatz tatsächlich eingelöst werden kann. Diese Sicht wird im Verteidigungsministerium im Prinzip geteilt. Hier propagiert man die Befähigung zur Übernahme von Führungsverantwortung als „Rahmennation“ bei multilateralen Einsätzen als einen Hebel, um die – ansonsten fragliche – Durchhaltefähigkeit extern bei den übrigen Truppenstellern künftiger Einsätze einzuwerben.¹⁵ Damit glaubt man, die gewünschte Orientierung „Breite vor Tiefe“ durchhalten zu können. Gleichwohl hat sich das Ministerium bisher nicht entschließen können, Deutschland als ständige Rahmenation zu profilieren und entsprechende Kooperationen anzubieten.¹⁶ Die Kernformeln der Umstrukturierung („nationale Zielvor-

¹³ Die dafür geprägte Faustregel lautet, nicht auf alles gleichzeitig sehr gut vorbereitet, aber auf nichts ganz unvorbereitet zu sein. Thomas de Maizière, „Tiefe statt Breite verengt politische Handlungsoptionen“, Rede beim 3. Koblenzer Forum zur Verteidigungspolitik, 21.1.2013.

¹⁴ Sehr anschaulich vgl. Johannes Leithäuser, Keine Kosten scheuen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 12.8.2013, S. 3; Eckart Lohse, Keine Verantwortungskultur, in: FAZ vom 25.7.2013, S. 5; Tom Dyson (Anm. 7, S. 383) spricht von einer „Verschwiegenheitskultur“.

¹⁵ Vgl. Rede des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 14.6.2012; zur Problematik vgl. grundsätzlich Christian Mölling, Deutsche Verteidigungspolitik. Eckpunkte für eine überfällige Debatte, SWP-Aktuell 18/2012.

¹⁶ Eu der Vorschlag von Christian Mölling, Wege aus der europäischen Verteidigungskrise. Bausteine für eine Verteidigungssektorreform, SWP-Studie 8/2013, S. 31.

gabe“; „Breite vor Tiefe“) sind also alles andere als eine technische oder militärfachliche Größe; sie bringen vielmehr durch und durch politische Setzungen zum Ausdruck, die einer Vielzahl interner wie externer Wirkungsbedingungen unterliegen.

Einen vergleichbaren Problemfaktor enthält der Parameter *Finanzierbarkeit*. Bekannt ist der allgegenwärtige Zusatz des sogenannten Haushalts- oder besser gesagt: Finanzkrisenvorbehalts. Hier bewegt sich die „Neuaustrichtung“ im Teufelskreis zwischen den schon vorhandenen und noch möglichen Einsparvorgaben, der gewünschten Personalstärke, den beabsichtigten Investitionen und dem sicherheitspolitischen Rollenbild. Haushaltspolitisch kann keiner mit gutem Gewissen über das Jahr 2015 hinausblicken, während die Konsolidierung der runderneuerten Streitkräfte erheblich mehr Zeit beanspruchen wird. Den *deus ex machina* in diesem Unterkapitel liefert zum einen die Stabilitäts- oder Konjunkturoffnung, zum anderen – wiederum – der Ausbau der Arbeits- und Lastenteilung im Bündnis, der durch das amerikanische Disengagement in Europa noch dringlicher wird.¹⁷ Trifft jedoch auch nur eine dieser beiden Erwartungen nicht ein, schlagen die Auswirkungen unmittelbar auf die Personalstärke, die Einsatzstärke und das Credo „Breite vor Tiefe“ durch. Unter diesen Bedingungen würde Deutschland seinen Bündnisbeitrag umgehend neu definieren müssen; zumal dann, wenn angesichts ähnlicher finanz- und bündnispolitischer Ausfälle gerade auch unter den kleineren Partnerstaaten eine neue Runde im Abbau der nationalen Streitkräfte eingeleitet wird.¹⁸ Die sicherheitspolitischen Definitionsaufgaben, die daraus entstehen, sind beträchtlich; Ziele, Zwecke, Mitteleinsatz – alles würde neu durchdacht und justiert werden müssen.

Mit der Vorhersehbarkeit in Sachen *Demografiefestigkeit* sieht es, trotz aller anders lautenden Bekundungen, nicht sehr viel besser

¹⁷ Als jüngster Vorschlag vgl. die Bertelsmann-Studie „Der Europäische Mehrwert des EU-Haushalts: Kann die EU den Mitgliedsstaaten sparen helfen?“ (Brüssel-Gütersloh 2013) mit dem Unterkapitel „Der fiskalische Mehrwert gemeinsamer europäischer Landstreitkräfte.“

¹⁸ Die nächste magische Zahl für die Bundeswehr heißt dann vermutlich 140000+.

aus.¹⁹ Vielleicht gelingt es, das Kontingent der Freiwillig Wehrdienstleistenden einigermaßen aufzufüllen – aber gilt das auch für die dringend notwendige Anwerbung und Verpflichtung von qualifizierten Zeit- und Berufssoldaten? Ein ausgefeiltes Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr lässt ebenso sehr auf sich warten wie ein zufriedenstellendes Reformbegleitgesetz oder ein funktionierendes Personalmanagement. Ist das alles nicht gewährleistet, bleibt es bei Personalengpässen, Überlastungen und einem Beförderungsstau, der wiederum für die Attraktivität der Bundeswehr negativ zu Buche schlägt.

Das eigentlich Interessante an dieser Gemengelage vermeidbarer wie unvermeidbarer Probleme liegt in Folgendem: Die „Neuaustrichtung“ unterliegt nicht allein internen Widerständen; sie bedarf zu ihrem Erfolg auch grundlegender Weichenstellungen in der Gestaltung der externen Handlungsbedingungen deutscher (und europäischer) Sicherheitspolitik. Schon auf der institutionell-operativen Ebene sind Ministerium und Streitkräfte daher als Akteure gefordert und nicht allein als Exekutoren einer vorgegebenen Roadmap, die nur noch abgearbeitet werden müsste. Akteursqualitäten würden sich beispielsweise darin beweisen, die Unwägbarkeiten des eingeschlagenen Kurses als das zu nehmen und zu benennen, was sie sind – nämlich Gestaltungsaufgaben eines gemeinsamen Vorhabens, das nur dann gelingen kann, wenn seine Nachvollziehbarkeit nach innen wie nach außen gewährleistet ist.

Gesamtpolitische Ebene – Ende der sicherheitspolitischen Monokulturen?

Sicherheit zu gewährleisten ist etwas anderes als Landesverteidigung; an diesem Paradigmenwechsel laborieren die Wehrreformen aller westlichen Staaten. Diese Aufgabenstellung ist nicht monokulturell zu bewältigen, denn sie bedarf vielfältiger Zutaten. Das Militär ist dabei nur eine Komponente unter anderen und noch nicht einmal die entscheidende (wenn auch die gewichtigste!). Doch einen

¹⁹ Vgl. Andreas Fölsing, Bundeswehr im zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte, 19.5.2013, www.heise.de/tp/artikel/39/39149/1.html (14.8.2013).

festen Maßstab der Gewichte und Relationen, der sich nach Art des früheren Kräftevergleichs der Militärpotenziale ableiten ließe, gibt es nicht mehr. Zudem ist Sicherheit nur schwer zu qualifizieren; sicher ist letztlich das, was als sicher gilt. Daher sind alle Aufwendungen der Sicherheitsvorsorge sehr viel mehr auf Akzeptanz und Legitimation angewiesen als die Landesverteidigung, die sich auf die Plausibilität „kollektiver Notwehr“ berufen konnte. Das heißt nichts anderes, als dass sich die gesamtpolitische Einbettung von Sicherheits- und Militärfragen gravierend verändert hat. Bei der laufenden Strukturreform zeigt sich das vor allem in einer doppelten Umweltabhängigkeit.

Aufwendungen für Rüstungen, Streitkräfte und Militäreinsätze müssen sich zum einen rechtfertigen und abstimmen mit den konkurrierenden Parallelprojekten und -aktionen nicht-militärischer Koakteure (andere Ministerien, Entwicklungsagenturen, Nichtregierungsorganisationen und weitere). Zum anderen hängt die Realisierung der Aufgabenstellung und der Auftragsformulierung davon ab, ob und mit welchen Beiträgen internationale Koakteure mit von der Partie sind. Sicherheitspolitik und Sicherheitsreformen, die nicht kooperativ angelegt sind, haben von vornherein verloren. Doch in beiden Punkten bleibt die deutsche Politik unter ihren Möglichkeiten.

Sicherheitspolitik ist eine umfassende Aufgabe, die „Neuausrichtung“ hingegen ist eine reine Ressortreform. Es gibt keine gemeinsame Risikoanalyse, kein ressortübergreifendes sicherheitspolitisches Instrumentarium, kein gemeinsames Lagezentrum und keine integrierten ständigen Planungsstäbe.^{f20} Daran hat die laufende Strukturreform nichts geändert, auch wenn die fallweisen Kooperationen zwischen den Ministerien, die Entsendung von Repräsentanten, die Einrichtung von Schnittstellen sowie die gemeinsamen aufgabenbezogenen Lehrgänge in den vergangenen Jahren zugenommen haben. Weitgehend tragen diese

^{f20} Grundlegend vgl. Martin Zapfe, Sicherheitspolitik und Strategiefähigkeit. Die ressortgemeinsame Kooperation der Bundesrepublik Deutschland für Afghanistan, Diss., Konstanz 2011, http://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/urn:nbn:de:bsz:352-168316/Diss_Zapfe.pdf?sequence=3 (14. 8. 2013); K. Naumann (Anm. 5), Kap. II.

Maßnahmen Ad-hoc-Charakter. An der Schwerfälligkeit der ministerialen Arbeitsgänge und der ressortspezifischen Arbeitsstile ändern sie wenig; die Ausbildung eines „institutionellen Gedächtnisses“, das Erfahrungen speichert und weitergibt, ist schwach entwickelt. Dementsprechend sind die Vorstellungen in den Ministerien, was etwa ein „vernetzter Ansatz“ sein soll, welche Bedeutung „Strategie“ haben könnte und ob man beides im eigenen Hause überhaupt braucht, völlig unterschiedlich ausgeprägt.^{f21} Demgegenüber tun sich Bottom-up-Initiativen wie die integrierten Seminare an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik oder die „Common Effort“-Übungen des Deutsch-Niederländischen Korps in Münster schwer, allgemeine Resonanz und Verbindlichkeit zu erzeugen.^{f22} Kurzum, „die Regierung“, die Sicherheit als eine „ressortgemeinsame Aufgabe“ und „gemeinschaftliches Projekt“ bezeichnet, ist in der Ausgestaltung der Sicherheitspolitik nicht präsent. Einen sicherheitspolitischen Gipfel beispielsweise, der Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit an einen Tisch bringen könnte, hat es bisher nicht gegeben.

Diese Unentschlossenheit spiegelt sich auch in der Gestaltung der externen Reformbedingungen.^{f23} Derzeit bewegt sich jede europäische Sicherheitspolitik in einem prekären Dreieck von nationaler Entscheidungssouveränität, militärischer Effektivität und ökonomischer Effizienz. Alles drei zusammen kann keiner der europäischen Staaten mehr gewährleisten; das macht den Kern der europäischen „Verteidigungskrise“ (Christian Mölling) aus. Diese Erkenntnis ist in den deutschen Dokumenten und Verlautbarungen angekommen, wenn beispielsweise von der Profilierung zur „Rahmation“ oder vom *pooling* und *sharing* der Streitkräfte, Fähigkeiten und Materialien die Rede

^{f21} Vgl. Andreas Wittkowsky et al., Vernetztes Handeln auf dem Prüfstand. Einschätzungen aus den deutschen Ressorts, ZIF Policy Briefing, November 2011.

^{f22} Vgl. Winrich Kühne, „Common Effort“. Das Deutsch-Niederländische Korps übt zivilmilitärische Zusammenarbeit, ZIF Policy Briefing, Mai 2012; wegweisend jetzt Ute Finckh-Krämer et al., Politisches Engagement in Konflikten. Optimierung der Interaktion zwischen zivilen und militärischen Akteuren, ISPSW Strategy Series 253/2013.

^{f23} Zum Folgenden vgl. Ch. Mölling (Anm. 16).

ist.²⁴ Doch die deutsche Position bleibt unentschieden; unbestritten ist, dass Deutschland auf seine europäischen Partner angewiesen bleibt, aber wenig handlungsleitend bleibt die Erkenntnis, dass Deutschland – neben Frankreich und Großbritannien – zum Rückgrat der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geworden ist.²⁵

Die Sicherheitspolitik bewegt sich hier in einer Zwickmühle. Die Zielmargen der Strukturreform kann sie nur realisieren, wenn sie mutige Schritte der europäischen Kooperation unternimmt. Ein jeder solcher Schritt würde aber unweigerlich außenpolitische Rollenprobleme aufwerfen und könnte das Narrativ deutscher „Zurückhaltung“ in Frage stellen, Entscheidungen über Prioritätssetzungen im militärischen Fähigkeitspektrum nach sich ziehen und Nachfragen nach den Grenzen des nationalen Entscheidungsvorbehalts und seiner Ausgestaltungen (Parlamentsvorbehalt) provozieren. Solche Unwägbarkeiten sind es, die zugleich auf die gesellschaftlich-politische Ebene der Sicherheitspolitik verweisen.

Gesellschaftlich-politische Dimension – Dialog zwischen Schwerhörigen?

Dass Sicherheitspolitik ein voraussetzungsreiches, kooperations- und legitimationsbedürftiges Geschäft (geworden) ist, hat Auswirkungen nach innen wie nach außen. Die Reformakteure antworten darauf mit Broschüren, Werbemaßnahmen, Reden und Debattenaufrufen. Alles das bleibt punktuell und an der Oberfläche, denn eine systematische und strukturierte „Sicherheitskommunikation“²⁶ gibt es bislang nicht. Sie müsste reformbegleitende Aussprachen in Ministerium und Streitkräften umfassen,

²⁴ Beim *sharing* stellen Partner Fähigkeiten oder Ausrüstungen zur Verfügung (beispielsweise Air Policing im Baltikum); beim *pooling* wird eigens eine multinationale Struktur eingerichtet (zum Beispiel das Europaen Air Transport Command).

²⁵ Die drei Staaten zusammen bestreiten 66 Prozent der Verteidigungsausgaben im EU-Raum.

²⁶ Vgl. Daniel Jacobi et al., Deutschlands Verteidigung am Hindukusch. Ein Fall misslingender Sicherheitskommunikation, in: Klaus Brummer/Stefan Fröhlich (Hrsg.), Zehn Jahre Deutschland in Afghanistan. Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Sonderheft 3 (2011), S. 171–196.

inklusive Maßnahmen zur Ansprache der sicherheitspolitischen Öffentlichkeiten entwickeln und Responsivität im Umgang mit dem Publikum pflegen (und sich nicht hinter Sprachregelungen und restriktiven Geboten verstecken).

Vor allem aber bedarf es eines verbindenden, nachvollziehbaren und zugleich fallbezogen konkreten Narrativs der Sicherheitspolitik,²⁷ das die Reformentwicklung begleitet, die fortlaufenden Einsätze in ihren Höhen und Tiefen beschreiben kann, den polaren Erfahrungen von Einsatzsoldaten, Veteranen und Entsendegesellschaft gerecht wird und auch in den Niederungen der Konkretion in der Lage ist, die Rückbindung an die übergreifenden Ideen der deutschen Sicherheitspolitik phrasenfrei herzustellen. Eines der entscheidenden Instrumente einer solchen Praxis ist vorhanden, spielt aber in den Reformdokumenten nur eine geringe Rolle – und wird selbst bei jenen Führungskräften kaum als Desiderat benannt, die sich über mangelnde Zielklarheit und Mitwirkungsmöglichkeiten im Reformprozess beschweren:²⁸ die Organisations- und Führungsphilosophie der Inneren Führung, die auf den mitdenkenden und (das wäre heute fällig) den mitredenden mündigen Soldaten setzt.²⁹

Stattdessen verzichtet die politische Führung auf eine kritische und publikumsoffene Auswertung des Afghanistan-Einsatzes. Mehr noch, sie verzichtet darauf, mittels regelmäßiger strategischer Leitdokumente

²⁷ Vgl. Christopher Dandeker, From Victory to Success. The Changing Mission of Western Armed Forces, in: Jan Angstroem/Isabelle Duyvesteyn (Hrsg.), Modern War and the Utility of Force. Challenges, Methods and Strategy, London–New York 2010, S. 16–38.

²⁸ Dieser Eindruck ergibt sich aus den Daten bei Gerd Strohmeier/Christoph John, Militärische Führungskräfte bewerten die Neuausrichtung der Bundeswehr. Zielgruppenbefragung der TU Chemnitz im Auftrag des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, September 2012; zur Stimmungslage vgl. schon Jochen Bittner, Haubitzen statt Bambis. In der Bundeswehr tobt ein Kampf der Generationen, 3.3.2010, http://blog.zeit.de/bittner-blog/2010/03/03/haubitzen-statt-bambis_960 (14.8.2013).

²⁹ Für einen Überblick vgl. Elmar Wiesendahl (Hrsg.), Neue Bundeswehr – neue Innere Führung? Perspektiven und Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung eines Leitbildes, Baden-Baden 2005.

und Zwischenbilanzen Politik, Parlament und Öffentlichkeit mit den Möglichkeiten wie den Unwägbarkeiten der Sicherheitspolitik vertraut zu machen. Damit verspielt sie zugleich die Chance, eine von Gesellschaft, Truppe und Politik geteilte, gemeinsame Sprache zu finden. Das „Euro Hawk“-Debakel war ein weiterer Markstein auf diesem Weg. Weder verstand es der Minister, die anfänglich aufbrechende Debatte über den ethischen, politischen und militärischen Sinn der neuen Waffe als das zu begreifen, was sie der Sache nach war – eine Aufforderung, den strategischen Kurs, die Einsatzziele und die angemessenen Mittel künftiger Auslandsmissionen zu erklären³⁰ –, noch wurde die anschließende Kontroverse über das Ministerverhalten genutzt, um das seit Jahrzehnten schwelende Strukturproblem der deutschen Beschaffungspolitik zu thematisieren.³¹

Was die Binnenkommunikation betrifft, so ist durch eine Folgebefragung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes unter den Führungskräften nicht der Eindruck entstanden, die im vergangenen Jahr erhobene Negativstimmung sei auch nur ansatzweise verändert.³² Für das „Change Management“ ist das eine verheerende Botschaft. Zugleich erstaunt, wie wenig sich die Militärführung über den radikalen Wandel und die neuartigen Herausforderungen an Selbstbild und Professionalität des Soldaten Gedanken zu machen scheint. Die Ausführungen des Generalinspektors zum Thema „Soldat sein heute“ bleiben blass und konventionell. Die Aufforderung, „unser berufliches Selbstverständnis und unsere Führungskultur weiter(zu)entwickeln“, findet Antwort nur in einer Bekräftigung des ohnehin Geläufigen – nur mehr, stärker, besser müsse es sein. Ob und wofür es sich lohnt, das eigene Leben zu riskieren, warum (und wie) man gegebenenfalls kämpfen (und töten)

muss, wie man das einer „postheroischen“ Gesellschaft vermitteln kann, welche professionellen Fähigkeiten man in den komplexen, militärisch-zivil gemischten Einsätzen braucht, worin der Rollen Kern des Soldatenhandwerks heute besteht – alle diese brisanten Fragen finden kaum ein Echo.³³

Sicherheitskommunikation ist kein Spartenproblem, auf das allein Führungskräfte oder Presse- und Öffentlichkeitsabteilungen das Monopol besäßen; gelingende Binnen- und Außenkommunikation bilden vielmehr eine Einheit, die urteils- und sprachfähige Akteure, genauer noch, die verantwortungsbewusste „Treuhand“ braucht. Auch dafür steht das Modell in Gestalt des „Staatsbürgers in Uniform“ bereit, aber auf die Weiterentwicklung und Generalisierung dieses Leitbildes wird wenig Ehrgeiz verwendet. Doch gerade hier liegt einer der entscheidenden Hebel der Verknüpfung der drei Ebenen des Reformprozesses, der mit der „Neuausrichtung“ vorangetrieben werden soll. So wie der Verteidigungsminister betont, dass die Strukturreform Ausdruck der deutschen Sicherheitspolitik sei, so können auch die Anforderungen der Sicherheitskommunikation nur auf der Grundlage der neuartigen Anforderungen an die öffentliche Sicherheitsvorsorge begriffen und gemeistert werden. Davon aber scheinen Ministerium wie Streitkräfte noch weit entfernt zu sein. – Die angestoßene Strukturreform ist ehrgeizig und von großer Eingriffstiefe, getragen von hoher Regierungskunst ist sie bisher nicht.

³⁰ Vgl. dagegen die Debattenbeiträge aus der Stiftung Wissenschaft und Politik: www.swp-berlin.org (14. 8. 2013).

³¹ Vgl. aber Hans Rühle, Das Verteidigungsmysterium. Wie kam es zu Thomas de Maizières Drohnen-Debakel?, in: Die Zeit, Nr. 29 vom 11. 7. 2013; J. Leithäuser (Anm. 14).

³² Gerd Strohmeier/Christoph John, Militärische Führungskräfte bewerten die Neuausrichtung der Bundeswehr. Zielgruppenbefragung der TU Chemnitz im Auftrag des Deutschen Bundeswehr-Verbandes (zweite Erhebungswelle), Juni 2013.

³³ Generalinspekteur Volker Wieker, Soldat sein heute. Leitgedanken zur Neuausrichtung der Bundeswehr, Mai 2012; vgl. dazu die engagierte Diskussion auf der Website „Bendler-Blog“, die einen Eindruck davon gibt, welche Fragen die Soldaten bewegen: <http://bendler-blog.de/2012/05/06/soldat-sein-heute-eine-kritik/> (14. 8. 2013).

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 45–46/2013 · 4. November 2013

Attentate

Michael Sommer

Attentate in der Weltgeschichte – was haben Sie bewirkt?

Charlotte Klonk

Die Macht der Bilder – Attentate als Medienereignis

Natan Sznaider

Entweder/Oder: Ein Nachspiel zur Opferung von Jitzchak Rabin

Alan Posener

22. November 1963: ein Tag, der die Welt veränderte?

Susanne Brandt

28. Juni 1914: Beginn des Ersten Weltkrieges?

Sylvia Schraut

„Zwitterhafte Wesen ... aus der Hölle gespien“
oder: Wer sind Attentäter(innen)?



Die Texte dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme der Porträts (Fotos und Text) von Sabine Würich und Ulrike Scheffer – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Sarah Laukamp (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
18. Oktober 2013

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefener Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- 3–10 *Sabine Würich · Ulrike Scheffer*
Operation Heimkehr. Vier Porträts
Wie geht die Gesellschaft mit den Erfahrungen um, die Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen sammeln? Interessiert sie sich für die Heimkehrer? Wie haben diese den Einsatz und ihre Rückkehr erlebt? Vier Soldaten und Soldatinnen berichten.
- 11–16 *Anja Seiffert*
„Generation Einsatz“
In der Bundeswehr gibt es eine neue Generation, die durch den Afghanistan-Einsatz geprägt ist. Der Erfahrungswandel setzt die Organisationskultur unter Veränderungsdruck und verlangt eine Neuverortung der Gesellschaft zu den Streitkräften.
- 17–23 *Kaare Dahl Martinsen*
Deutschland und die Gefallenen des Afghanistan-Einsatzes
Die politische Elite erscheint ratlos angesichts der Frage, wie sie die Toten des Afghanistan-Einsatzes empfangen und ihrer gedenken soll. Eine Debatte über die Rechtfertigung des Krieges ist nicht möglich ohne die Anerkennung der Gefallenen.
- 23–30 *Armin Wagner · Heiko Biehl*
Bundeswehr und Gesellschaft
Obwohl ihr Auftrag zur militärischen Gewaltausübung skeptisch betrachtet wird, erfährt die Bundeswehr hohe gesellschaftliche Wertschätzung. Nach dem Ende der Wehrpflicht gilt es nun, die Verbindungen zur Gesellschaft aufrecht zu erhalten.
- 30–35 *Uli Jäger*
Bundeswehr und Friedensbildung
Die Präsenz der Bundeswehr an Schulen ist aus politischen und pädagogischen Gründen umstritten. Perspektivisch geht es darum, den Konflikt für die Erarbeitung und Etablierung eines umfassenden Konzeptes für Friedensbildung zu nutzen.
- 35–41 *Rabea Haß*
Wer dient Deutschland?
Der Freiwillige Wehrdienst ist ein wichtiges Element der Bundeswehrreform und soll unter anderem die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft sicherstellen. Wer engagiert sich mit welchen Motiven? Und was bedeutet das für die Bundeswehr?
- 42–47 *Ulrich vom Hagen*
Homo militaris – Gestalt institutionalisierter Gewalt
Das Militär integriert das Bedingungsverhältnis von Herrschaft, Macht und Gewaltsamkeit wie kaum eine andere politische Institution. Es prägt sowohl Soldaten als auch Zivilisten und erzeugt den *homo militaris*.
- 48–54 *Klaus Naumann*
„Neuausrichtung“ ohne Regierungskunst
Die angestoßene Strukturreform ist ehrgeizig und von großer Eingriffstiefe, ist doch nun alles, und zwar gleichzeitig, auf den Prüfstand geraten. Getragen von hoher Regierungskunst, die Sicherheitspolitik heute erfordert, ist sie bisher nicht.